



NEUE GEMEINSCHAFT

SOUVERÄNER REICHSBÜRGER

ALS ELITE DES DEUTSCHEN VOLKES



Detmold, April 2018

Tumult und Polizeieinsatz vor Gericht

Verhandlung gegen zwei selbst ernannte »Germaniten«: ein Strafbefehl und zwei Verfahrenseinstellungen

Bad Oeynhausen/Vlotho (wa). Eigentlich ging es um eine Bagatelle, dennoch war ein großes Polizeiaufgebot für die Sicherheit des Prozesses vor dem Amtsgericht notwendig. Und das nicht ohne Grund: Verantworten mussten sich ein 51-jähriger Löhner und ein 61-jähriger Vlothoer, die beide den rechtsextremen »Germaniten« zugeordnet werden. Sie erschienen mit ihren Anhängern. Weil sie einen Durchsuchungsbeschluss gegen sich auf ihrer Webseite der sogenannten Justiz-Opfer-Hilfe vor dessen Inkrafttreten im April 2017 veröffentlicht haben sollen, mussten sich die Männer vor dem Amtsrichter verantworten. Eine Bagatelle – selbst nach Auffassung der Kammer, wie der Vorsitzende Richter Dr. David

Cornelius erläuterte. Denn rechtmäßig hätten die Dokumente nach ihrer Umsetzung veröffentlicht werden dürfen.

Der Auftritt der Angeklagten und ihrer Anhänger im Saal dagegen war filmreif: Er akzeptiere die »nazi-deutsche Staatsbürgerschaft von 1934 nicht, die man mir aufs Auge gedrückt hat«, sagte der Vlothoer zur Einleitung. Das Gericht habe zwar eine namensgleiche Person geladen, müsse aber beweisen, »dass ich das bin«. Er nehme Medikamente, und das Gericht sei verantwortlich, wenn ihm etwas zustoße. Bei diesen Ausführungen näherte sich der Angeklagte dem Richter immer mehr. Zwei Polizisten mussten den Vlothoer überwältigen – einer der Beamten wurde vom Angeklagten zu Boden gerissen.

Der Angeklagte schrie, er habe sich eine Rippe gebrochen und sei nicht mehr verhandlungsfähig. Das sorgte für Tumult bei seinen Anhängern, von denen einige aufstanden. »Das ist der Rechtsstaat«, schrie jemand. »Der ist schwerbehindert«, brüllte ein anderer. »Rufen Sie sofort einen Notarztwagen.« Ein weiterer schimpfte »über Stasimethoden 2.0.«

20 Polizisten waren nötig, um das Geschehen im Saal unter Kontrolle zu bringen. Dr. Corne-

lius unterbrach die Verhandlung.

Nachdem er sich erholt hatte, beschimpfte der Vlothoer den Vorsitzenden und Staatsanwalt als »Erfüllungsgehilfen« eines Unrechtsstaates. Die Kammer stellte sein Verfahren unter einer Bedingung ein: Noch im Saal zog der Beschuldigte seinen Einspruch gegen einen zuvor verhängten Strafbefehl zurück. Den hatte er in Höhe von 800 Euro wegen versuchter Unterschlagung erhalten: Der Vlothoer hatte Computerteile

gekauft und nicht vollständig bezahlt, bevor er sie anschließend an einen Händler veräußern wollte.

Vor der Vernehmung des zweiten Beschuldigten aus Löhne lehnte der Vorsitzende zunächst einen Antrag auf Befangenheit des Gerichts ab. Darin waren sämtliche dort Beschäftigte angezeigt worden. Dies traf auch jene, die mit dem Fall nicht befasst waren: »Unter anderem einen ehemaligen Staatsanwalt im Ruhestand«, wie der Vorsitzende gelas-

sen bemerkte. Nach Erhebung der Kammer hatten Personen aus dem Umfeld der Beschuldigten die Schreiben bundesweit an mehrere Strafverfolgungsbehörden versandt. »Die sogenannte Justiz-Opfer-Hilfe hat für ihre Faxes dabei auch fiktive Personalien verwendet«, sagte einer der ermittelnden Polizeibeamten aus.

Die Webseite pflege ein chinesischer Betreiber, und der sei für die publizierten Inhalte verantwortlich, sagte der Löhner. Die Homepage zähle zum Vorstand neben seinem Namen noch 19 weitere auf, welche die Dokumente veröffentlicht haben könnten. Er selbst sei aufgrund der Belastung zweier Hausdurchsuchungen seines Anwesens »viermal gestorben und dann ärztlich wiederbelebt worden«. An die vier angeblich fast tödlichen Herzattacken des 51-jährigen glaubte der Staatsanwalt ebenso wenig wie an den angeblich chinesischen Betreiber der Webseite: »Sie waren für einen Tag im Krankenhaus«, stellte er zu einem der von dem Löhner vorgebrachten Zwischenfälle klar.

Doch seinem Plädoyer folgte auch der Vorsitzende Dr. Cornelius. Er stellte das Verfahren gegen den Löhner aus Mangel an Beweisen ein. Der Beschluss wurde noch im Saal rechtskräftig.



Bei einer Verhandlung vor dem Amtsgericht Bad Oeynhausen ist es zum Tumult gekommen. Foto: pab/Archiv

So sehen sie sich

Die Germaniten verstehen sich als »Menschen mit Natur- und Völkerrechten mit der Staatsangehörigkeit Preußen/Deutsches Reich«. Sie erkennen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland nicht an und fordern die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in seinen Grenzen von 1937.

Vlothoer Zeitung Fr. 06.04.2018

5401 009 1

Die Kriminellen am Amtsgericht Bad Oeynhausen und ihre Erfüllungsgehilfen (Polizei & Staatsanwaltschaft) als kriminelle Vereinigung, gingen erneut grundlos mit Gewalt gegen Menschen vor, die es sich seit vielen Jahren in der WAG-JOH zur Aufgabe gemacht haben, die kriminelle Justiz in der Bundesrepublik Deutschland an die Einhaltung von Gesetz und Recht zu erinnern. In der o. g. Geschäftsverhandlung am 05.04.2018 vor dem Amtsgericht Bad Oeynhausen ging es um einen Strafbefehl der am 14.11.2017 unter dem Vorsatz der üblen Nachrede und vorsätzlichen Kriminalisierung durch den Direktor des Amtsgericht Bad Oeynhausen, Herrn Werner Meier, an den mittels eben diesem Strafbefehl zu unrecht Verurteilten übersandt worden war.

Als sich der wegen einem angeblichen "Versuch der Unterschlagung" zu unrecht Verurteilte gegen diesen kriminellen Strafbefehl zur Wehr setzte und dann sogar noch den Nachweis dafür abliefern konnte, dass es sich bei diesem Strafbefehl um eine vorsätzliche Kriminalisierung handeln würde, da wurde dann mit Datum 27.11.2017 einfach eine weitere Straftat zwischen der Staatsanwaltschaft Bielefeld um dem Amtsgericht Bad Oeynhausen verabredet, nur um den zu unrecht Verurteilten am 05.04.2018 mittels völlig unangebrachter Gewaltanwendung in die Arrestzelle des Amtsgericht Bad Oeynhausen verbringen zu können, und ihn dort mittels Gewalt und der direkten Androhung weiteren Übels (vgl. Haftstrafe in der neuen Angelegenheit) dazu bringen zu können, seinen Einspruch gegen den Strafbefehl vom 14.11.2017, zurückzunehmen.

Diese Erpressung, Folter, Nötigung geschah durch den Vorsitzenden Richter Dr. David Cornelius und dem Staatsanwalt im Beisein der "Polizeibeamten" in der Arrestzelle im Amtsgericht Bad Oeynhausen. Nur zu diesem Zwecke hat der Vorsitzende Richter Dr. Cornelius die Verhandlung unterbrechen lassen und nicht wie in dem o. g. Zeitungsartikel wider der Wahrheit behauptet wird, der Vorsitzende Richter hätte die Verhandlung unterbrechen lassen, weil er sich hätte erholen müssen. Was sind das nur für Kriminelle. !!!

Aber bilden Sie sich als Leser einfach Ihr eigenes Urteil.



Der Autor dieser Berichterstattung war am 05.04.2018 selbst mit im Gerichtssaal im Amtsgericht Bad Oeynhausen anwesend und ich habe selbst miterlebt, was passiert, wenn jemand seine Grundrechte hinterfragt und auf die Einhaltung von Gesetz und Recht durch den Vorsitzenden Richter und dem Staatsanwalt besteht. Der zu unrecht Beschuldigte hat auch auf seine vielen Schreiben verwiesen und darauf verwiesen, dass der Vorsitzende Richter Dr. Cornelius mittels diesem Schriftverkehr längst abgelehnt sei, weil er nicht sein gesetzlicher Richter sein könne, zumal auch der Geschäftsverteilungsplan für die Richter am Amtsgericht Bad Oeynhausen nicht entsprechend der gesetzlichen Vorschrift vorliegen würde.

Im Anschluss daran rief der Vorsitzende Richter Dr. Cornelius nach der Polizei, die schon vor dem Gerichtssaal bereitgestanden hat, um den zu unrecht Beklagten dann mittels roher und völlig unbegründeten Gewaltanwendung dann in eine Arrestzelle im Amtsgericht Bad Oeynhausen und zur weiteren Behandlung durch die Polizei, verbringen lassen zu können.

Nach Aussage Dritter mir gegenüber, soll der zu unrecht Beklagte in dieser Arrestzelle dann dermaßen stark gefoltert worden sein, dass er selbst der Meinung gewesen ist, dass wenn er dem "Diehl" zwischen ihm, dem Vorsitzenden Richter Dr. Cornelius und dem Staatsanwalt der Staatsanwaltschaft Bielefeld nicht eingegangen wäre (vgl. Rücknahme des Einspruches gegen den korrupten Strafbefehl vom 14.11.2017), dass man ihn dann wohl evtl. dort getötet hätte, vielleicht auch durch Ertrinken im Waschbecken. ???

So jedenfalls habe ich das heute am Dienstag dem 10.04.2018 von Max und Rainer erzählt bekommen, so verstanden und hiermit veröffentlicht. Gute Besserung axel thiesmeier.

Alles Weitere kann der Leser den nachfolgenden Schreiben entnehmen, die ich hiermit veröffentliche, damit diese offenkundigen Straftaten nicht in Vergessenheit geraten.

andreas möllmann

Weg mit Merkel von der Regierungsbank und ab auf die Anklagebank.

Mit wachsendem Befremden beobachten wir, wie Deutschland durch die illegale Masseneinwanderung beschädigt wird. Wir solidarisieren uns mit denjenigen, die friedlich dafür demonstrieren, dass die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird.



NEUE GEMEINSCHAFT

SOUVERÄNER REICHSBÜRGER

ALS ELITE DES DEUTSCHEN VOLKES



Amtsgericht Bad Oeynhausen
z. Hd. Herrn WERNER MEIER
Bismarckstraße 12
32545 Bad Oeynhausen

10. April 2018

Anzeige / Beschwerde - Nichtigkeit des amtsgerichtlichen Verfahrens, mündliche Verhandlung am 05.04.2018, ab 10:00 Uhr, 2. Etage, Sitzungssaal 24, sowie Beschwerde / Besorgnisrüge gegen den aktuellen Geschäftsverteilungsplan 2018 für die Richter, der nicht entsprechend der gesetzlichen Vorschrift (vgl. § 21 e GVG/analog) am Amtsgericht Bad Oeynhausen vorliegt.

Klage resp. vgl. VwVG § 3 Abs. 1 gem. vgl. § 71 II Nr. 2 GVG Palandt BGB § 839, vgl. Rolf Schmidt, Staatshaftungsrecht, 11. Auflage Rn 1062 bis 1067 wegen schwerwiegender Verletzung vorprozessualer und prozessualer Grundregeln und Berufspflichten durch den Vorsitzenden Richter Dr. CORNELIUS und seiner Erfüllungsgehilfen.

Tatbestandsvoraussetzungen wurden erfüllt.

Offensichtlichkeit der Vergehen gegen GG 1(1), 4, 17, 19, 25, 97, 101, 103, 104, 140 / Analoggesetze und somit liegt der Tatbestand GG Art. 139, Vergehen gegen HLKO, A/RES/45/120, UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06 durch den beschwerten Richter Dr. CORNELIUS und seiner Verrichtungs- / Erfüllungsgehilfen vor (vgl. GG Art. 100 i. V. mit Art. 25).

Da die Beschuldigten (Richter, Staatsanwalt, Erfüllungs- / Verrichtungsgehilfen) in besonderer Weise (Treu und Glaube, EID, Bezahlung für korrekte Berufsausübung, Glaub- und Vertrauenswürdigkeit für die Bevölkerung und Achtung des Gerichtes) der Remonstrationspflicht und Unabhängigkeit, verfahrensrechtliche Genauigkeit sowie Etikprogramm des Richtereides, IPbpR, Zitiergebot, Unparteilichkeit, MRK, A/RES/45/120 verpflichtet sind, hätten die vor dem 05.04.2018 zu Protokoll gefaxten Schreiben und der damit verbundene Angriff auf die Exekutivakten (vgl. IPSEN Staatsrecht II Rn. 838, Sachverhalt der o. g. gerichtlichen Verhandlung sein müssen; ferner die mehrfach geforderte Einsicht in die Verfahrensakten, usw. (vgl. Vorlagepflicht) gegeben werden müssen, weil die Ausübungshoheitl. Tätigkeit dies erfordert (vgl. Polizeiverordnung /-gesetz, BVerfGE 2, 1; GG Art. 80 Abs. 1 Satz 3.

Die zu unrecht Angeklagten/Beschuldigten als Angehörige der indigenen Volksgruppe Germaniten wurden unter Vorsatz falschen Verdächtigungen ausgesetzt und somit unter Vorsatz erniedrigt mittels Drohungen und Machtmißbrauch, nur weil diese in ihrem vorprozessualen Schriftverkehr nachweislich das Amtsgericht Bad Oeynhausen aufgefordert hatten, sich an Gesetz und Recht zu halten und z. B. auch die gültigen Geltungsbereiche für diejenigen Gesetze zu benennen, die in dem korrupten Strafbefehl vom 14.11.2017 und der Anklageschrift vom 27.11.2017 (vgl. StPO, StGB) zur Anwendung gebracht worden waren. Für juristische Personen als Bedienstete/Personal (vgl. Dienstaussweis/Personalausweis) des Amtsgericht Bad Oeynhausen, der Staatsanwaltschaft Bielefeld und der Kreispolizeibehörde Herford / Bielefeld ist dies eine ungeheuerliche Verunglimpfung des Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und somit Dienstunfähigkeit / - unwürdigkeit (vgl. BDG / LDG). Es ergeht Abschließend auch Strafantrag/Strafverfolgung, Dienstaufsichtsbeschwerde gegen alle Beteiligten und Erfüllungsgehilfen.

andreas möllmann

Strafbefehl

gegen Herrn Axel Thiesmeier, Rentner,
geschieden
geboren am 23.09.1956 in Bad Oeynhaus, Staatsangehörigkeit: deutsch
wohnhaft 32602 Vlotho

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Bielefeld wird gegen Sie

wegen versuchter Unterschlagung

- Vergehen nach §§ 246 Abs. 1, Abs. 3, 22, 23 StGB -

eine Geldstrafe von 40 Tagessätzen zu je 20,00 Euro (= 800,00 Euro) festgesetzt.

Gemäß § 465 StPO werden Ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Die Staatsanwaltschaft beschuldigt Sie,

in der Zeit vom 00.08.2016 bis 00.09.2016 in Vlotho

versucht zu haben, eine fremde bewegliche Sache sich rechtswidrig zuzueignen.

Ihnen wird Folgendes zur Last gelegt:

Sie erwarben von der Firma Essernetz am 10.10.2015 verschiedene Hardwareartikel, unter anderem einen Drucker der Marke Kyocera. Es war vereinbart, dass die Ware bis zur vollständigen Bezahlung des Kaufpreises im Eigentum der Firma Essernetz bleiben sollte. Im August 2016, an einem nicht näher konkretisierbaren Tag, boten Sie den oben genannten Drucker, obwohl der Kaufpreis noch nicht vollständig gezahlt war und der Drucker somit nicht in Ihrem Eigentum stand, dem Zeugen Eugen Heinrichs zum Kauf an. Zum Verkauf des Druckers kam es allein deswegen nicht, da der Zeuge Heinrichs kein Interesse an dem Erwerb des Druckers hatte.

Als Beweismittel hat die Staatsanwaltschaft bezeichnet:

- I. Ihre Einlassung
- II. Zeugen:
Eugen Heinrichs, 32602 Vlotho
- III. Gegenstände des Augenscheins:
Rechnung der Firma Essernetz, Bl.17-21

Rechtsbehelfsbelehrung

Dieser Strafbefehl wird rechtskräftig und vollstreckbar, wenn Sie nicht innerhalb von zwei Wochen nach der Zustellung bei dem umstehend bezeichneten Amtsgericht schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle Einspruch einlegen. Bei schriftlicher Einlegung ist die Frist nur gewährt, wenn die Einspruchsschrift vor Ablauf von zwei Wochen bei dem Gericht eingegangen ist. Sie können den Einspruch auf bestimmte Beschwerdepunkte beschränken. In der Einspruchsschrift können Sie auch weitere Beweismittel (Zeuginnen, Zeugen, Sachverständige, Urkunden) angeben. Ist der Einspruch verspätet eingelegt oder sonst unzulässig, so wird er ohne Hauptverhandlung durch Beschluss verworfen. Andernfalls findet eine Hauptverhandlung statt. In dieser entscheidet das Gericht nach neuer Prüfung der Sach- und Rechtslage. Dabei ist es an den in dem Strafbefehl enthaltenen Auspruch nicht gebunden, soweit sich der Einspruch auf ihn bezieht. Soweit in diesem Strafbefehl eine Geldstrafe gegen Sie festgesetzt wurde und Sie den Einspruch auf die Höhe der Tagessätze beschränken, kann das Gericht - sofern Sie, ggfs. Ihre Verteidigerin / Ihr Verteidiger und die Staatsanwaltschaft hierzu Ihre Zustimmung erteilen - ohne Hauptverhandlung durch Beschluss entscheiden. Bei einem solchen beschränkten Einspruch empfiehlt es sich, zugleich zu der Frage Stellung zu nehmen, ob Sie (und ggfs. Ihre Verteidigerin / Ihr Verteidiger) zustimmen, dass das Gericht durch Beschluss entscheidet. In diesem Beschluss darf von den Feststellungen des Strafbefehls nicht zu Ihrem Nachteil abgewichen werden. Gegen diesen Beschluss ist sodann noch die sofortige Beschwerde möglich. Gegen die Entscheidung über die Verpflichtung, Kosten oder notwendige Auslagen zu tragen, können Sie, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200,- Euro übersteigt, bei dem umstehend bezeichneten Amtsgericht binnen einer Woche nach Zustellung allein oder neben dem Einspruch schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde einlegen. Die Wochenfristen beginnen mit dem Tage der Zustellung, der auf dem Briefumschlag vermerkt ist, und enden mit dem Ablauf des entsprechenden Tages der zweiten Woche (im Falle des Einspruchs) bzw. der folgenden Woche (im Falle der sofortigen Beschwerde). Fällt das Ende der Frist auf einen Sonntag, einen allgemeinen Feiertag oder einen Sonnabend, so endet die Frist mit Ablauf des nächsten Werktages.

Die schriftliche Rechtsmitteleinlegung muss in deutscher Sprache erfolgen.
Tatbestandsnummer:

Meier

Ausgefertigt:

Direktor des Amtsgerichts

Brose, Justizfachw. (Name, Amtsbezeichnung)
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle



Zahlen Sie bitte nur nach schriftlicher Aufforderung.

Die Staatsanwaltschaft wird Ihnen nach Rechtskraft eine Zahlungsaufforderung übersenden, in der auch die Verfahrenskosten berechnet sein werden. Mit der Zahlungsaufforderung erhalten Sie auch weitere Hinweise zu ggf. möglichen Zahlungserleichterung (Ratenzahlung).

Hinweis zu den Verfahrenskosten (Stand 01.08.2013):

Für das Strafbefehlsverfahren werden Kosten nach dem Gerichtskostengesetz erhoben, und zwar

- 1. eine Gebühr in Höhe von:
 - a) für die Festsetzung von Freiheitsstrafe / Geldstrafe bis zu 6 Monaten / bis zu 180 Tagessätzen 70,00 EUR,
 - bis zu 1 Jahr / von mehr als 180 Tagessätzen 140,00 EUR,
 - b) für die Verwarnung mit dem Vorbehalt einer Verurteilung zu einer Geldstrafe dieselbe Gebühr wie zu a) bei Festsetzung einer Geldstrafe
- 2. Auslagen, die in dem bisherigen Verfahren entstanden sind. Dazu zählen unter anderem die Beträge (Vergütung nach dem JVEG, Ersatz von Aufwendungen), die an Zeuginnen/Zeugen und - zum Beispiel für eine Blutuntersuchung - an Sachverständige gezahlt worden sind, und die Pauschale für Zustellungen mit Zustellungsurkunde, Einschreiben gegen Rückschein oder durch Justizbedienstete nach § 166 Abs. 1 Zivilprozessordnung

Staatsangehörigkeit: deutsch - Verstoß gg. § 111 OWiG, §§ 86, 86 a, 130, 138 StGB i. V. mit Art. 139 GG / analoge, durch die StA BI.

Tatvorwurf: versuchte Unterschlagung

Gegen diesen "Tatvorwurf" wurde sofort Einspruch/Rechtsbeschwerde erhoben, zumal auch der Zeuge Herr Eugen Heinrichs, 32602 Vlotho, gegenüber dem mittels Strafbefehl vom 14.11.2017 zu unrecht Verurteilten ganz klar zum Ausdruck gebracht hat, dass er als vermeintlicher Zeuge der Anklage, eine solche Aussage, die ja letztendlich den Strafbefehl vom 14.11.2017 begründen soll, NIEMALS getätigt hat.

Dabei bleibt noch zu erwähnen, dass der zu unrecht Verurteilte unter der angegebenen Postanschrift nicht gemeldet (vgl. lebt/wohnt) und auch nicht WOHNHAFT ist.

Aus diesem Grund wird die Postanschrift in 32602 Vlotho in allen Schreiben gelöscht (vgl. Datenschutz gegenüber der Wohnungseigentümerin).

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/6x8f70lmc>
Korrespondenzanschrift: **Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN... WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN... WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN...

axel thiesmeier – Alte Dorfstraße 7 – [31737] Rinteln

Firma

Amtsgericht Bad Oeynhausen

z. Hd. Geschäftsführung

Bismarckstr. 12

32545 Bad Oeynhausen

per Fax: 05731 / 158 228

Verteiler

**(Art. 20 (4) GG, I. V. mit §§ 32, 113 (3),
138 StGB/analoge)**

**Rinteln, am Mittwoch, dem
zweiundzwanzigsten Tage
des elften Monats im Jahre
zweitausendsiebzehn**

**Betr.: Nichtige Zustellung eines Angebot/Strafbefehl vom 14.11.2017 mit der
Geschäftsnummer: 5 Cs-901 Js 438/17-442/17**

Sehr geehrter Herr **WERNER MEIER**,

mit diesem Schreiben per Fax wird die o. g. Geschäftsnummer: **5 Cs-901 Js 438/17-442/17**
vom **Beschwerdeführer** und **Unterzeichner** dieses Schreibens auch mit **Verweis** auf das
Zwangsversteigerungsverfahren vom **30.09.2015** (vgl. 00 3 K 086/12 - 00 3 L 011/13
Lübbecker Str. 35-39, 32584 Löhne) zum **Nachteil** Angehöriger der indigenen Volksgruppe
Germaniten, **abgelehnt** und **unwiderruflich** zurückgewiesen.

Eine **Geschäftsverhandlung** vor der **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen wird von dem
Beschwerdeführer und Unterzeichner dieses Schreibens wegen der fehlenden
Rechtsgrundlage und der **Zuständigkeit** vorsorglich **gerügt** und für **illegal/nichtig** erklärt.

Des Weiteren werden **alle** Angaben über den zu Unrecht Verurteilten die dem o. g. Angebot /
Strafbefehl vom **14.11.2017** zu entnehmen sind, **gerügt** und vorsorglich **abgelehnt** und
unwiderruflich **zurückgewiesen**. Darüber hinaus werden **alle** Anschuldigungen die dem
Strafbefehl vom **14.11.2017** begründen sollen, von dem zu Unrecht Verurteilten **abgelehnt**,
gerügt und unwiderruflich **zurückgewiesen**, weil diese Anschuldigungen in **keinem** einzigen
Punkt der tatsächlichen **Wahrheit** entsprechen.

Alle Anschuldigungen/Vorwürfe die dem o. g. Angebot/Strafbefehl vom **14.11.2017** zu
entnehmen sind, werden als erneute/**politische** Verfolgung des lebenden und beseelten
Menschen **axel, Mann aus der Familie thiesmeier**, bewertet/ **gerügt** /zurückgewiesen.

Mensch axel, Mann aus der familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher
Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen
offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum Schutz des deutschen Volkes nach **ius congens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime
Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der
natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig
(vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe
WÜD, WÜK). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von **1934** wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog **abgelehnt/zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/6x8f70lamc>

Korrespondenzanschrift: **Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN... WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN... WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN...

Ohne eine **Anerkenntnis** der **Rechtspflicht** oder **Zuständigkeit** des Amtsgericht Bad Oeynhausen, die es noch zu **überprüfen** gilt und mit **Verweis** auf die offenkundigen **Handelsbedingungen** des lebenden und beseelten Menschen **axel, Mann aus der Familie thiesmeier**, ergeht durch den Unterzeichner dieses Schreibens die **Nothilfe/Widerstandspflicht** des **Einspruchs**, der **Rechtsbeschwerde** und des **Widerspruches** gegen sämtliche **Angaben** und **Vorwürfe** die **überhaupt** zu einem solchen **Angebot/Strafbefehl geführt** haben.

Auch mit **Verweis** auf die Aussage des **Zeugen** Eugen Heinrichs, 32602 Vlotho, bleibt das/der **Angebot/Strafbefehl** vom **14.11.2017** angegriffen und **gerügt**, weil der zu Unrecht Verurteilte zu **keinem Zeitpunkt** einen **funktionierenden Drucker** der Marke **Kyocera** aus dem Besitz der **Firma Essernetz** hätte verkaufen können. Tatsächlich war es **nämlich** so, dass schon geraume Zeit zuvor, die gesamte **gebraucht** gelieferte **Hardware** der **Firma Essernetz** als defekter **Hardware-Schrott** abgebaut werden mußte und zur **Abholung** durch die Firma Essernetz in Löhne **bereitgestanden** hat (vgl. Zeugen).

Nur aus diesem Grund, nämlich weil die Firma Essernetz **nicht mehr Nachbessern** wollte, kam es dann ja überhaupt zu den **Neubestellungen** bei der Firma **WahrenTrend** in 32602 Vlotho. Außerdem wurde die **Firma Essernetz** durch die **WAG-Justiz-Opfer-Hilfe Deutschland** mit einem Schadenersatz von **150,00 Euro** pro Tag und Ausfall in **Regress** genommen, der durch **WOLFGANG ESSER** bis heute auch **nicht** beglichen worden ist.

Für den Fall, dass der **Einspruch**, die **Rechtsbeschwerde**, der **Widerspruch** ohne **Anerkenntnis** einer **Rechtspflicht** und **Zuständigkeit** durch das Amtsgericht Bad Oeynhausen zum Nachteil des zu Unrecht Verurteilten **nicht** berücksichtigt werden sollte, wird hier schon im schriftlichen **Vorverfahren** die **erneute/widerholte Verletzung des rechtlichen Gehörs** (vgl. Art. 103 GG/analog), der **Entzug des gesetzlichen Richters** (vgl. Art. 101 GG i. V. mit § 16 GVG/analoge) und der **Verstoß** gegen Art. 1 (1), 19, 20, 25, 97, 100, 101, 103, 139, 140 GG / analoge i. V. mit § 31 BVerfGG i. V. mit §§ 86, 86a, 130, 138 StGB/analoge **gerügt** und **vorsorglich** auch schon mal die **REVISION** in dieser Angelegenheit beantragt/verfügt.

Bekanntlich handelt es sich bei dem zu Unrecht Verurteilten um einen öffentlich bekannten **politischen Menschen** als gerichtsbestätigten **Menschenrechtverteidiger** (vgl. UN-Resolution A/RES/53/144, EU-Annex DOC 10111-06) und Botschafter/Diplomaten des Interim-Staates Germanitien (vgl. UNO-Resolution 217 A (III), WÜD, WÜK) und **Angehörigen** der indigenen Volksgruppe Germaniten, u. a. amtlicher Bestellungen.

Mensch **axel, Mann aus der familie thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personalausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von **1934** wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/6x8f70lamc>

Korrespondenzanschrift: **Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN... WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN... WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN...

Es wird außerdem noch einmal die **nichtige** Zustellung des **o. g.** Angebots/Strafbefehls vom 14.11.2017 durch die Firma P.O.S.T. AG, **gerügt**. Schon aus diesem Grund ist das Angebot, der Strafbefehl vom 14.11.2017, auch wegen der fehlenden **Unterschrift** entsprechend der gesetzlichen Vorschrift (vgl. § 126 BGB/analog i. V. mit 123, 125, 138, 142, 143 BGB, i. V. mit VwVfG § 44 / analoge) zu **rügen** und als illegaler/**nichtiger** Verwaltungsakt zu erklären.

Das/der Angebot/Strafbefehl vom 14.11.2017 hat somit nach **Offenkundigkeit** (vgl. § 291 ZPO/analog) den Adressaten **nicht** erreichen können.

Vorsorglich werden die nachstehenden **Zeugen** von dem zu Unrecht Verurteilten benannt, um die völlig **haltlosen** Anschuldigungen die dem **o. g.** Angebot/Strafbefehl vom 14.11.2017 zu entnehmen sind, als **vorsätzliche Unwahrheiten** entlarven zu können.

Zeugen:

.....

- 1.) **jürgen**, Mann aus der Familie **niemeyer** z. Z. **JVA** Bielefeld-Brackwede
- 2.) **jörg-gottfried-siegfried**, Mann aus der Familie **pagels** Koblenzer Str. 28, 32584 Löhne
- 3.) **hendrik-bontje**, Mann aus der Familie **küpper** [REDACTED] 59581 Warstein
- 4.) **thomas**, Mann aus der Familie **becker** [REDACTED] 59755 Arensberg
- 5.) **rainer**, Mann aus dem Familie **herrnbredel** [REDACTED], 38895 Derenburg
- 6.) **dirk**, Mann aus der Familie **laufer** [REDACTED], 33604 Bielefeld
- 7.) **EUGEN HEINRICHS** [REDACTED], 32602 Vlotho
- 8.) **WOLFGANG ESSER** Postanschrift <-> Gerichtsbekannt

Das Amtsgericht Bad Oeynhausen und auch die Anklagevertretung der Staatsanwaltschaft Bielefeld wird **beauftragt**, die entsprechende **Zeugen** zu laden und auch die **gültige** Wohnhaft der **o. g.** Zeugen vorher auf ihre **Aktualität** hin zu überprüfen.

Die Notwendigkeit zur Ladung der **o. g. Zeugen** ergibt sich aus der Tatsache, dass diese Zeugen u. a. auch bestätigen können, dass zu dem Zeitpunkt der Bestellung bei der Firma WarenTrend in Vlotho, die gesamte gelieferte Hardware der Firma Essernetz schon wochenlang und **defekt** zur Abholung in Löhne **bereit gestanden** hat.

Mensch axel, Mann aus der familie **thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von **1934** wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/6x8f70lamc>

Korrespondenzanschrift: **Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN... WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN... WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN...

Es wird durch den Beschwerdeführer/Unterzeichner **erklärt**, dass die Lieferung von Hardware durch die Firma Essernetz **nicht** entsprechend der damaligen **mündlichen** Absprachen, also zwischen **pagels, niemeyer, thiesmeier** (im **Auftrag** für die WAG-JOH tätig) und **WOLFGANG ESSER** als **Geschäftsführer** der Firma Essernetz **erfolgt** ist und es somit bis **heute** auch zu keinem Abschluss dieser damaligen **mündlichen Bestellung** gekommen ist. Die Firma Essernetz hat über einen längeren Zeitraum **viele Versuche** unternommen den gelieferten **HARDWARE-Schrott** vor Ort mittels Nachbesserungen **aufzubereiten**. Diese unzähligen Versuche der **Nachbesserung** sind **gescheitert** und **WOLFGANG ESSER** selbst war es dann, der **nicht** mehr bereit gewesen ist, den **HARDWARE-Schrott** durch **funktionsfähige** Hardware zu **ersetzen**.

Die in dem Angebot/Strafbefehl vom 14.11.2017 erwähnte **Rechnung** der Firma Essernetz ist vollumfänglich **unseriös** und zu **keinem Zeitpunkt** von den betrogenen/**geprellten** "Bestellern" **akzeptiert** worden, zumal in dieser Rechnung "**HARDWARE-Schrott**" als gelieferte "**NEUWARE**" und die unzähligen **Versuche** der **Nachbesserungen** als Dienstleistungen/**Servicearbeiten** zum Nachteil der Geprellten, **aufgeführt** werden.

Bis heute wurde **keine** Rechnung der **Firma Essernetz** durch den zu Unrecht Verurteilten gesichtet oder überhaupt in **Augenschein** genommen.

Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass sich im Besitz der WAG-Justiz-Opfer-Hilfe Deutschland und deren Büros **mehrere Drucker**, der in dem Angebot/Strafbefehl vom 14.11.2017 genannten Marke **Kyocera**, befinden.

Das Angebot, der Strafbefehl vom 14.11.2017 bleibt wegen der offenkundigen **Formmängel** für illegal/korrupt/kriminell/**nichtig** erklärt. Die gültige **Rechtsgrundlage** und die **Zuständigkeit** der Staatsanwaltschaft Bielefeld und des Amtsgericht Bad Oeynhausen bleibt **vorab** noch zu klären.

In diesem Zusammenhang besteht der zu Unrecht Verurteilte auf **Einhaltung** seiner überall gültigen **Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechte** durch die Staatsanwaltschaft Bielefeld und das Amtsgericht Bad Oeynhausen. Die Anwendung von **staatlichen Normen** (vgl. StPO) **ohne** erkennbar **gültigen Geltungsbereich**, wird vorsorglich **gerügt**.

Mensch **axel, Mann aus der familie thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/6x8f70lamc>
Korrespondenzanschrift: **Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN... WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN... WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN...

Die **Anklagevertretung** wird hiermit aufgefordert, umgehend, spätestens aber binnen 21 Tage nach Faxeingang dieses Schreibens, die **gültigen** Geltungsbereiche derjenigen **Gesetze** zu benennen, die in der o. g. Geschäftsverhandlung zum Nachteil des zu Unrecht Verurteilten zur **Anwendung** gebracht werden sollen.

Darüber hinaus wird auf **Einsichtnahme** in den aktuellen **Geschäftsverteilungsplan** für die Richter am Amtsgericht Bad Oeynhausen, um **Akteneinsicht**, Vorlage des Strafbefehls vom 14.11.2017 (Kopie der Urschrift), sowie die **Einsichtnahme** in die Richterliche **Ermittlungsakte**, binnen **21 Tage** nach Faxeingang dieses Schreibens, **bestanden**. Das Amtsgericht Bad Oeynhausen wird somit aufgefordert, einen zeitnahen Termin zur Einsichtnahme in die o. g. Urkunden zu benennen.

Hinzuweisen bleibt dann noch durch den Beschwerdeführer/Unterzeichner dieses Schreibens auf eine **Mitteilung** des Zeugen **EUGEN HEINRICHS** per **WhatsApp** vom **17.11.2017** um **11.14 Uhr**. Der Zeuge **EUGEN HEINRICHS** bestreitet in dieser Mitteilung vehement, eine solche Aussage/**Anschuldigung** die nun zu diesem Strafbefehl vom 14.11.2017 zum Nachteil des Beschwerdeführers/Unterzeichners dieses Schreiben **geführt** hat, jemals getätigt zu haben.

Somit stellt sich für den Beschwerdeführer/Unterzeichner dieses Schreibens die **berechtigte** Frage, was für **korrupte** Anschuldigungen/Verfahren hier denn nun wieder mittels Strafbefehl gegen einen öffentlich bekannte politische Menschen als Angehöriger der Menschenrechtsorganisation WAG-Justiz-Opfer-Hilfe Deutschland und Angehöriger der indigenen Volksgruppe Germaniten, durch die Kreispolizeibehörde Herford, der Staatsanwaltschaft Bielefeld in Zusammenarbeit mit dem Amtsgericht Bad Oeynhausen, aufgebaut und ggf. vorsätzlich **verabredet** worden sind. ???

Die o. g. WhatsApp-Mitteilung des Zeugen **EUGEN HEINRICHS** vom 17.11.2017 wurde als **Beweisstück** gesichert und **begründet**/erklärt somit ebenfalls die **Ablehnung**/Zurückweisung des illegalen/**korrupten**/kriminellen/nichtigen Strafbefehl vom 14.11.2017, zum Nachteil des zu Unrecht Verurteilten. Sowohl das o. g. **Beweisstück** und auch die **Handelsbedingungen** des lebenden und beseelten Menschen **axel, Mann aus der Familie thiesmeier**, werden zum Gegenstand dieser Angelegenheit erklärt (vgl. **NIEDERSCHRIFT / schriftl. zu Protokoll**).

Mensch **axel, Mann aus der familie thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/6x8f70lamc>
Korrespondenzanschrift: **Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN... WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN... WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN...

Der Beschwerdeführer/Unterzeichner dieses Schreibens behält sich vor, Strafanträge, Dienstaufsichtsbeschwerden und disziplinarische Maßnahmen **ggf.** auch wegen dem **Verbrechen** der Rechtbeugung, der Amtsanmaßung, dem Verfassungsbruch, der Anwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, des vorsätzlichen Landes-/Hochverrat, der Volksverhetzung u. a. Straftaten gegen die **Rechtbrecher** zu stellen.

Nur für den Fall, dass sich weiterhin an eine Rechtsgrundlagenlose Rechts- und Gesetzesauffassung **festgehalten** wird, wird präventiv bereits jetzt darauf hingewiesen, dass gemäß den Bestimmungen der Artikel 1, 2, 5, 12,17 und 30 **AllgErklMenschenR**, den Bestimmungen der Artikel 1, 5, 7, 8, 14, 17 und 18 **IPbürgR** (BGBl. 1973 II S. 1534), den Bestimmungen der Artikel 1, 5, 11 und 12 **IPwirtR** (BGBl. 1973 II S. 1570) und den Bestimmungen der Artikel 1 und 2 **UN-Folterkonv.** (BGBl. 1990 II S. 246) in Verbindung mit **Artikel 25 GG** jeder persönlich für seine Handlungen verantwortlich ist und dafür auch persönlich zivil- und strafrechtlich belangt werden kann (vgl. **VStGB**).

Vom Beschwerdeführer/Unterzeichner dieses Schreibens wird in diesem Zusammenhang **vorsorglich** festgestellt, dass er **nicht** gewillt ist, die Verletzung seiner Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechte durch stillschweigende Duldung zu heilen. Verfahrensbevollmächtig/Prozessbevollmächtig sind ausschließlich die **titulierten Ansprüche** des zu Unrecht Verurteilten.

Mit entsprechendem Respekt

axel thiesmeier

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier



Mensch **axel**, Mann aus der familie **thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/6x8f70lamc>

Korrespondenzanschrift: **Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN... WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN... WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN...

axel thiesmeier – Alte Dorfstraße 7 – [31737] Rinteln

~~_____~~

Firma

per Fax: 05731 / 158 228

Amtsgericht Bad Oeynhausen

z. Hd. Geschäftsführung

Bismarckstr. 12

32545 Bad Oeynhausen

**Rinteln, am Mittwoch, dem
neunundzwanzigsten Tage
des elften Monats im Jahre
zweitausendsiebzehn**

Betr.: 5 Cs-901 Js 438/17-442/17 = Abgelehnt/zurückgewiesen

Az.: 2588/BGB823/839/2017 - EMRK/HLKO/IPbpr-MENSCH-at

Sehr geehrter Herr **WERNER MEIER**,

als **Direktor** der **Firma** **Amtsgericht Bad Oeynhausen** werden Sie durch den Unterzeichner bzgl. des Angebotes/**Strafbefehls** vom **14. 11. 2017** dazu aufgefordert, binnen **21 Tage** nach **Faxeingang** dieses Schreibens mit Verweis auf Art. **20 (2) S. 1** i. V. mit Art. **17** Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die **gültigen Geltungsbereiche** für die von Ihnen im Angebot/**Strafbefehl** vom **14.11.2017** angewandten Gesetze (vgl. StPO, StGB) zu benennen.

Begründung:

Der **Unterzeichner** dieses Schreibens **muß** überprüfen können, ob die **angewandten Gesetze** noch **Gültigkeit** besitzen und für den lebenden und beseelten Menschen **axel, Mann aus der Familie thiesmeier** als deutschen **Staatsangehörigen** durch Abstammung und Geburt (vgl. **RuStAG 1913 = Preußen**) und **Angehörigen** der indigenen Volksgruppe Germaniten, überhaupt **Anwendung** finden können. Dies wird mit Verweis auf die **offenkundigen** Bereinigungsgesetze und mit Verweis auf die **z. B. Einführungsgesetze zur Strafprozessordnung** in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 312-1, veröffentlichten **bereinigten** Fassung, das zuletzt durch Art. 3 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (BGBl. IS. 1610) im Namen des **Deutschen Reichs** geändert worden war und der **§ 1** (vgl. Geltungsbereich) weggefallen ist, **bestritten**. Gleiches gilt hier auch für die **Einführung der Zivilprozessordnung**, der **Justizbeitreibungsordnung**, usw, usf. !

Mensch axel, Mann aus der familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum Schutz des deutschen Volkes nach **ius cogens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von **1934** wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/zurückgewiesen.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/6x8f70lamc>
Korrespondenzanschrift: **Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN... WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN... WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN...

Der Unterzeichner dieses Schreibens verweist auf sein Schreiben vom **23.11.2017** und **widerspricht** noch einmal den **Angaben und Anschuldigungen** die dem Angebot/Strafbefehl vom 14.11.2017 zu entnehmen sind, in der Gänze. Dabei wird ebenfalls **noch einmal** darauf verwiesen, dass der vermeintliche Zeuge **EUGEN HEINRICHS**, 32602 Vlotho am **17.11.2017** gegenüber dem Unterzeichner **verlauten** ließ, dass er zu **keinem** Zeitpunkt eine **Aussage** getätigt hätte, in sofern der Unterzeichner dieses Schreibens ihm einen **Drucker** aus dem **Eigentum** der Firma Essernetz, zum **Kauf** angeboten hätte.

Diese Anschuldigung wird von dem Unterzeichner dieses Schreibens ebenfalls noch einmal als eine **vorsätzliche Unwahrheit gerügt**.

Darüber hinaus bleibt die völlig **unwahre** Behauptung **gerügt**, der Unterzeichner hätte von der Firma Essernetz am 10. 10. 2015 **verschiedene** Hardwareartikel erworben.

Alle Anschuldigungen/Vorwürfe die dem **o. g.** Angebot/Strafbefehl vom **14.11.2017** zu entnehmen sind, werden als erneute/**politische** Verfolgung des lebenden und beseelten Menschen **axel, Mann aus der Familie thiesmeier**, bewertet/ **gerügt** /zurückgewiesen.

Bekanntlich handelt es sich bei dem Unterzeichner um einen öffentlich bekannten **politischen Menschen** als gerichtsbestätigten **Menschenrechtverteidiger** (vgl. UN-Resolution A/RES/53/144, EU-Annex DOC 10111-06) und Botschafter/Diplomaten des Interim-Staates Germanitien (vgl. UNO-Resolution 217 A (III), WüD, Wük) und **Angehörigen** der indigenen Volksgruppe Germaniten, **u. a.** amtlicher Bestellungen.

Es wird außerdem noch einmal die **nichtige** Zustellung des **o. g.** Angebots/Strafbefehls vom 14.11.2017 durch die Firma P.O.S.T. AG, **gerügt**. Schon aus diesem Grund ist das Angebot, der Strafbefehl vom 14.11.2017, auch wegen der fehlenden **Unterschrift** entsprechend der **gesetzlichen Vorschrift** (vgl. § 126 BGB/analog i. V. mit 123, 125, 138, 142, 143 BGB, i. V. mit VwVfG § 44 / analoge) zu **rügen** und als illegaler/**nichtiger** Verwaltungsakt zu erklären.

Das/der Angebot/Strafbefehl vom 14.11.2017 hat somit nach **Offenkundigkeit** (vgl. § 291 ZPO/analog) den Adressaten **nicht** erreichen können.

In diesem Zusammenhang besteht der Unterzeichner dieses Schreibens vorsorglich noch einmal auf **Einhaltung** seiner überall gültigen **Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechte** durch die Staatsanwaltschaft Bielefeld und das Amtsgericht Bad Oeynhausen.

Mensch **axel, Mann aus der familie thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personalausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/6x8f70lamc>
Korrespondenzanschrift: **Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN... WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN... WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN...

Die Anwendung von **staatlichen** Normen (vgl. StPO, StGB) **ohne** erkennbar **gültigen Geltungsbereich**, wird vorsorglich erneut **gerügt**.

Der **Direktor** des Amtsgericht Bad Oeynhausen Herr **WERNER MEIER** wird mit diesem Schreiben durch den Unterzeichner aufgefordert, **umgehend**, spätestens aber binnen **21 Tage** nach Faxeingang dieses Schreibens, die **gültigen** Geltungsbereiche derjenigen **Gesetze** zu benennen, die in der **o. g.** Geschäftsverhandlung zum Nachteil des Unterzeichners zur **Anwendung** gebracht werden sollen.

Darüber hinaus wird auf **Einsichtnahme** in den aktuellen **Geschäftsverteilungsplan** für die **Rechtspfleger** und **Richter** (auch für die Jahre **2015, 2016**) am Amtsgericht Bad Oeynhausen, um **Einsicht** in die **Verfahrensakte**, Vorlage des **Strafbefehls** vom 14.11.2017 als **Kopie der Urschrift** mit der **persönlichen Unterschrift** des Willenserklärenden, entsprechend der **gesetzlichen** Vorschrift (vgl. § 126 BGB/analog) sowie die **Einsichtnahme** in die **Richterliche Ermittlungsakte**, binnen **21 Tage** nach Faxeingang dieses Schreibens, **bestanden**. Das Amtsgericht Bad Oeynhausen wird somit aufgefordert, **umgehend** einen zeitnahen **Termin** zur **Einsichtnahme** in die **o. g.** Urkunden zu benennen (vgl. § 99, 117 VwGO, §§ 138, 139, 291 ZPO, §§ 16, 21 GVG, Art. 101, 103 GG/analoge).

Für den Fall der **Nichtbeachtung** dieser Anordnungen auf **Einsichtnahme** in die **o. g. Urkunden** durch das Amtsgericht Bad Oeynhausen binnen **21 Tage**, muß der Unterzeichner dieses Schreibens von einem **vorsätzlichen Verstoß** gegen sein **rechtliches Gehör**, dem vorsätzlichen **Entzug** des gesetzlichen Richters und einem vorsätzlichen **Verfassungsbruch** (vgl. Art. 1 (1), 19, 20, 25, 97, 100, 101, 103, 139, 140 GG) ausgehen. In diesem Zusammenhang verweist der Unterzeichner dieses Schreibens **vorsorglich** auch noch einmal auf den § 31 BVerfGG.

Der Beschwerdeführer/Unterzeichner dieses Schreibens behält sich somit auch **weiterhin** vor, sich mittels Strafanträge, Dienstaufsichtsbeschwerden und disziplinarische Maßnahmen **ggf.** auch wegen dem **Verbrechen** der Rechtbeugung, der Amtsanmaßung, dem Verfassungsbruch, der Anwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, des vorsätzlichen Landes-/Hochverrat, der Volksverhetzung **u. a.** Straftaten, gegen diese **haltlose** Verurteilung **ohne** Möglichkeit der vorherigen **eigenen Einlassung**, zu erwehren.

Mensch axel, Mann aus der familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen axel thiesmeier.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hohetlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/zurückgewiesen.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/6x8f70lamc>
Korrespondenzanschrift: **Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN... WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN... WAHRHEIT SAGEN... LÜGEN JAGEN...

Der Unterzeichner dieses Schreibens besteht auf die **Gewährleistung** und **Anwendung** der allgemeinen Regeln des **Menschen- und Völkerrechtes**, des **EU-Rechtes**, der gültigen Verfassung des **Staates Deutschland** (vgl. Germany) **WRV 1919**, der **HLKO**, des **VStGB**, **EMRK**, **IPbpR**, **UNO-Resolution 217 A (III)**, **UN-Resolution A/RES/53/144**, **EU Annex DOC 10111-06**, **WüD**, **WüK**, **GG**, **BGB**, u. a. internationaler und nationaler Chartas und Gesetzgebungen durch die **Bediensteten/Personal** (vgl. **Dienstausweis/Personalausweis**) der **Ämter**, **Behörden**, **Dienststellen**, **Gerichte** und **Verwaltungen** der **Bundesrepublik Deutschland**.

Nur für den Fall, dass sich weiterhin an eine **Rechtsgrundlagenlose Rechts- und Gesetzesauffassung festgehalten** wird, wird präventiv bereits jetzt darauf hingewiesen, dass gemäß den Bestimmungen der Artikel 1, 2, 5, 12,17 und 30 **AllgErklMenschenR**, den Bestimmungen der Artikel 1, 5, 7, 8, 14, 17 und 18 **IPbürgR** (BGBl. 1973 II S. 1534), den Bestimmungen der Artikel 1, 5, 11 und 12 **IPwirtR** (BGBl. 1973 II S. 1570) und den Bestimmungen der Artikel 1 und 2 **UN-Folterkonv.** (BGBl. 1990 II S. 246) in Verbindung mit **Artikel 25 GG** jeder persönlich für seine Handlungen verantwortlich ist und dafür auch persönlich zivil- und strafrechtlich belangt werden kann (vgl. **VStGB**).

Vom Beschwerdeführer/Unterzeichner dieses Schreibens wird in diesem Zusammenhang **vorsorglich** festgestellt, dass er **nicht gewillt** ist, die **Verletzung** seiner Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechte durch **stillschweigende Duldung** zu heilen. **Verfahrensbevollmächtigt/Prozessbevollmächtigt** sind ausschließlich die **titulierten Ansprüche** des zu Unrecht Verurteilten.

Mit entsprechendem Respekt

axel thiesmeier

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier



Mensch axel, Mann aus der familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum Schutz des deutschen Volkes nach **ius congenis**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WüD, WüK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/zurückgewiesen.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**
Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentadoud.de/share/6x8f70iamc>
Korrespondenzanschrift: **Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

axel thiesmeier - Alte Dorfstraße 7 - [31737] Rinteln

Firma
Amtsgericht Bad Oeynhausen
z. Hd. Geschäftsführung
Bismarckstr. 12
32545 Bad Oeynhausen

per Fax: 05731 / 158 228
Verteiler
(Art. 20 (4) GG, i. V. mit §§ 32, 113 (3),
138 StGB/analoge)

Rinteln, am Freitag, dem
fünfzehnten Tage des
zwölften Monats im Jahre
zweitausendsiebzehn

Betr.: 5 Cs-901 Js 438/17-442/17 = Abgelehnt/Zurückgewiesen von Anfang an.
Az.: 2588/BGB823/839/2017 - EMRK/HLKO/IPbPR-MENSCH-at

Sehr geehrter Herr **WERNER FERDINAND MEIER**,

als **Direktor** der **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen werden Sie durch den Unterzeichner auf die **Beachtung** der Schreiben vom **22.11.** und **29.11.2017** hingewiesen. Mit Schreiben vom **29. 11. 2017** wurden Sie durch den Unterzeichner dazu **aufgefordert**, binnen **21 Tage** nach **Faxeingang** des Schreibens mit **Verweis** auf Art. **20 (2) S. 1** i. V. mit Art. **17** Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die **gültigen Geltungsbereiche** für die von Ihnen im **Angebot/Strafbefehl** vom **14.11.2017** angewandten Gesetze (vgl. **StPO, StGB**) zu benennen.

Dieser Aufforderung sind Sie bisher **nicht** gefolgt. Der Unterzeichner **verweist** somit auf die **Dringlichkeit** der **Beantwortung** bzgl. der **gültigen Geltungsbereiche** für die von Ihnen im **Strafbefehl** vom **14.11.2017** benannten **StPO** und des **StGB** binnen nunmehr **7. Tage** nach **Faxeingang** dieses Schreibens.

Der Unterzeichner **verweist** **vorsorglich** noch einmal auf seine **gültigen Handelsbedingungen** die unter dem im **Briefkopf** stehenden **LINK** für **JEDERMANN** abrufbar/einsehbar sind. Diese Handelsbedingungen sind somit **offenkundig** und werden **erneut** und **noch einmal** zum **Gegenstand** dieser o. g. Angelegenheit gemacht (schriftl. zu Protokoll).

Darüber hinaus wird **noch** einmal darauf **hingewiesen**, dass der **Strafbefehl** vom **14.11.2017** **abgelehnt** und unwiderruflich **zurückgewiesen** bleibt.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“** im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog **abgelehnt/zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (RuStAG 1913 = **Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/6x8f70lamc>

Korrespondenzanschrift: **Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

In diesem Zusammenhang wird auch der/die **Beschluss/Ladung** vom **24.11.2017** zu einem Termin am **Mittwoch** den **24.01.2018, 12.00 Uhr**, 1. Etage, Sitzungsaal **13**, in einer **Strafsache** wegen **Unterschlagung** gerügt und **unwiderruflich** zurückgewiesen.

Begründung:

Die **Ladung** und der **Beschluss** der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen vom **24.11.2017** richtet sich an eine dem Unterzeichner **nicht** bekannte **juristische Person** „Herrn **Axel Thiesmeier**“ (vgl. **AXEL THIESMEIER**) wohnhaft **Sandweg 25, 32549 Bad Oeynhausen**, wegen **Unterschlagung**. Die **Staatsangehörigkeit** wird in diesem **Beschluss** mit „**deutscher Staatsangehöriger**“ angegeben.

Dabei bleibt darauf hingewiesen, dass der o. g. **Strafbefehl** vom **14.11.2017** gegen eine **juristische Person** „Herrn **Axel Thiesmeier**“ (vgl. **AXEL THIESMEIER**) wohnhaft **[REDACTED]** **32602 Vlotho** wegen **versuchter Unterschlagung** durch die Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen, **erlassen** worden ist. Die **Staatsangehörigkeit** dieser juristischen Person wird laut **Strafbefehl** vom **14.11.2017** mit „**deutsch**“ angegeben.

Gerügt wird somit durch den Unterzeichner die **völlig unterschiedlichen Anschuldigungen** in Bezug auf den **Strafbefehl** vom **14.11.2017** und der **Ladung** vom **24.11.2017** sowie auf die **völlig unterschiedlichen Postanschriften** und **Staatsangehörigkeiten** der **Adressaten**.

Somit steht **fest**, dass der lebende und beseelte Mensch **axel, Mann aus der Familie thiesmeier, Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln**, mit der verbindlichen **Staatsangehörigkeit** durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG 1913 = **Preußen**) weder mit dem **Strafbefehl** vom **14.11.2017** noch mit der **Ladung** oder dem **Beschluss** vom **24.11.2017** (Posteingang hier in der **Botschaft** des Interim-Staates Germanitien am **13. 12.2017**) zu einem Termin am **Mittwoch** den **24.01.2018, 12.00 Uhr**, 1. Etage, Sitzungsaal **13**, im Amtsgericht Bad Oeynhausen, etwas zu tun hat.

Bei dem **Unterzeichner** dieses Schreibens handelt es sich um einen **gerichtsbestätigten** lebenden und beseelten **Menschen** und **Menschenrechtsverteidiger** der als **Botschafter/Diplomat u. a.** auch in der **Botschaft** des Interim-Staates Germanitien, **Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln** lebt/tätig und **gemeldet** ist.

Somit ist nach **Offenkundigkeit** gegeben, dass weder die Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld, noch die Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen für lebende und beseelte **Menschen** im Raum **Niedersachsen** zuständig sind.

Mensch **axel, Mann aus der Familie thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbsternächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum Schutz des deutschen Volkes nach **ius cogens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI-Staatsangehörigkeit** „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentadoud.de/share/6x8f70lamc>
Korrespondenzanschrift: **Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Sowohl der **Strafbefehl** vom **14.11.2017** als auch der/die **Beschluss/Ladung** vom **24.11.2017** gehen somit nach **Offenkundigkeit** ins **leere** und werden von dem Unterzeichner **weiterhin** abgelehnt und **unwiderruflich** zurückgewiesen.

Da hilft dann auch **keine** Drohung in der **Ladung**, dass der **Strafbefehl** rechtskräftig und **vollstreckt** wird, wenn der Adressat **ohne** Entschuldigung der **Geschäftsverhandlung** am **Mittwoch dem 24.01.2018** am Amtsgericht Bad Oeynhausen, **fern** bleibt.

Fakt ist in der **o. g.** Angelegenheit, dass **alle** Begründungen bzgl. des **Strafbefehls** durch den Unterzeichner **gerügt** und **angegriffen** worden sind. Dabei bleibt zu **beachten**, dass **selbst** der Zeuge „**Herr EUGEN HEINRICHS**“ gegenüber dem zu Unrecht Verurteilten **schriftlich** erklärt hat, dass er eine **Aussage** die den **Strafbefehl** vom **14.11. 2017** begründet haben sollen, so überhaupt **nicht** gesagt haben will.

In diesem **Zusammenhang** wird dann auch **noch einmal** auf die **o. g.** Schreiben des zu Unrecht Verurteilten und **Unterzeichners** dieses Schreibens vom **22.11.** und **29.11.2017** verwiesen.

Der Unterzeichner hat in seinem Schreiben vom **22.11.2017** auf **Seite 3.** mehrere **Zeugen** benannt, die für die **Wahrheitsfindung** absolut von **Nöten** wären. Diese **Zeugen** wurden in der **Ladung** vom **24.11. 2017** unter **Vorsatz** und zum **Nachteil** des zu Unrecht Verurteilten **nicht** berücksichtigt. **Der vorsätzliche Entzug der genannten Zeugen wird hiermit ebenfalls gerügt.**

Alle **bisherigen** Verletzungen des **rechtlichen Gehörs** und **haltlosen** Anschuldigungen des zu Unrecht Verurteilten durch die **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen werden somit **gerügt.**

Somit kann der zu Unrecht Verurteilte nun davon **ausgehen**, dass am Amtsgericht Bad Oeynhausen überhaupt **kein** rechtstaatliches Verfahren **geplant** wird. Die **mehrfache** vorsätzliche Verletzung des **rechtlichen Gehörs**, der Entzug des **gesetzlichen Richters** und die/der **Missachtung/Verstoß** gegen das Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland durch den **Willenserklärenden** Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** als **Direktor** der **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen wird abschließend **gerügt** und somit **vorsorglich** auch schon die **REVISION** für das geplante **nicht staatlich** anstehende Verfahren, beantragt/**verfügt.**

Den Unterzeichner hat jedenfalls weder der **Strafbefehl** vom **14.11.2017** noch der/die **Beschluss/Ladung** vom **24.11.2017** erreichen können. Die Zuständigkeit für **Niedersachsen** wird sowohl der **Firma** Staatsanwaltschaft Bielefeld als auch der **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen durch den Unterzeichner **abgesprochen/verweigert.**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier.**
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße.** Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum Schutz des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/zurückgewiesen.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentadoud.de/share/6x8f70lamc>

Korrespondenzanschrift: **Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbpR

Es wird somit **ohne** Anerkenntnis einer **Zuständigkeit** oder **Rechtspflicht** gegenüber der bundesrepublikanischen Rechtspflege durch den Unterzeichner **hilfsweise** beantragt, dass das **Amtsgericht in Rinteln** mittels **Beschluss** zeitnah **festzustellen** hat, ob die **Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld** und die **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** auch für im Landkreis **NIEDERSACHSEN** (hier Rinteln) lebende und beseelte **Menschen**, zuständig sein **dürfen/können**.

Unabhängig davon bleibt sowohl der **Strafbefehl** vom **14.11.2017** als auch der/die **Beschluss/Ladung** vom **24.11.2017** zu einer **Geschäftsverhandlung** am **24.01.2018** im Amtsgericht Bad Oeynhausen wegen der **o. g.** genannten **Formmängel** angegriffen und **unwiderruflich** zurückgewiesen.

Nur für den Fall, dass sich **weiterhin** an eine Rechtsgrundlagenlose Rechts- und Gesetzesauffassung **festgehalten** wird, wird präventiv bereits jetzt darauf hingewiesen, dass gemäß den Bestimmungen der Artikel 1, 2, 5, 12,17 und 30 **AllgErklMenschenR**, den Bestimmungen der Artikel 1, 5, 7, 8, 14, 17 und 18 **IPbürgR** (BGBl. 1973 II S. 1534), den Bestimmungen der Artikel 1, 5, 11 und 12 **IPwirtR** (BGBl. 1973 II S. 1570) und den Bestimmungen der Artikel 1 und 2 **UN-Folterkonv.** (BGBl. 1990 II S. 246) in Verbindung mit **Artikel 25 GG** jeder persönlich für seine Handlungen verantwortlich ist und dafür auch persönlich zivil- und strafrechtlich belangt werden kann (vgl. **VStGB**).

Vom Beschwerdeführer/Unterzeichner dieses Schreibens wird in diesem Zusammenhang **vorsorglich** festgestellt, dass er **nicht** gewillt ist, die **Verletzung** seiner Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechte durch stillschweigende Duldung zu heilen. Verfahrensbevollmächtigt/Prozessbevollmächtigt sind ausschließlich die **titulierten Ansprüche** des zu Unrecht Verurteilten.

Mit entsprechendem Respekt

axel thiesmeier

lebender und beseelter Mensch **axel, Mann aus der Familie thiesmeier**



Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hohetlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/6x8f70lamc>
Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitlen, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbR

axel thiesmeier - Alte Dorfstraße 7 - [31737] Rinteln

Firma

Amtsgericht Bad Oeynhausen

z. Hd. Geschäftsführung

Bismarckstr. 12

32545 Bad Oeynhausen

per Fax: 05731 / 158 228

Verteiler

**(Art. 20 (4) GG, I. V. mit §§ 32, 113 (3),
138 StGB/analoge)**

**Rinteln, am Dienstag, dem
zweiten Tage des ersten
Monats im Jahre
zweitausendachtzehn**

Betr.: 5 Cs-901 Js 438/17-442/17 = Abgelehnt/Zurückgewiesen von Anfang an.

Betr.: 85 Ds 601 Js 676/17-218/17 = Abgelehnt/Zurückgewiesen von Anfang an.

Az.: 2588/BGB823/839/2017 - EMRK/HLKO/IPbR-MENSCH-at

Sehr geehrter Herr WERNER FERDINAND MEIER,

bzgl. der Schreiben vom **22.11.2017, 29.11.2017** und **15.12.2017** ergeht durch den Unterzeichner dieses Schreibens gegen Ihre Person als **Direktor der Firma** (vgl. **UStG § 2 b/analog**) **Amtsgericht Bad Oeynhausen** eine **Besorgnistrüge** wegen der **vorsätzlichen Verletzung des rechtlichen Gehörs** zum Nachteil des Unterzeichners dieses Schreibens und dem **Verstoß** gegen das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland.

Sie, sehr geehrter Herr **WERNER FERDINAND MEIER**, als **Direktor der Firma** **Amtsgericht Bad Oeynhausen** wurden in den o. g. Schreiben des Unterzeichners nun schon **mehrfach** aufgefordert, die **gültigen Geltungsbereiche** der von Ihnen im **Strafbefehl** vom **14.11.2017** genannten **StPO** und des **StGB**, zu benennen.

Dieser **Aufforderung** mit Verweis auf **Art. 20 (2) S. 1, i. V. mit Art. 17** Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, sind Sie als **Direktor der Firma** **Amtsgericht Bad Oeynhausen** und auch als **Verfasser des Strafbefehls** vom **14.11.2017**, bisher **nicht** nachgekommen.

Der Unterzeichner dieses Schreibens **verweist** als lebender und beseelter **Mensch**, als **Staatsangehöriger** durch Abstammung und Geburt (vgl. **RuStAG 1913 = Preußen**) und als **Angehöriger** der indigenen **Volksgruppe Germaniten**, **vorsorglich** noch einmal auf seine

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen axel thiesmeier.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als Preuße. Hoheitlich für den deutschen Staat handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum Schutz des deutschen Volkes nach *ius cogens*, *ius indigenatus* und *ius naturalis* um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die sofortige Umsetzung des Art. 20 a Grundgesetz zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal und im Auftrag des Staates DEUTSCHLAND (GERMANY) tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). Exterritorialität nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe WÜD, WÜK). Hinweis: Die NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/zurückgewiesen.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (RuStAG 1913 = Preußen)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/6x8f70lamc>
Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier · Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

gültigen **Handelsbedingungen**, die zum **Gegenstand** (schriftl. zu Protokoll) der o. g. **Geschäftszeichen** (vgl. 5 Cs-901 Js 438/17-442/17 i. V. mit 85 Ds 601 Js 676/17-218/17) und in den unter dem im Briefkopf stehenden **LINK** für **Jedermann** abrufbar / einsehbar sind, **erklärt** werden. Es soll dem Unterzeichner dieses Schreibens später **nicht** unterstellt / **vorgeworfen** werden, er hätte auf **diese Handelsbedingungen nicht** ausreichend hingewiesen.

Gerügt wird ebenfalls wiederholt, die **unwahre** Behauptung im **Strafbefehl** vom 14.11.2017 bzgl. der **Beweismittel** der Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld unter **Punkt I.** einer angeblichen **Einlassung**. Darüber hinaus bleibt auch weiterhin **gerügt**, dass es eine Aussage des Zeugen **Herrn EUGEN HEINRICHS** als Zeuge der Anklage wie im **Strafbefehl** vom 14.11.2017 behauptet wird, überhaupt **nicht** gegeben hat. **Abgelehnt** und **Zurückgewiesen** bleibt auch die **Rechnung** der Firma Essernetz. Damit hat der Unterzeichner dieses Schreibens überhaupt **nichts** zu tun.

Des Weiteren bleibt die **Zustellung** vom 17.11.2017 und auch der **Strafbefehl** vom 14.11.2017 an eine juristische Person „Herrn AXEL THIESMEIER“, [REDACTED], 32602 Vlotho, sowie auch die **Ladung** vom 13.12.2017 an eine juristische Person „Herrn AXEL THIESMEIER“, Sandweg 25, 32549 Bad Oeynhausen abgelehnt, **gerügt** und **unwiderruflich zurückgewiesen**.

Gerügt wird ebenfalls die **Abladung** in der Strafsache 5 Cs-901 Js 438/17-442/17 die nun an eine juristische Person „Herrn AXEL THIESMEIER“ Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln erging. Als Grund der **Aufhebung** (vgl. Abladung) wird mit Schreiben vom 22.12.2017 (Posteingang in der **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln** am 28.12.2017) eine beabsichtigte **Verbindung** mit einen nun neuen Verfahren 85 Ds 601 Js 676/17-218/17 wegen **Unterschlagung**, begründet. (Was ist das denn für ein ggf. betrügerisches Vorhaben???)

Der **Strafbefehl** vom 14.11.2017 wurde wegen einem angeblichen „**Versuch der Unterschlagung**“ und angeblich wegen der Aussage des Zeugen „Herrn **EUGEN HEINRICHS**“ erlassen. Der Zeuge der Anklage „Herr **EUGEN HEINRICHS**“ **widerspricht** aber, jemals eine solche **Aussage** getätigt zu haben. Dieser **Widerspruch** des Zeugen **EUGEN HEINRICHS**, liegt dem Unterzeichner dieses Schreibens mit Datum 17.11.2017, **schriftlich** vor.

Mit Datum 22.12.2017 wurde die **Abladung** und ein **nicht** unterschriebener **Beschluss** als **Ausfertigung** der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen an eine **nicht** existente juristische Person „AXEL THIESMEIER“, wohnhaft Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln, in einer Strafsache wegen nunmehr **Unterschlagung** übersandt. Dieser **Beschluss** trägt somit einen **weiteren Versuch** des **Prozessbetruges** in sich, in soweit nun das „alte Verfahren“ gemäß dem nichtigem § 4 StPO zum Zwecke der **Verbindung** mit dem Verfahren 85 Ds 601 Js 676/17-218/17 an eine Abteilung 85 Ds abgegeben werden soll (vgl. Heilungsversuch).

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als Preuße. Hoheitlich für den deutschen Staat handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum Schutz des deutschen Volkes nach *ius congenus*, *ius indigenatus* und *ius naturalis* um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des Art. 20 a Grundgesetz zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog **abgelehnt/zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/6x8f70lamc>
Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Gerügt wird somit **abermals** die **fehlende** Rechtsgrundlage und die **nichtige** Zuständigkeit der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** in den **o. g. Geschäftsverhandlungen**.

Mit Verweis auf den **o. g. bisherigen Schriftwechsel** ergeht eine weitere **Besorgnistrüge** in Bezug auf die **unterschiedlichen Anschuldigungen** und **Angaben** über die bisher angeschriebenen **juristischen Personen** sowie deren unterschiedlichen **Postanschriften** und **Staatsangehörigkeiten** (vgl. Schreiben vom 15.12.2017).

Der Unterzeichner dieses Schreibens **erklärt** somit noch einmal, dass er als lebender und beseelter **Mensch** und **Staatsangehöriger** durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG 1913) und **Angehöriger** der indigenen **Volksgruppe Germaniten** **nicht** in Verbindung zu bringen ist, mit **juristischen Personen** mit der Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ von 1934, als **BRD-Fiktion**.

Bei dem Unterzeichner dieses Schreibens handelt es sich nach Offenkundigkeit (vgl. § 291 ZPO/analoge) um einen lebenden und beseelten **Menschen** mit der **Staatsangehörigkeit** **Deutschland / Preußen / Germanitien**.

Außerdem wird **gerügt**, dass die **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** **bewußt** und **vorsätzlich** außerhalb ihres **Zuständigkeitsbereiches** Anklagen **verfasst**, Strafbefehle und Beschlüsse an **unterschiedliche** juristische Personen und Postadressen versendet, **ohne** den vermeintlich Beschuldigten/Beklagten **überhaupt** das **rechtliche Gehör** in den Angelegenheiten **gewährt** zu haben.

Der Unterzeichner dieses Schreibens **besteht** somit auch weiterhin mit **Verweis** auf den Art. **20 (2) S. 1., Art. 20 (3), 101, 103** i. V. mit **Art. 17** Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, **WRV 119, HLKO, VStGB, EMRK, IPbPR**, auf die Beibringung/**Benennung** der Nachweise bzgl. der **gültigen Geltungsbereiche** für diejenigen **Gesetze** die durch die **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** in den **o. g. Geschäftsverhandlungen** zur **Anwendung** gebracht werden sollen. **Als letztmalige Frist** hierfür werden **7. Tage** nach Faxeingang eingeräumt.

Darüber hinaus **besteht** der Unterzeichner dieses Schreibens auf die **Übersendung** des **Strafbefehls** vom 14.11.2017 und des **Beschluss** vom 22.12.2017 als **Kopie** der **Urschrift** mit der **persönlichen Unterschrift** des Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** als **Direktor** der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** entsprechend der **gesetzlichen** Vorschrift (vgl. § 126 BGB/analoge), binnen **7. Tage** ab Faxeingang dieses Schreibens.

Begründung: Nicht beantragte **Abschriften/Ausfertigungen** sind illegal/nichtig.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen **Friedensvertrag**, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“** im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/6x8f70lamc>
Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Darüber hinaus wird durch den Unterzeichner dieses Schreibens um die **Zusendung** einer **Kopie** der **aktuellen** Geschäftsverteilungspläne für die **Richter** und **Rechtspfleger** binnen **7**. Tage nach Faxeingang dieses Schreibens, gebeten.

Begründung:

Der Unterzeichner dieses Schreibens muß **überprüfen** können, ob die **aktuellen Geschäftsverteilungspläne** für die **Richter** und **Rechtspfleger** entsprechend der gesetzlichen **Vorschrift** (vgl. § 21 e GVG/analog) am Amtsgericht Bad Oeynhausen, unterschrieben **vorliegen**. Dazu reicht die Einsichtnahme der Geschäftsverteilungspläne im Internet **nicht** aus.

Mit Verweis auf den **vorprozessualen Schriftverkehrs** und der **vorsätzlichen** mehrfachen **Verletzung** des **rechtlichen Gehörs**, dem vorsätzlichen **Entzug** des **gesetzlichen Richters**, der **Missachtung** des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (vgl. Art. 1 (1), 19, 20 (3), 25, 97, 100, 101, 103, 139, 140/analoge) und dem **Versuch** der Doppelbestrafung, u. a. erkennbarer **Verstöße** gegen nationales/internationales Recht (vgl. WRV 1919, HLKO, VStGB, EMRK, IPbPR, WüD, WÜK, UNO-Resolution 217 A (III), UN-Resolution A/RES/53/144, EU Annex DOC 10111-06) **folgt** durch den Unterzeichner dieses Schreibens die **rückwirkende/sofortige Ablehnung** aller **Richter, Rechtspfleger** und des Herrn **WERNER FERDINAND MEIER**, als Direktors der **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen, sowie seiner **Erfüllungsgehilfen**.

Begründung:

Auf Grund der wiederholten **Verletzungen** des **rechtlichen Gehörs**, des **Verstoßes** gegen das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Anwendung von staatlichen Normen **ohne** den Nachweis der **gültigen** Geltungsbereiche erbracht zu haben und der offenkundigen **Nichtigkeit** (vgl. Formmangel, u. a.) des **Strafbefehls** vom 14.11.2017 und dem nun **ggf.** auch noch geplanten **Prozessbetruges** zum Nachteil des Unterzeichners dieses Schreibens, durch die **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen und ihrer **Erfüllungsgehilfen**, **werden** alle **Richter** und **Rechtspfleger** die **namentlich** auf den **aktuellen** Geschäftsverteilungsplänen für die **Richter** und **Rechtspfleger** genannt werden, wegen dem **begründeten Verdacht** der Anwendung **nichtiger** Gesetze (**NAZI-Gesetzen**), der **Befangenheit/Vorbefasstheit**, der **Abhängigkeit** zum Arbeitgeber/**Dienstherren** (vgl. Personalakte) wegen der Anwendung des Personalausweises mit der **Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“** von 1934 (vgl. Verstoß gg. Art. 139 GG / analoge Gesetzgebungen) und der **Anwendung** von **Geschäftsverteilungsplänen** die **nicht** der gesetzlichen **Vorschrift** entsprechen können (vgl. § 21 e GVG/analog), durch den Unterzeichner dieses Schreibens, **abgelehnt**.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“** im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog **abgelehnt/zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (RuStAG 1913 = Preußen)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/6x8f70lamc>
Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Für den Fall, der **Nichtbeachtung/Verstoßes** gegen die „**Vorlagepflicht** gegenüber einer Prozesspartei“ binnen **7. Tage** durch die **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** und somit der weiteren **vorsätzlichen Verletzung des rechtlichen Gehörs** durch Bedienstete/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** zum Nachteil des Unterzeichners dieses Schreibens, **bleiben** alle Richter und Rechtspfleger des Amtsgericht Bad Oeynhausen **auch** weiterhin unheilbar **abgelehnt**. Diese **Ablehnung** gilt somit und gerade auch für den **Direktor** des Amtsgericht Bad Oeynhausen, Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** und seiner Erfüllungsgehilfen.

Die **o. g.** Geschäftsverhandlungen (vgl. Strafsache 5 Cs-901 Js 438/17-442/17 wegen „**versuchter Unterschlagung**“ in Verbindung mit 85 Ds 601 Js 676/17-218/17, nun wegen **Unterschlagung**) **bleiben** durch den Unterzeichner dieses Schreibens auch weiterhin **abgelehnt** und unwiderruflich **zurückgewiesen**. Darüber hinaus aber auch für **illegal/nichtig** erklärt, zumal **Gesetze** die **grundsätzlich** gegen die **Verfassung** verstoßen, für **illegal/nichtig** zu erklären sind (vgl. BVerfG 8, 1 (19)).

Des Weiteren bleibt zu **beachten**, das **Gesetze**, die **keinen** räumlichen Geltungsbereich **begründen** / definieren können, generell **illegal/nichtig** sind (vgl. BVerwGE 17, 192=DVBl 1964, 147) – (BVerwG a. a. O.) (BVerfG 1 C 74/61 vom 28.11.1963).

Ohne **Anerkenntnis** einer **Zuständigkeit** oder **Rechtspflicht** gegenüber der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen**, oder **ORGANEN** der **bundesrepublikanischen Rechtspflege**, wird der gesamte bisherige **Schriftverkehr** (vgl. Schreiben vom 22.11. 2017, 29. 11. 2017, 15.12.2017) in Bezug mit den **o. g.** Geschäftsverhandlungen (vgl. 5 Cs-901 Js 438/17-442/17 i. V. mit dem neuen Verfahren 85 Ds 601 Js 676/17-218/17) **vorsorglich** in Verbindung mit den **Handelsbedingungen** des Unterzeichners dieses Schreibens, als **NIEDERSCHRIFT** und **schriftl.** zu **Protokoll**, erklärt.

Der Unterzeichner dieses Schreibens **fordert** den **Direktor** der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** auf, **pflichtgemäß** seiner Dienstobliegenheit und hiernach entsprechend der **gesetzlichen** Vorschriften zu **reagieren** und dem Unterzeichner dieses Schreibens sein **rechtliches Gehör** zu gewähren und die **Gründe** zu den **Vorwürfen dezidiert / konkretisiert**, zu benennen.

Herr **WERNER FERDINAND MEIER**, Sie werden somit durch den Unterzeichner dieses Schreibens dazu **aufgefordert** sich umgehend/**sofort** an die **Gesetzgebung** und an das **Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zu halten, oder **sofort** den **Rechtsbankrott** in der Bundesrepublik Deutschland zu **bestätigen/erklären**.

Mensch **axel**, Mann aus der Familie **thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum Schutz des deutschen Volkes nach *ius cogens*, *ius indigenatus* und *ius naturalis* um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe WÜD, WÜK). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog **abgelehnt/zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (RuStAG 1913 = Preußen)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/6x8f70lamc>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbR

Abschließend ergeht durch den Unterzeichner dieses Schreibens Strafanzeige, **Strafantrag / Strafverfolgung, Dienstaufsichtsbeschwerde** und Anordnung auf disziplinarische Maßnahmen (vgl. Entfernung aus dem öffentlichen Dienst) gegen den **Direktor Herr WERNER FERDINAND MEIER** der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen, wegen dem **begründeten Verdacht** der ggf. Amtsanmaßung, Bedrohung, Betrug, Erpressung, Folter, Körperverletzung, Nötigung, Landes- & Hochverrat, Offener Verfassungsbruch, Betrug und Täuschung im Rechtsverkehr, Verbrechen der Rechtsbeugung, vorsätzlichem Verstoß gegen nationale / internationale Abkommen/Chartas, Abstammungs-, Grund-, Menschen-, und Völkerrechten, sowie **alle weiteren Straftaten**, die sich aus dieser Angelegenheit im **späteren Verlauf** noch ergeben sollten.

Der Strafantrag/Strafverfolgung, die **Dienstaufsichtsbeschwerde** und **disziplinarischen Maßnahmen** (vgl. Entfernung aus dem öffentlichen Dienst) gegen Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** als Bediensteten/Personal (vgl. **Dienstausweis/Personalausweis/Personalakte**) der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen, sowie die Ablehnung aller Richter und Rechtspfleger am Amtsgericht Bad Oeynhausen werden durch den Unterzeichner dieses Schreibens auch **damit begründet**, dass der **Direktor** der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen, Herr **WERNER FERDINAND MEIER**, mittels dem Verfahren 85 Ds 601 Js 676/17-218/17 ggf. unter Vorsatz des **Betruges / Täuschung im Rechtsverkehr**, u. a. **Straftaten**, den **nichtigen Strafbefehl** vom 14.11.2017 gegen eine juristische Person „Herrn AXEL THIESMEIER“, **[REDACTED]** 32602 Vlotho und die Ladung an eine juristische Person „Herrn AXEL THIESMEIER“ Sandweg 24, 32549 Bad Oeynhausen zu einer Geschäftsverhandlung am 24.01.2017 (vgl. 5 Cs-901 Js 438/17-442/17) im Amtsgericht Bad Oeynhausen ggf. mittels **beabsichtigter / geplanter Verbindung** mit dem „nun neu aus dem Hut der BRD-Justiz gezauberten“ Verfahren 85 Ds 601 Js 676/17-218/17 **schlussendlich** doch noch zu **heilen** versucht, indem das Aktenzeichen 5 Cs-901 Js 438/17 **einfach** in ein neues Verfahren (vgl. 85 Ds 601 Js 676/17-218/17) nun wegen Unterschlagung **überführt** werden soll, **um es** damit dem Unterzeichner dieses Schreibens per **Beschluss** vom 22.12.2017, **geheilt** „aufs Auge drücken“, bzw. **anlasten** zu können.

Dabei bleibt zu beachten, dass es zu dem neuen Verfahren **85 Ds 601 Js 676/17-218/17** und nun **wegen Unterschlagung**, bisher überhaupt **keinerlei Ermittlungen**, Vernehmungen oder **überhaupt** Begründungen zu einem solchen **Strafvorwurf** gegeben hat (vgl. **Zeuge** Heinrichs). Hier bleibt **umgehend** zu prüfen, wann und durch **welche Behörde** entsprechende **Ermittlungen** gegen den Unterzeichner dieses Schreibens in einer **Strafangelegenheit** **wegen Unterschlagung** durchgeführt worden sein sollen. Darüber hinaus ist die **Anklage** gegenüber dem Unterzeichner dieses Schreibens **umgehend dezidiert/konkretisiert** zu begründen / zu **erklären** (vgl. Art. 103 GG/analog).

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe WÖD, WÖK). Hinweis: Die **NAZI-Staatsangehörigkeit** „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog **abgelehnt/zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/6x8f70lamc>
Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germaniten, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Auf Grund des zuvor **Vorgetragenen** bleiben die o. g. Geschäftszeichen von dem Unterzeichner dieses Schreibens für **illegal, korrupt, kriminell** und **nichtig** erklärt und auch weiterhin **abgelehnt** und unwiderruflich **zurückgewiesen**.

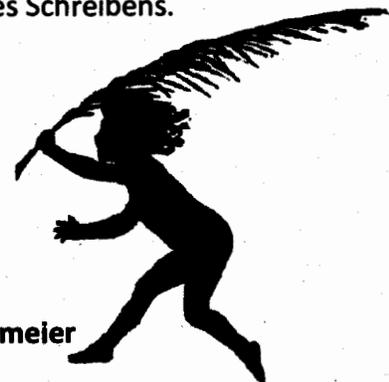
Nur für den Fall, dass sich **weiterhin** an eine Rechtsgrundlagenlose Rechts- und Gesetzesauffassung **festgehalten** wird, wird präventiv bereits jetzt darauf hingewiesen, dass gemäß den Bestimmungen der Artikel 1, 2, 5, 12,17 und 30 **AllgErklMenschenR**, den Bestimmungen der Artikel 1, 5, 7, 8, 14, 17 und 18 **IPbürgR** (BGBl. 1973 II S. 1534), den Bestimmungen der Artikel 1, 5, 11 und 12 **IPwirtR** (BGBl. 1973 II S. 1570) und den Bestimmungen der Artikel 1 und 2 **UN-Folterkonv.** (BGBl. 1990 II S. 246) in Verbindung mit **Artikel 25 GG** jeder **persönlich** für seine Handlungen verantwortlich ist und dafür auch **persönlich** zivil- und strafrechtlich belangt werden wird (vgl. **VStGB**).

Vom **Beschwerdeführer/Unterzeichner** dieses Schreibens als lebender und beseelter **Mensch** mit **Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten**, als **Staatsangehöriger** durch Abstammung und Geburt (vgl. **RuStAG 1913 = Preußen**) und Angehörigen der indigenen **Volksgruppe Germaniten**, wird mit Verweis auf die **gerichtlichen Feststellungen** des Bundesverfassungsgerichtes, Urteil **2 BvE 9/11** vom 25.07.2012 gemäß **§ 177 I BGB** erklärt, dass er seine nachträgliche Zustimmung zur Geschäftsführung ohne Auftrag durch die **sogenannte** Regierung der Bundesrepublik Deutschland als **Rechtsnachfolger** des Dritten Reiches und anderer ihr nahe stehenden Organisationen (vgl. **UStG § 2b**), **ablehnt/versagt** und auch mit Verweis auf **§ 31 GVerfGG** **vorsorglich** festgestellt, dass er **nicht** gewillt ist, die **Verletzung** seiner **Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechte** durch **stillschweigende** Duldung zu heilen. Verfahrensbevollmächtigt/Prozessbevollmächtigt sind ausschließlich die **titulierten Ansprüche** des Unterzeichners dieses Schreibens.

Mit entsprechendem Respekt

axel thiesmeier

lebender und beseelter Mensch **axel, Mann aus der Familie thiesmeier**



Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach **BGB § 677** wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. **RuStAG vor 1913**) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenus, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. **§§ 18-20 GVG/analog**). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. **Art. 139 GG/analog** **abgelehnt/zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund-**, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPr

jörg gottfried siegfried pagels – Koblenzer Str. 28 - [32584] Löhne



Firma

Amtsgericht Bad Oeynhausen

z. Hd. Geschäftsführung

Bismarckstraße 12

32545 Bad Oeynhausen

per Fax: 05731 / 158 250

Verteiler gem. Art. 20 (4) GG

i. V. mit §§ 32, 113(3), 138 StGB/analoge

Löhne, am Montag, dem

fünften Tage des dritten

Monats im Jahre

zweitausendachtzehn

Betr.: 85 Ds-601 Js 676/17-218/17 = Abgelehnt/zurückgewiesen von Anfang an !

Az.: 2588/BGB823/839/2017 - EMRK/HLKO/IPbPr-MENSCH-jgsp

Sehr geehrter Herr **WERNER FERDINAND MEIER**,

sehr geehrter Herr **Dr. CORNELIUS**,

bzgl. der Schreiben des Unterzeichners vom **16.02.2018** an die **Firma** (vgl. UStG § 2b) Staatsanwaltschaft Bielefeld und vom **20.02.2018** an die **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen (vgl. Anlagen) ergeht eine **weitere Besorgnisrüge** sowie eine erneute/weitere **Ablehnung** und unwiderrufliche **Zurückweisung** des o. g. Geschäftszeichen **85 Ds-601 Js 676/17-218/17** der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen.

Ohne Anerkennung jeder Rechtspflicht wird von dem **unschuldig** und **politisch** verfolgten Unterzeichner dieses Schreibens, die **aufgenötigte** sowie dem Organisationsverschulden und der Verantwortungsdiffusion zu zurechnenden und zur **arglistigen Täuschung** im Rechtsverkehr geeigneten **Anklageschrift**, datiert mit Datum **27.11.2017** unter dem Geschäftszeichen **601 Js 676/17** mangels hinreichender bestimmter **förmlicher „Zustellung“** und mangels **Willenserklärung**, mangels **staatlicher Ämter**, Behörden, Dienststellen, Gerichte und Verwaltungen in der Bundesrepublik Deutschland, mangels **rechtskräftiger Norm**, mangels **Rechtsicherheit** und damit wegen **falschen Rechtsschein** und **Übervorteilung** unwiderruflich **abgelehnt** und **zurückgewiesen** und aufgrund der **Rechtsicherheit** wird die **Folgenbeseitigung** durch **Rückabwicklung** wegen **Grundrechteverletzung** und verabredeter

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog **abgelehnt/zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund**-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbpr

Verunglimpfung des Souveräns gestellt und nur **rein vorsorglich** das geeignete **Rechtsmittel** eingelegt, soweit es überhaupt, wegen Ungewissheit und nach vermutlicher **Aushebelung** der **Freiheitlich Demokratischen Grundordnung** (vgl. Art. 18 GG/analog) von einem rechtsstaatskonformen **Organ** der Rechtspflege, **gehört** werden kann.

Der **grundgesetzwidrige** „Strafbefehl“ vom **14.11. 2017** gegen eine **nicht** existente juristische Person, **angeblich** wohnhaft in 32602 Vlotho, einschließlich die danach aufgenötigte **Anklageschrift** vom **27.11.2017**, ist **nicht** gedeckt mit **Recht** und somit **illegal/nichtig**.

Ignoranz der offenkundigen **Rechtstatsachen**, unter Hinweis auf die **uneingeschränkte** Beachtung des **Art. 25** Grundgesetz **für** die Bundesrepublik Deutschland in Verbindung mit dem **Internationalen Pakt für bürgerliche und politische Rechte**, in Verbindung mit Artikel **47** der **Charta der Grundrechte der Europäischen Union**, Art. 6 **MRK** und dem **Inkrafttreten** des **Vertrages von Lissabon** zum 01.12.2009 **für** die Bundesrepublik Deutschland werden die nachstehenden **Grundrechtsverletzungen** nach GG und MRK **gerügt**.

1. Menschenwürde, Art. 1(1)
2. Persönlichkeitsentfaltung, Art. 2(1)
3. Gleichheit vor dem Gesetz, Art. 3(1) und (3)
4. Meinungsfreiheit, Art. 5(1)1
5. Aushebelung der FDGO, Art. 18
6. Grundrechtsgeltung, Art. 19(2)
7. Rechtsstaat, Art. 20(1)
8. Demokratie, Art. 20(1)
9. volkslegitimierte Staatsgewalt, Art. 20(2)1
10. Gewaltentrennung, Art. 20(2)2
11. Widerstandspflicht, Art. 20(4)
12. Gesetzlicher Richter, Art. 101(1)2
13. Rechtliches Gehör, Art. 103(1)
14. Faires Verfahren, Art. 6(1) EMRK

Klarstellung:

Bei dem Unterzeichner dieses Schreibens handelt es sich um einen lebenden und beseelten **Menschen** und deutschen **Staatsangehörigen** durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG **vor 1913 = Preußen**) und Angehörigen der indigenen **Volksgruppe** Germaniten mit der

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND** (GERMANY) tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund-**, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

verbindlichen Staatsangehörigkeit **Preußen**/Germanien und somit um **keine** Handelsware, **keine** Sache, **kein** Tier, **kein** Objekt.

Bei dem Unterzeichner dieses Schreibens handelt es sich auch um **keine** juristische **Person** mit der **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**deutsch**“ (vgl. DEUTSCH) von 1934 und auch um **keinen** Staatsangehörigen des **Besatzungsstruktes** „Bundesrepublik Deutschland“ oder Staatsangehörigen von Germany oder Deutschland.

Der Unterzeichner dieses Schreibens ist **kein** „Reichsbürger“, **kein** NAZI, **kein** Terrorist, **kein** Faschist, **kein** Rechter, **kein** Linker, **kein** Verschwörungstheoretiker, **kein** „Rechtspopulist“, **kein** Krimineller, **kein** Schuldner.

Der Unterzeichner dieses Schreibens ist von **Natur** aus ein lebender und beseelter **Mensch** und politisch **Staatsangehöriger** eines **Rechtstaates**. Der Unterzeichner ist **Preuße**, unmittelbar und mittelbar **Staatsangehöriger** des Deutschen Reiches.

Für die **Tatgaranten**, hier das **befasste** Justizpersonal als **juristische Personen** mit der **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**deutsch**“ von 1934 (vgl. Gleichschaltungsgesetz von 1934) und als Bedienstete/**Personal** (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der **Firma** Staatsanwaltschaft Bielefeld und der **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen bedeutet das, den Unterzeichner dieses Schreibens als **Menschen** (vgl. Subjekt, Souverän des Deutschen Volkes) mit allem **Respekt** und **würdevoll** anzusprechen, **umzugehen** und jede Art der **Unterdrückung** und **vorbefassten Diskriminierung**/Kriminalisierung/**Verunglimpfung** zu unterlassen.

Auch eine **Entrechtung** durch eine systematische Liquidation von **irrationalen Elementen** mit krimineller Energie wird **entschieden** entgegengetreten und vom Unterzeichner als **Souverän** vorab **gerügt**/untersagt.

Gerügt wird auch die **Respektlosigkeit** des befassten **Justizpersonals** als Bedienstete/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der **Firma** Staatsanwaltschaft Bielefeld und der **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen **gegenüber** dem Unterzeichner dieses Schreibens, **insofern** seine o. g. Schreiben vom 16.02.2018 (vgl. StA Bielefeld) und vom 20.02.2018 (vgl. AG Bad Oeynhausen) **völlig** ignoriert und **nicht** beantwortet worden sind.

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND** (GERMANY) tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD**, **WÜK**). **Hinweis**: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund-**, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPr

Vorsorglich wird somit die **Verletzung der Grundrechte** (vgl. Art. 1 (1), Art. 2 (1) GG), i. V. mit dem **Rechtsstaatsprinzip** (vgl. Art. 20 (3) GG) des Unterzeichners und dem nun auch offenkundigen **Verfassungsbruch** durch das o. g. befasste **Justizpersonal** als **Volljuristen** der Staatsanwaltschaft Bielefeld und des Amtsgericht Bad Oeynhausen die sich nun **ggf.** selbst zu **Straftätern** gemacht haben, **gerügt**.

Somit ergeht eine weitere **Besorgnistrüge** gegen den **Geschäftsführer** der Staatsanwaltschaft Bielefeld Herrn **RALPH KLOM**, gegen die **Staatsanwältin** Frau **LEA GROCHOWSKI**, gegen den **Direktor** des Amtsgericht Bad Oeynhausen Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** und den **Richter am Amtsgericht** Herrn **Dr. CORNELIUS** wegen der wiederholten **vorsätzlichen** Verletzung des **rechtlichen Gehörs** (vgl. Art. 103 GG) zum Nachteil des Unterzeichners dieses Schreibens, sowie dem offenen **Verfassungsbruch** begründet durch die vorsätzliche **Missachtung** des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (vgl. o. g. Schreiben vom 16.02. und 20.02.2018).

Aufgrund der vorsätzlichen **Missachtung** der Schreiben vom **16.02.2018** an die Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld und vom **20.02.2018** an die Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen und der damit offenkundigen **Verletzung des rechtlichen Gehörs** (vgl. Art. 103 GG) zum Nachteil des Unterzeichners dieses Schreibens und dem **offenen Verfassungsbruch** durch das befasste **Justizpersonals** als Bedienstete/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der **Firma** Staatsanwaltschaft Bielefeld und der **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen ergeht hiermit eine **Ablehnung** des Richter am Amtsgericht (vgl. Wortmarke) Herrn **Dr. CORNELIUS** wegen der begründeten **Besorgnis der Befangenheit** (vgl. § 42 ZPO, § 24 StPO/analoge), so wie **Ablehnung aller Richter** und **Rechtspfleger** wegen **Besorgnis der Befangenheit**, die namentlich auf den **aktuellen** Geschäftsverteilungsplänen für die **Richter** und **Rechtspfleger** der **Firma** (vgl. § 2b UStG) Amtsgericht Bad Oeynhausen, aufgeführt/genannt werden.

Begründung:

Auf Grund der wiederholten **Verletzung des rechtlichen Gehörs**, des vorsätzlichen **Verstoßes** gegen das **Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland und der **Anwendung** von staatlichen Normen **ohne** den Nachweis der **gültigen** Geltungsbereiche für diese staatlichen Normen **i. V. mit der gültigen Verfassung** erbracht zu haben, sowie der offenkundigen **Nichtigkeit** (vgl. Formmangel, u. a.) des **Strafbefehls** vom **14.11.2017** und der **Anklageschrift** vom **27.11.2017** mit dem Gz.: **601 Js 676/17** und den damit **ggf.** vorsätzlich geplanten **Prozessbetrug** durch das befasste **Justizpersonal** (vgl. Volljuristen) als Bedienstete/Personal

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND** (GERMANY) tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund**-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPr

(vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der **Firma** Staatsanwaltschaft Bielefeld und der **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen und ihrer **Erfüllungsgehilfen** zum Nachteil des Unterzeichners dieses Schreibens, werden **alle** Richter und Rechtspfleger die **namentlich** auf den **aktuellen** Geschäftsverteilungsplänen für die **Richter** und **Rechtspfleger** der **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen **genannt** werden, wegen dem **begründeten Verdacht** der Anwendung **nichtiger** Gesetze (vgl. NAZI-Gesetzen), der **Befangenheit/Vorbefasstheit**, der **Abhängigkeit** zum Arbeitgeber/**Dienstherren** (vgl. Personalakte), wegen der **illegalen/kriminellen Anwendung** des Personalausweises/Reisepasses mit der **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ von 1934 (vgl. Verstoß gg. Art. 139 GG/analoge) und der **Anwendung** von **Geschäftsverteilungsplänen** (vgl. Urkunden) die **nicht** der gesetzlichen Vorschrift entsprechen können (vgl. § 21e GVG/analog **i. V.** mit großer Kommentar zum GG, von Mangoldt, Klein, Starck, Art. 101 (1), Rn. 52-56), durch den Unterzeichner dieses Schreibens, unwiderruflich **abgelehnt** (vgl. Nachweis über die Gültigkeit, **Mängellosigkeit** von Geschäftsverteilungsplänen: VwVfG §§ 33, 34, 43, 44, 48, Palandt BGB §§ 125, 126, BeurkG § 49, GVG § 21e/analoge).

Erklärung:

Befangenheit bezeichnet den **inneren Zustand** des Richters. Dieser Zustand kann in der Regel **nicht** eindeutig, zweifelsfrei **bewiesen** werden. Daher ist die **Ablehnung des Richters** schon begründet, wenn ein **Grund vorliegt**, der geeignet ist, **Misstrauen** gegen die **Unparteilichkeit** eines Richters **zu rechtfertigen** (Arzt 28; Bohnert 68). Es ist also **nicht** erforderlich, dass der Richter in der Tat **parteilich** oder **befangen** ist.

Auch kommt es **weder** darauf an, **ob er sich selbst für unbefangen hält** (Schairer 104), noch darauf, **ob er für Zweifel an seiner Unbefangenheit Verständnis aufbringt** (BverfGE 32 290; BayObLGZ 1974 135; DRiZ 1977 244). Vielmehr ist die **Ablehnung begründet**, wenn der Ablehnende einen **vernünftigen Grund zu der Annahme hat**, dass der Richter **befangen** sei (RGSt 55 57; 6044; 6169; RGJW 1912 943; RGGA 71 (1927) 132; BGHSt 24 338; OLG Koblenz VRS 44 292; OLG Celle Nds.Rpfl. 1982 101).

Dafür spielt es **keine Rolle**, wie ein **der Sache** fernstehender Mensch **die Sachlage** beurteilt; **ausschlaggebend** ist vielmehr, ob die Umstände dem Ablehnenden von **seinen Standpunkt** aus begründeten **Anlass geben**, an der **Unparteilichkeit des Richters zu zweifeln** (RGSt.61 69; BGHSt 136; 23 285; BayObLGSt 1972 220 = VRS 44 208; OLG Frankfurt VRS 57 206).

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND** (GERMANY) tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog **abgelehnt/zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund**-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Diese **Würdigung** ist die, die ein vernünftiger denkender **Mensch** (BayObLG Recht 1915 581); ein unbefangener **Dritter** (BGH JR 1957 68), ein verständiger (RGSt 65 43), ein vernünftiger (BGHSt 21 341) **Angeklagter** anstellen würde, wenn er der **Angeklagte** in der konkreten Situation wäre (abl. Arzt 2.3 mit Modifikation 29).

Von **diesem Standpunkt aus - und nur von diesem**, nicht von einem richterlichen, der dem Angeklagten als der seine unterstellt wird - müssen die Ablehnungsgründe **auch dem Gericht** gerechtfertigt erscheinen (RGGa 71 (1927) 132). Eine auf lediglich **kollegialer standesrechtlicher basierender Betrachtungsweise führende Verwerfung** des **Ablehnungsgesuches**, wäre als **absoluter Revisionsgrund** anzuerkennen.

Die Entscheidung BverfGE 14, 156 hat dazu Leitsätze aufgestellt, dass **Personen**, denen die Garantien der **persönlichen Unabhängigkeit** fehlen, **keine gesetzlichen Richter** sind.

Das **Grundgesetz** garantiert vorgeblich die **unverletzlichen Grundrechte**, an welche nicht nur die **Gesetzgebung** und die **vollziehende Gewalt**, sondern **auch die Rechtsprechung** als unmittelbar **geltendes Recht gebunden** sind, denn die **erste Aufgabe der Rechtsprechung** ist es, im Falle von **Verletzungen der Grundrechte** den **Gesetzgeber** und die **vollziehende Gewalt zur Ordnung zu rufen** und diese **zu verurteilen**, solche Verletzungen sowohl **zu unterlassen** als auch im Wege der **Folgebeseitigung rückgängig zu machen**. Eines dieser unverletzlichen **Grundrechte** ist das Recht auf den **gesetzlichen Richter** gemäß Art. 101 Abs. 1 GG.

»**Ausnahmegerichte sind unzulässig**. Niemand darf seinem **gesetzlichen Richter** entzogen werden.« Der **gesetzliche Richter** wird so genannt, **weil das Gesetz bestimmt**, dass nur ein persönlich und sachlich **unabhängiger Richter** gerichtliche **Entscheidungen** treffen darf.

Bei dem **befassten** Richter am Amtsgericht (vgl. Wortmarke) **Herrn Dr. CORNELIUS** als **juristische Person** mit der **NAZI-Staatsangehörigkeit „Deutsch“** von 1934 (vgl. Personalausweis/Reisepass) und Bediensteter/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen und vermeintlicher **Rechtsbrecher** kann es sich somit um **keinen unabhängigen gesetzlichen Richter** handeln.

Das **Ablehnungsgesuch** entsprechend der gesetzlichen Vorschrift (vgl. § 42 ZPO, § 24 StPO/analog) wg. **Besorgnis der Befangenheit** gegenüber dem **befassten** Richter am Amtsgericht (vgl. Wortmarke) der **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen, **Herrn Dr. CORNELIUS** wird auch mit **Verweis auf die Schreiben** des lebenden und beseelten Menschen **axel**, Mann aus der Familie **thiesmeier** vom 22.11., 29.11, 15.12.2017 und vom **02.01.2018**, begründet.

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“** im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund**-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

In diesem Zusammenhang wird ebenfalls auf die generelle **Vorlagepflicht** gegenüber den **Prozessparteien** hingewiesen (vgl. Artikel 6 Abs. 3 c **EMRK**, Artikel 19 Abs. 4 i. V. mit Artikel 25, Artikel 2 Abs. 1 **GG** und Artikel 20 Abs. 3 **GG** i. V. mit Artikel 101, 103 **GG**, §§ 99, 117 **VwGO**, §§ 138, 139, 291 **ZPO**, §§ 16, 21 **GVG**/analoge).

Herr **WERNER FERDINAND MEIER**, Sie werden als **Direktor** des Amtsgericht Bad Oeynhausen durch den Unterzeichner dieses Schreibens **erneut** dazu **aufgefordert**, sich umgehend/**sofort** an die Gesetzgebung (vgl. Treu und Glauben) und an das **Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland** zu halten, oder **sofort** den **Rechtsbankrott** in der Bundesrepublik Deutschland zu bestätigen/**erklären**.

Sie, Herr **WERNER FERDINAND MEIER** als **Direktor** des **Amtsgericht Bad Oeynhausen**, sie werden durch den Unterzeichner dieses Schreibens dazu aufgefordert, **umgehend** die o. g. **Schreiben** der zu Unrecht Beschuldigten zu **beachten** und entsprechend der **Vorlagepflicht** gegenüber den **Prozessparteien** zu reagieren, um **nicht** weiter **unter Vorsatz** das u. a. **rechtliche Gehör** (vgl. Art. 103 GG/analog) der zu Unrecht Beschuldigten zu **verletzen**.

Der Unterzeichner dieses Schreibens fordert die **Generalstaatsanwaltschaften**, die **Justizministerien** in der Bundesrepublik Deutschland, das **Bundesverfassungsgericht** Karlsruhe, sowie **alle Organe der Rechtspflege** in der Bundesrepublik Deutschland auf, dass **illegale**, **kriminelle** und **verfassungswidrige** Treiben des Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** als **Direktor des Amtsgericht Bad Oeynhausen** und seiner **Erfüllungsgehilfen** zu unterbinden, um **weiteren Schaden** von der **bundesrepublikanischen Rechtspflege** insgesamt, abzuwenden.

Dieses **Begehren** entsprechend **Treu und Glaube** steht nach **Offenkundigkeit** auch unter dem **Schutz** der nachstehenden **Chartas**: Resolution der **UN – Generalversammlung A/RES/45/120**, **Charta von Paris** für ein neues Europa, **Charta der Grundrechte** von Nizza, **Europ. Charta über die Rechtsstellung der Richterinnen und Richter**, **UNO – Resolution der Generalversammlung A/RES/53/144**, **EU – Annex doc 10111/06**, **UNO – Resolution 217 A (III)**, **UN-Behindertenrechtskonvention**, **Londoner Charta für Menschenrechte**, **Kopenhagener KSZE-Abkommen**, **Haager Landkriegsordnung (HLKO)**.

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis**: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund-**, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbpr

Herr **WERNER FERDINAND MEIER** als **Direktor** der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** und als **privat Haftender** gegenüber den **Prozessparteien** wird durch den Unterzeichner dieses Schreibens als Bevollmächtigten **erneut** aufgefordert, binnen **7. Tage** nach Faxeingang dieses Schreibens, mit Verweis auf Art. **20 (2) S. 1** i. V. mit Art. **17**, Art. **20 (3)**, Art. **103** Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die **gültigen** Geltungsbereiche für diejenigen **Gesetze** zu benennen (vgl. StPO, StGB, u. a.), die der **Herr Dr. CORNELIUS** als Bediensteter/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** in der **Anstellung** als „Richter am Amtsgericht“ (vgl. Wortmarke), am **05.04.2018** zur Anwendung bringen möchte.

Außerdem wird Herr **WERNER FERDINAND MEIER** als **Direktor** der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** mit Verweis auf Art. **20 (2) S. 1** i. V. mit Art. **17**, Art. **20 (3)**, Art. **103** Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, **erneut** dazu aufgefordert, dem Unterzeichner dieses Schreibens als Bevollmächtigten binnen **7. Tage** nach Faxeingang dieses Schreibens, den **Nachweis** (vgl. Vorlagepflicht) darüber zu erbringen, dass es sich

- 1.) bei dem Amtsgericht Bad Oeynhausen um ein **staatliches Gericht** handelt (vgl. § 15 GVG)
- 2.) bei dem **Richter am Amtsgericht** Herrn **Dr. CORNELIUS** um einen **gesetzlichen** Richter handelt (vgl. Art. 101 GG i. V. mit § 16 GVG/analoge)
- 3.) bei dem **aktuellen** Geschäftsverteilungsplan für die **Richter** und **Rechtspfleger** am Amtsgericht Bad Oeynhausen um eine **Urkunde** handelt und dieser **aktuelle** Geschäftsverteilungsplan als **Urkunde** auch entsprechend der **gesetzlichen** Vorschrift (vgl. z. B. § 21 GVG/analog) zur **freien** Einsichtnahme für **Jedermann**, vorliegt

Außerdem wird erneut **Antrag** auf gesetzliche Auskunft und Vorlagepflicht gegenüber **Prozessparteien** darüber gestellt, ob es der Wahrheit entspricht, dass sich die **Personalakten** des Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** und des Herrn **Dr. CORNELIUS**, so wie die aller **Richter** und **Rechtspfleger** die namentlich auf dem **aktuellen** Geschäftsverteilungsplänen der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen genannt werden, bei der **Firma** Landgericht Bielefeld aufbewahrt und geführt werden.

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND** (GERMANY) tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund-**, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Begründung:

Wäre dies der Fall (vgl. Zeitungsbericht), so muß **zwingend** davon ausgegangen werden, dass die **Richterliche Unabhängigkeit** (vgl. Art. 97 (1)) die dem Rechtsuchenden durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland **verbrieft/zugesichert** wird, einer weiteren großen **Lüge** gleichkommt. Des Weiteren wären dann auch **alle** Revisionsverfahren generell durch das Bundesverfassungsgericht (vgl. Art. 100 GG) zu überprüfen und **ggf.** auch **Rückabzuwickeln**, weil der Verurteilte **u. a.**, dann ja höchstens noch mit einem „**Gefälligkeitsurteil**“ der **Firma** Landgericht Bielefeld als „Arbeitgeber/**Dienstherren**“ des „Richter am Amtsgericht“ (vgl. **WORTMARKE**) der **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen rechnen dürfte/könnte.

Herr **WERNER FERDINAND MEIER** als Direktor der **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen wird durch den Unterzeichner dieses Schreibens ebenfalls **erneut** binnen **7 Tage** nach **Faxeingang** dieses Schreibens mit Verweis auf Art. **20 (2) S. 1** i. V. mit Art. **17** Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, dazu **aufgefordert** die **o. g.** Nachweise und die **gültigen Geltungsbereiche** für die in der **o. g. Anklageschrift** vom 27.11.2017 genannten Gesetze (vgl. StPO, StGB, u. a.) zu benennen/erbringen.

Begründung:

Der **Unterzeichner** dieses Schreibens **muß** überprüfen können, ob die **angewandten Gesetze** noch **Gültigkeit** besitzen und somit überhaupt noch **Anwendung** finden können. Dies wird mit Verweis auf die **offenkundigen** Bereinigungsgesetze und mit Verweis auf die z. B. **Einführungsgesetze zur Strafprozessordnung** in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 312-1, veröffentlichten **bereinigten** Fassung, das zuletzt durch Art. 3 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (BGBl. IS. 1610) im Namen des **Deutschen Reichs** geändert worden war und der **§ 1** (vgl. Geltungsbereich) weggefallen ist, **bestritten**. Gleiches gilt hier auch für die **Einführung der Zivilprozessordnung, der Justizbeitreibungsordnung, usw, usf. !**

Darüber hinaus bleibt die völlig **unwahre** Behauptung in der Anklageschrift unter Beweismittel zu I. **weiterhin** gerügt, es hätte eine „**Einlassung der Angeschuldigten**“, gegeben.

Auch diese Behauptung ist eine Lüge und entspricht nicht der Wahrheit.

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund**-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Es wird außerdem noch einmal die **nichtige** Zustellung des **o. g. Angebots/Anklageschrift** vom **27.11.2017** durch die Firma P.O.S.T. AG, **gerügt**.

Schon aus diesem Grund ist das **Angebot**, der Anklageschrift vom **27.11.2017**, auch wegen der fehlenden **Unterschrift** entsprechend der **gesetzlichen Vorschrift** (vgl. § 126 BGB/analog i. V. mit 123, 125, 138, 142, 143 BGB, i. V. mit VwVfG § 44 / analoge) zu **rügen** und als illegaler/**nichtiger** Verwaltungsakt zu erklären.

Das/die Angebot/**Anklageschrift** vom **27.11.2017** hat somit nach **Offenkundigkeit** (vgl. § 291 ZPO/analog) den Adressaten **nicht** erreichen können.

Begründung:

„Bundesdeutsche“ „**Gerichte**“ und **Behörden** verstoßen **notorisch** durch **nicht** gesetzliche Zustellungen gegen **Artikel 103**, Absatz 1, des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (vgl. „Grundrechte vor Gericht: rechtliches Gehör“) und verletzen das Grundrecht auf **rechtliches Gehör**. Im Kommentar zu **Artikel 103**, Absatz 1, des Grundgesetzes, Randnummer **30** u. **31** (MANGOLDT, KLEIN, STARCK), wird **festgestellt**, daß eine Förmliche Zustellung („Gelber Brief“) von Gesetz wegen durch eine **Amtsperson** persönlich an den Adressaten **übergeben** werden muß.

Die (rechtswidrig) **privatisierte** Deutsche Post AG **erfüllt** diese zwingende Bedingung **nicht**.

Es gibt nur noch private Zustell-Dienste.

Es ist den Behörden der „BRD“ / „BRD GmbH“ seit dem 29. 09. 1990 **nicht mehr möglich**, behördliche Schreiben **rechtswirksam** zuzustellen. Und **niemand** ist gesetzlich verpflichtet, ein **Einschreiben** anzunehmen!

Rn 30 / 2. Recht auf Information.

Die Wahrnehmung des Anspruchs auf **rechtliches Gehör** setzt voraus, daß die Berechtigten bestimmte Informationen über das **gerichtliche Verfahren** erhalten.

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND** (GERMANY) tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund-**, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbpr

Rn 31 / a) Ladungen und Zustellungen.

Zunächst besteht ein **Recht** auf Benachrichtigung vom Verfahren. Es wird durch die Prozess rechtlichen **Ladungs- und Zustellungsvorschriften** ausgestaltet. Der Anspruch auf **rechtliches Gehör ist gewahrt**, wenn den empfangsberechtigten Beteiligten ein zuzustellendes Schriftstück **persönlich** übergeben wird. Bei prozessunfähigen Beteiligten wird dem rechtlichen Gehör mit der Zustellung an die **gesetzlichen Vertreter** genügt.

Erfolgt die Bekanntgabe eines mitteilungsbedürftigen Umstandes **nicht persönlich**, muß das Gericht den Anspruch auf **rechtliches Gehör** anderweitig **sicherstellen**. Hierfür stellen die **Prozessordnungen** formalisierte Bekanntgabe Verfahren zur Verfügung.

Die **Ersatzzustellung** (§§ 181 ff. ZPO, § 37 StPO, § 56 Abs. 2 VwGO i. V. mit §§ 3 Abs. 3 und 11 VwZG) und die **öffentliche Zustellung** (§§ 203 ff. ZPO, § 40 StPO, § 15 VwZG) enthalten eine **Fiktion der Bekanntgabe**, da sie den tatsächlichen Informationserfolg **nicht** sicherstellen. Die Zustellung durch **öffentliche Bekanntmachung** ist nur dann zu rechtfertigen, wenn eine andere Art der Zustellung **nicht oder nur sehr schwer** durchführbar ist. Dies ist etwa dann der Fall, wenn auf Grund der Vielzahl der Adressaten anders **keine** Bestandskraft erreicht werden kann und es sich bei den betroffenen Personen um ein vorinformiertes und aufmerksames Publikum handelt (MANGOLDT / KLEIN / STARCK, Kommentar zum Grundgesetz, Randnummern 30 und 31).

Nach Art. 103 I GG, S. 1056 Schmid/Bleibtreu/Klein, Komm. GG, 6.Auflage gilt:

Es dürfen einer **gerichtlichen Entscheidung** nur solche Tatsachen zugrunde gelegt werden, zu denen Stellung zu nehmen den Beteiligten/Prozessparteien Gelegenheit **gegeben** war (vgl. BVerfGE 5,24; 6,14; 57,240,278,341; 8,185;9,267, 304ft.; 10,182,281; 11,220; 13,145; 14,323; 16,285; 17,95,143, 196; 18,150,404; 22,267; 24,61; 25,43; 26,40;29,344; 46,72ft.; 50,284).

In diesem Zusammenhang besteht der Unterzeichner dieses Schreibens vorsorglich noch einmal auf die **Einhaltung** seiner überall gültigen **Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechte** durch die **Staatsanwaltschaft Bielefeld** und das **Amtsgericht Bad Oeynhausen**.

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund**-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbpr

Die Anwendung von **staatlichen** Normen (vgl. StPO, StGB, u. a.) **ohne** erkennbar **gültigen Geltungsbereich**, wird vorsorglich erneut **gerügt**. Die Anwendung von Gesetzen **ohne** gültige **Verfassung** sind darüber hinaus auch völlig illegal/**kriminell**/nichtig.

Darüber hinaus wird auch **weiterhin** auf **Einsichtnahme** in den aktuellen **Geschäftsverteilungsplan** für die **Rechtspfleger** und **Richter** (auch für die Jahre **2015, 2016**) am Amtsgericht Bad Oeynhausen, um **Einsicht** in die **Verfahrensakte**, Vorlage der **Anklageschrift** vom 27.11.2017 als **Kopie der Urschrift** mit der **persönlichen Unterschrift** des **Willenserklärenden**, entsprechend der **gesetzlichen** Vorschrift (vgl. § 126 BGB/analog) sowie die **Einsichtnahme** in die **Richterliche Ermittlungsakte**, binnen **7. Tage** nach Faxeingang dieses Schreibens, **bestanden**.

Das Amtsgericht Bad Oeynhausen wird somit **erneut** aufgefordert, **umgehend** einen zeitnahen **Termin** zur **Einsichtnahme** in die **o. g.** Urkunden zu benennen (vgl. § 99, 117 VwGO, §§ 138,139, 291 ZPO, §§ 16, 21 GVG, Art. 101, 103 GG/analoge).

Für den Fall der **weiteren Nichtbeachtung** dieser Anordnungen auf ungehinderte **Einsichtnahme** in die o. g. **Urkunden** durch das Amtsgericht Bad Oeynhausen binnen **7. Tage**, muß der Unterzeichner dieses Schreibens von einem **weiteren** vorsätzlichen **Verstoß** gegen das **rechtliche Gehör**, dem vorsätzlichen **Entzug** des gesetzlichen Richters und einem **weiteren** vorsätzlichen **Verfassungsbruch** (vgl. Art. 1 (1), 19, 20, 25, 97, 100, 101, 103, 139, 140 GG), des Landes und Hochverrates, der Volksverhetzung, der Amtsanmaßung, des Verbrechens der Rechtsbeugung, Betrug, Erpressung, Folter, Nötigung, u. a. **weiterer Straftaten** durch den Direktor der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen ausgehen.

In diesem Zusammenhang verweist der Unterzeichner dieses Schreibens **vorsorglich** auch auf den § 31 BVerfGG.

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund-**, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Der Unterzeichner dieses Schreibens als Bevollmächtigter **besteht** auch **weiterhin** auf die **Gewährleistung** und **Anwendung** der allgemeinen Regeln des **Menschen-** und **Völkerrechtes**, des EU-Rechtes, der gültigen Verfassung des **Staates Deutschland** (vgl. Germany) **WRV 1919**, der HLKO, des **VStGB**, EMRK, IPbPR, UNO-Resolution 217 A (III), UN-Resolution A/RES/53/144, **EU Annex DOC 10111-06**, WüD, WüK, **GG**, BGB, u. a. internationaler und nationaler Chartas und Gesetzgebungen durch die Bediensteten/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der Ämter, Behörden, Dienststellen, Gerichte und Verwaltungen der **Bundesrepublik Deutschland**.

Strafantrag/Strafverfolgung, Dienstaufsichtsbeschwerde und disziplinarische Maßnahmen

Abschließend ergeht durch den Unterzeichner dieses Schreibens als zu Unrecht Angeklagten und auch politisch Verfolgten, **Strafantrag/Strafverfolgung**, **Dienstaufsichtsbeschwerde** und Anordnung auf **disziplinarische Maßnahmen** (vgl. Entfernung aus dem öffentlichen Dienst) gegen den **Geschäftsführer** der Staatsanwaltschaft Bielefeld Herrn **RALPH KLOM**, gegen die **Staatsanwältin** Frau **LEA GROCHOWSKI**, gegen den **Direktor** des Amtsgericht Bad Oeynhausen Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** und den **Richter am Amtsgericht** Herrn **Dr. CORNELIUS** sowie gegen deren **Erfüllungsgehilfen**, u. a. gegen Frau **WEINER** (vgl. Zeuge 1) und Herrn **Goerz** (vgl. Zeuge 2), wegen dem begründeten **Verdacht** der Amtsanmaßung, Bedrohung, Betruges, Erpressung, Folter, Körperverletzung, Nötigung, Landes- & Hochverrat, Offener Verfassungsbruch, Betrug und Täuschung im Rechtsverkehr, Verbrechen der Rechtsbeugung, vorsätzlichem Verstoß gegen nationale/internationale Abkommen/Chartas, Anwendung von nichtigen staatlichen Normen ohne gültigen Geltungsbereiche, Verstoß gegen Abstammungs-, **Grund-**, Menschen- und Völkerrechten, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung und der vorsätzlichen **Geiselnahme** ohne Rechtsgrundlage, sowie alle **weiteren Straftaten** die sich aus den o. g. Angelegenheiten im **späteren** Verlauf noch ergeben sollten.

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WüK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund-**, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPr

Der Unterzeichner dieses Schreibens fordert den **Direktor** der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen **Herrn WERNER FERDINAND MEIER** weiterhin auf, **pflichtgemäß** seiner **Dienstobliegenheit** und hiernach entsprechend der **gesetzlichen Vorschrift** zu reagieren und dem Unterzeichner dieses Schreibens sein **rechtliches Gehör zu gewähren** und entsprechend der **Vorlagepflicht** und des **Justizgewährleistungsanspruches** die o. g. Ansprüche nach **Treu und Glauben** dezidiert/**konkretisiert**, binnen 7. Tage nach Faxeingang **zu beantworten**.

Andernfalls ist der Verfügung auf **Folgenbeseitigung durch Rückabwicklung** wegen offenkundiger **Grundrechteverletzung**, umgehend/**sofort** zu folgen.

Wer vor den Folgen seines Tun's oder Unterlassens die Augen verschließt, muß es sich gefallen lassen, wie ein Rechtsverstoßender behandelt zu werden. Der Handelnde braucht sich der Sittenwidrigkeit seines Tuns nicht notwendig bewußt zu sein; es genügt, wenn er die Tat kennt, aus der sich die Sittenwidrigkeit ergibt.(RG 161, 233, BGH LM (Ca) Nr. 1 , WPM 82, 830). Dem steht es gleich, wenn er sich der Kenntnis einer erheblichen Tatsache bewußt oder grob fahrlässig verschließt (BGH 10, 233, 20, 52, NJW 51, 397).

Nur für den Fall, dass sich das **befasste** Behörden-/Gerichtspersonal oder **beruflich** in der Bundesrepublik zugelassene **Juristen** oder **Volljuristen** (vgl. Kammerzwang) weiterhin an eine nachweislich und bewiesenen **rechtsgrundlagenlose** Rechts- und Gesetzesauffassung **festgehalten** wollen, wird präventiv bereits jetzt darauf hingewiesen, dass gemäß den Bestimmungen der Artikel 1, 2, 5, 12,17 und 30 **AllgErkIMenschenR**, den Bestimmungen der Artikel 1, 5, 7, 8, 14, 17 und 18 **IPbürgR** (BGBl. 1973 II S. 1534), den Bestimmungen der Artikel 1, 5, 11 und 12 **IPwirtR** (BGBl. 1973 II S. 1570) und den Bestimmungen der Artikel 1 und 2 **UN-Folterkonv.** (BGBl. 1990 II S. 246) in Verbindung mit **Artikel 25 GG** jeder persönlich für seine Handlungen und insgesamt gesamtschuldnerisch haftend verantwortlich ist und dafür auch persönlich zivil- und strafrechtlich belangt werden kann (vgl. **VStGB**). Diese Tatsache sollte bei allen **weiteren Handlungen** mit Verweis auf die **gültigen Handelsbedingungen** des Unterzeichners dieses Schreibens, in die Überlegungen des **privat Haftenden** einbezogen werden.

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND** (GERMANY) tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund-**, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**
Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Beamter muß beweisen, dass sein Verhalten nicht ursächlich ist/war. Vorschrift: BGH NJW 83, 2241 (vgl. BAT § 14, BGB §§ 839, 840 in Folge mit BGB §§ 823, 830).

Vom Beschwerdeführer/Unterzeichner dieses Schreibens wird in diesem Zusammenhang **vorsorglich** festgestellt, dass er **nicht** gewillt ist, die **Verletzung** seiner Abstammungs-, **Grund-**, Menschen- und Völkerrechte durch stillschweigende Duldung zu heilen. Verfahrensbevollmächtig/Prozessbevollmächtig sind ausschließlich die **titulierten Ansprüche** des zu Unrecht Angeklagten/Beschuldigten.

ANLAGEN als NIEDERSCHRIFT und schriftl. zu Protokoll !!!

Mit entsprechendem Respekt



Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (RuStAG 1913 = Preußen)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

axel thiesmeier - Alte Dorfstraße 7 - [31737] Rinteln

Firma

Amtsgericht Bad Oeynhausen

z. Hd. Geschäftsführung

Bismarckstr. 12

32545 Bad Oeynhausen

per Fax: 05731 / 158 228

**Verteller (Art. 20 (4) GG, i. V. mit
§§ 32, 113 (3), 138 StGB/analog)**

**Rinteln, am Freitag, dem
neunten Tage des dritten
Monats im Jahre
zweitausendachtzehn**

Betr.: 5 Cs-901 Js 438/17-442/17 = Abgelehnt/Zurückgewiesen von Anfang an.

Betr.: 85 Ds 601 Js 676/17-218/17 = Abgelehnt/Zurückgewiesen von Anfang an.

Az.: 2588/BGB823/839/2017 - EMRK/HLKO/IPbPR-MENSCH-at

Sehr geehrter Herr **WERNER FERDINAND MEIER**,
sehr geehrter Herr **Dr. CORNELIUS**,

bzgl. der Schreiben vom **22.11.2017**, **29.11.2017**, **15.12.2017** und **02.01.2018** ergeht durch den Unterzeichner dieses Schreibens gegen **Ihre Personen** als Bedienstete/Personal (vgl. Dienstaussweis/Personalausweis der Firma (vgl. UStG § 2 b/analog) Amtsgericht Bad Oeynhausen eine **Besorgnistrüge/Rüge** wegen der **andauernden vorsätzlichen Verletzung des rechtlichen Gehörs** zum Nachteil des Unterzeichners dieses Schreibens und dem **Verstoß** gegen das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland.

In diesem Zusammenhang verweist der Unterzeichner dieses Schreibens auch auf die Schreiben des lebenden und beseelten Menschen **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels** vom **16.02.2018** an die Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld und vom **20.02.2018** und dem **05.03.2018** an die Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen.

Ohne Anerkennung jeder **Rechtspflicht** wird mit **krimineller Wahrnehmung**, im Kampf um das **Recht**, von dem **rechtswidrig** unter Zwang gesetzten **unschuldig politisch Verfolgten** und Ehrverletzten, Übel nachgeredet, **verunglimpften/diskriminierten**, **verleumdeten**, arglistig **getäuscht** sowie zudem **genötigten** Unterzeichner dieses Schreibens, wegen vorsätzlicher völlig frei erfundener **Anschuldigungen** der **Strafbefehl** vom **14.11.2017**, sowie die zur

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen axel thiesmeier. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als Preuße. Hoheitlich für den deutschen Staat handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum Schutz des deutschen Volkes nach ius congenus, ius indigenatus und ius naturalis um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die sofortige Umsetzung des Art. 20 a Grundgesetz zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal und im Auftrag des Staates DEUTSCHLAND (GERMANY) tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). Exterritorialität nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe WÜD, WÜK). Hinweis: Die NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/zurückgewiesen.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

arglistischen Täuschung im Rechtsverkehr geeignete **Anklageschrift** vom **27.11. 2017** unter dem Geschäftszeichen **601 Js 676/17** der **Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld**, mangels hinreichender bestimmter **förmlicher Zustellung** und mangels **Willenserklärung**, mangels **staatlicher Ämter, Behörden, Dienststellen, Gerichte und Verwaltungen** in der Bundesrepublik Deutschland, mangels **rechtskräftiger Normen**, mangels **Rechtsicherheit** und damit wegen **falschen Rechtsschein** und **Übervorteilung** unwiderruflich **abgelehnt** und zurückgewiesen.

Die Ablehnung und Zurückweisung des **Strafbefehls** vom **14.11.2017** und der **Anklageschrift** vom **27.11. 2017** erfolgt ebenfalls wegen dem **begründeten Verdacht** von;

1. Formmangel (vgl. §§ 125, 126 BGB/analoge)
2. Rechtswidriger Versuch der Anwendung aufgehobener Grundrechtsnormen, hier Strafprozessordnung (vgl. StPO, StGB)
3. Amtsanmaßung (vgl. §§ 132, 132a StGB/analoge)
4. Täuschung im Rechtsverkehr (vgl. § 270 StGB/analoge)
5. Mittelbare Falschbeurkundung (vgl. § 271 StGB/analoge)
6. Betrug (vgl. § 263 StGB/analoge)
7. Nötigung (vgl. § 240 StGB/analoge)
8. Bedrohung (vgl. § 241 StGB/analoge)
9. Politische Verdächtigung (vgl. § 241a StGB/analoge)
10. Volksverhetzung (vgl. § 130 StGB/analoge)
11. Anleitung zu Straftaten (vgl. § 130a/analoge)
12. Nichtanzeige geplanter Straftaten (vgl. § 138 StGB/analoge)
13. Belohnung und Billigung von Straftaten (vgl. § 140 StGB/analoge)
14. Hochverrat gegen Bund oder ein Land (vgl. §§ 81, 82 StGB/analoge)
15. Anwendung von NAZI-Gesetzen (vgl. Staatsangehörigkeit „Deutsch“ von 1934, Justizbeitreibungsordnung vom 11.03.1937, u.a.)
16. Verstoß (Kriegsverbrechen nach Art. 46 und 47) gegen das „Abkommen betreffend der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges“ vom 18.10.1907 (RGL. 1910 S. 107) Hager Landkriegsordnung (HLKO)
17. Entzug des gesetzlichen Richters unter Vorsatz (vgl. Art. 101 GG i. V. mit § 16 GVG/analoge)
18. Entzug der rechtlichen Gehörs unter Vorsatz (vgl. Art. 103 GG/analoge)
19. Missachtung/Verstoß gegen Art. 1(1), 20 (2) S. 1 i. V. mit Art. 17, 20(3), 25 GG

sowie weiterer **möglicher Straftaten**, die sich aus den o. g. Angelegenheiten zum **Nachteil** des Unterzeichners dieses Schreibens, noch **ergeben** sollten.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum Schutz des deutschen Volkes nach **ius congenus, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personalausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog **abgelehnt/zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Gerügt wird durch den Unterzeichner dieses Schreibens der **vorsätzliche** Verstoß gegen den Rechtsgrundsatz von **Treu und Glauben**, Mindestanforderungen an die **Sachaufklärungspflicht**, der **Amts-, Dienst-, Selbstbildungs- und Treuepflicht** nicht nur **nichtige** Verwaltungsakte und zur **arglistigen Täuschung im Rechtsverkehr** geeignete **Pamphlete** zu erzeugen und in den **öffentlichen Umlauf** zu bringen, sondern auch **rechtswidrig** Unschuldige, bei falschem Rechtschein zu **kriminalisieren**, indem völlig haltlose/unwahre Tatvorwürfe mittels Strafbefehl und Anklageschrift zur **Anklage vor dem Strafrichter** gebracht werden, **ohne** das den zu Unrecht Beschuldigten **bis heute** überhaupt das **rechtliche Gehört** gewährt worden ist.

Gerügt wird durch den Unterzeichner dieses Schreibens **ebenfalls**, dass die zu Unrecht **politisch Verfolgten** und mittels **Anklageschrift** vom **27.11.2017** auch zu Unrecht **Kriminalisierten** ohne jede **Sach- und Rechtsgrundlage** unschuldig **verfolgt** und obendrein unter **Eingriff in die Würde des Menschen** (vgl. Art. 1 (1) GG), **einschlägig** strafrelevant **verleumdet**, verunglimpft, **diskriminiert**, genötigt und unter Benutzung von **unwahren Anschuldigungen** und **Beschuldigungen** arglistig und **rechtswidrig** durch **juristische Personen** als **Bedienstete/Personal** (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der **Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld** und der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen**, **beschwert** werden.

Es mangelt mit **Verweis** auf die Schreiben des Unterzeichners vom **22.11.2017, 29.11.2017, 15.12.2017** und **02.01.2018** auch an der **Aufklärungs-, Fürsorge- und Hinweispflicht**, sowie Erkenntnisfähigkeit, dienstpflichtgemäßen Sachbehandlung, Bestimmtheit, Gleichbehandlung, Rechtsicherheit, sowie die sich daraus schließende **nicht** rechtsstaatskonformen Verfahrenshandlung.

Immerhin ist der **vorsorglich** abgelehnte/zurückgewiesene „**Strafbefehl**“ vom **14.11.2017** und die „**Anklageschrift**“ vom **27.11.2017** nicht **rechtswirksam** an die „**Angeklagten/Beschuldigten**“ zugestellt worden, womit der o. g. „**Strafbefehl**“ vom **14.11.2017**, sowie die „**Anklageschrift**“ vom **27.11.2017** völlig in der Luft hängen, der Inhalt ohnehin **nicht** wahrheitsgemäß **hinreichend bestimmt** ist und die **gesetzlich** bestimmte **Rechtsmittelbelehrung** durch das **befasste Justizpersonal unter Vorsatz** völlig **außer Acht** gelassen wurde (vgl. Verstoß gegen das **rechtliche Gehört**).

Rechtsicherheitsmangel!

Der Rechtsanspruch auf die Sach- und Rechtbehandlung ist garantenpflicht- und rechtswidrig von Anfang an (unter Vorsatz) unterlassen worden. Die vorsätzliche Aushebelung des Grundgesetzes und der Freiheitlichen Demokratischen Grundordnung (FDGO) werden durch den Unterzeichner dieses Schreibens erneut reklamiert! (Art 18 GG)

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von **1934** wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG**/analog abgelehnt/zurückgewiesen.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Die beleidigende **Missachtung** der o. g. Schreiben des Unterzeichners und die Verunglimpfung/**Diskriminierung** mit der daraus folgenden **Entrechtung**, durch Vereitelung der Anwendung von **gültigem Recht**, mit **Garantenpflichtverletzungen** und des **rechtlichen Gehörs**, sprechen **nicht** für einen gesetzlichen Richter.

Solche **willkürlichen** Herleitungen und **Folgerungen**, wie sie dem **Strafbefehl** vom **14.11.2017** und der **Anklageschrift** vom **27.11.2017** (vgl. Pamphlet) zu entnehmen sind, können nur durch eine gewisse **Vorbefasstheit** und einem sachfremden „**Tateifer**“ erklärt werden, der über jedes **erklärbare Maß** hinausgeht.

Das ist im **Kampf um das Recht**, aus der Sicht eines unbeteiligten Dritten, **keine** juristisch saubere **Relationsarbeit** eines **Garanten**, sondern **reine** Verunglimpfung/**Diskriminierung** in **übelster Art** und Weise.

Der **Tatgegenstand** der befassten umstrittenen Tatpersonen ist auch sittenwidrige Schädigung und **Betrug von Amtswegen** durch **arglistige Täuschung** mit Urkunden, Recht, Gesetz und Denkgesetze, womit mit **Verstoß** gegen **Treu und Glauben** keine Rechtsicherheit gegeben ist.

Täuschungshandlung

Die Täuschungshandlung des § 263 Abs. 1 StGB besteht nach dem **Wortlaut des Gesetzes** in der Vorspiegelung **falscher** oder in der Entstellung oder in der **Unterdrückung** wahrer Tatsachen.

Die Täuschung setzt eine **Einwirkung** auf die Vorstellungen des Getäuschten voraus, nämlich ein Verhalten des Täters, das **objektiv geeignet und subjektiv bestimmt** ist, beim Adressaten eine Fehlvorstellung über tatsächliche Umstände hervorzurufen.

(BGHSt 47, 1 ff., 5).

Rechtssicherheit

Rechtssicherheit ist nach der deutschen Auffassung, die Klarheit, Bestimmtheit und die Beständigkeit staatlicher Entscheidungen, sowie die Klärung von umstrittenen Rechtsfragen oder -verhältnissen in angemessener Zeit.

Rechtssicherheit ist das Element des Rechtsstaatsprinzips. (Art. 20 GG)

Das ist aber am Amtsgericht Bad Oeynhausen offensichtlich nicht gegeben!

Hier wird schon mal auf BGB §§ 138, 823, 839 hingewiesen.

Mensch **axel**, Mann aus der Familie **thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Darüber hinaus liegt ein **schwerwiegendes Dienstvergehen** (Nichterfüllung der Pflicht) durch Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** als Direktor der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** vor.

Das **Grundrecht auf Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes** (Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG) wurde zum **Nachteil** des Unterzeichners **mehrfach** vorsätzlich verletzt.

Ein störender, verunglimpfender, diskriminierender Zustand. **Verstoß gegen die Grundrechte!**

Klarheits- und Wahrheitsgebotes

Mit dem Klarheits- und Wahrheitsgebotes i. V. mit dem Veröffentlichungsgebotes und im Sinne der **Urkundenvorschriften**, ist es **zwingend** erforderlich, daß Behördenbediensteten mit **Vor- und Familiennamen**, Funktion, Dienststellung, klar zu **identifizieren** sind.

Jede **Grundrechteverletzung** führt gemäß Art. 19 Abs. 4 GG zum **Einzelanspruch** jedes einzelnen Grundrechtsträgers auf **Folgenbeseitigung durch Rückabwicklung** wegen Grundrechteverletzung.

Dem ist zu folgen!

Der, im **Verstoß** gegen den **Rechtgrundsatz** von **Treu und Glauben**, arglistig getäuschte **Unterzeichner dieses Schreibens** verlangt von Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** als Direktor der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** und Herrn **Dr. CORNELIUS** als Richter am Amtsgericht (vgl. Garanten), zum Verdacht unter **Vorspiegelung falscher Tatsachen**, unter Hinweis auf ihre **Dienstplichten**, im Rahmen des **rechtlichen Gehörs**, der **Aufklärungs-, Hinweis- und Fürsorgepflicht**, jeweils eine **dienstliche Erklärung** mit Verweis auf Art. 1 (1), 20 (2) S. 1 i. V. mit Art. 17 i. V. mit Art. 20 (3), 25, 103 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland insbesondere **Aufklärung zur Wahrheit und Klarheit** binnen **7. Tage** nach **Faxeingang** dieses Schreibens **darüber zu leisten**, ob es sich;

- 1.) bei dem **Amtsgericht Bad Oeynhausen** um ein **staatliches Gericht** handelt (vgl. § 15 GVG)
- 2.) bei dem **Richter am Amtsgericht Bad Oeynhausen** Herrn **Dr. CORNELIUS** um einen **gesetzlichen Richter** handelt (vgl. Art. 101 GG i. V. mit § 16 GVG/analoge)
- 3.) bei dem **aktuellen** Geschäftsverteilungsplänen für die **Richter und Rechtspfleger** am **Amtsgericht Bad Oeynhausen** um **Urkunden** handelt und diese **aktuellen** Geschäftsverteilungspläne als **Urkunde** auch entsprechend der gesetzlichen Vorschrift (vgl. z. B. § 21 GVG/analog) für **Jedermann zur freien Einsichtnahme** am **Amtsgericht Bad Oeynhausen, ausliegen/vorliegen**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen axel thiesmeier. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von **1934** wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Handeln Amtsträger, trotz Hinweis des **Souveräns**, daß die von diesen **benutzten** Gesetzen **gegen** das Bonner Grundgesetz verstoßen, dann **handeln diese vorsätzlich**, wissentlich und willentlich. Sie **begehen Straftaten**, jedoch zunächst Dienstpflichtverletzungen.

Rechtsausübung ist die Verwirklichung eines Rechtsatzes, insbesondere eines in einem Rechtssatz gewährleisteten subjektiven Rechtes. Diese hat allgemein nach **Treu und Glauben** zu erfolgen. Setzt sich der Handelnde hierzu in **Widerspruch**, begeht er unzulässige Rechtsausübung. **Sie ist rechtswidrig.**

Das Fehlen von Unrechtsbewusstsein ist **nicht** gegeben, weil Wissen über die Handlungspflicht (Gebot) und damit jeweils ein **selbständiges** Schulselement vorliegend sein dürfte.

Illusionäre Gerechtigkeit

"Unter den in der Bundesrepublik obwaltenden Verhältnissen von den Gerichten Gerechtigkeit zu fordern, ist illusionär" (Willi Geiger, ehemaliger Bundesverfassungsrichter 1982)

Für den Fall, dass sich **Willi Geiger** im Unrecht befindet, wird höflich um amtlichen Hinweis und zur **dezidierten Aufklärung** binnen **7. Tage** nach **Faxeingang** dieses Schreibens durch Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** als **Direktor** und Herrn **Dr. CORNELIUS** als „Richter am Amtsgericht“ (vgl. Wortmarke) der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen**, aufgefordert.

Andernfalls ist der **Rechtsbankrott** in der Bundesrepublik Deutschland nun **doch** offenkundig, weil die **Freiheitlich Demokratische Grundordnung** auch durch die Bediensteten/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der **Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld** und der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen**, in den **o. g.** Angelegenheiten offenkundig **ausgehebelt** worden ist.

Der „**Strafbefehl**“ vom **14.11.2017** und die **Anklageschrift** vom **27.11.2017** sind, wegen des tatsächlichen **Rechtsbankrotts**, umgehend **rückabzuwickeln**.

Es liegt offenkundig Stillstand der staatlichen Rechtspflege vor (§ 15 GVG, §§ 245, 291 ZPO, vgl. auch Besatzungsvorbehalte).

Nichtigkeit des Verwaltungsaktes.

Dieser Mangel erzeugt unzulässiger Weise **grundgesetzwidrige Rechtsunsicherheit** (Art. 20 GG), und bewirkt damit die **Nichtigkeit** des Verwaltungsaktes.

Mensch **axel, Mann aus der Familie thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Verstöße gegen das **Gebot der Rechtsicherheit** führen zur **Nichtigkeit** und **Ungültigkeit** (vgl. BVerwGE 17,192 - GVBl 1964, 147).

Damit verstößt ein Verwaltungsakt wie hier die streitbefangenen Verwaltungsakte, gegen eine **Rechtsnorm** und ist gemäß den §§ 125, 138, 242 BGB und 44 VwVfG i.V.m. Art. 11 I + IV EGBGB **nichtig** und bewirkt – nach rechtsstaatlichen Grundsätzen – damit **keine Rechtskraft** oder **Rechtswirksamkeit** und es darf **nicht** danach verfahren werden!

Der falsche Rechtsschein ist bewirkt. Die Rechtsüberschreitungen und die Übervorteilung werden reklamiert und sollen strafrechtlich verfolgt werden.

Verleumdung von offenkundigen Rechtstatsachen

Die Verleumdung von offenkundigen Rechtstatsachen, begeht der, der trotz **besserem Wissen unwahre Tatsachen behauptet oder verbreitet**, die geeignet sind, den **anderen verächtlich zu machen** oder in der **öffentlichen Meinung herabzuwürdigen** oder dessen Kredit zu gefährden.

Täuschungshandlung

Die Täuschungshandlung des § 263 Abs. 1 StGB besteht nach dem Wortlaut des Gesetzes in der **Vorspiegelung falscher** oder in der **Entstellung** oder in der **Unterdrückung wahrer Tatsachen**.

Die Täuschung setzt eine Einwirkung auf die Vorstellungen des Getäuschten voraus, nämlich ein Verhalten des Täters, das objektiv geeignet und subjektiv bestimmt ist, beim Adressaten eine Fehlvorstellung über tatsächliche Umstände hervorzurufen (BGHSt 47, 1 ff., 5).

Verschweigen von Tatsachen

Palandt, BGB 66. Aufl., § 123, Rn5 c

Das Verschweigen von Tatsachen stellt nur dann eine Täuschung dar, wenn hinsichtlich der verschwiegenen Tatsache eine **Aufklärungspflicht** besteht (BGH LM Nr. 53) Die Rechtsgrundlage dieser Pflicht ist § 242 BGB und ergibt sich auch aus der **Garantenstellung** sowie der **Auskunfts-, Fürsorge-, Sorgfalts- und Hinweispflicht**.

Dadurch sind die **Amtsaufklärungspflicht**, das Recht auf **rechtliches Gehör**, analog Art. 103 GG, das **Gebot auf Rechtssicherheit**, analog Art. 20 III GG sowie das verfahrensrechtliche **Gebot der Waffengleichheit** und die **Rechte des Leistungsempfängers** verletzt.

Daher ist der Missbrauch **prozessualer Verwaltungsrechte** anzunehmen, erfüllt durch den Tatbestand der **Verkürzung der Amtsaufklärungspflicht**. Dies ist **rechtsmissbräuchlich** und **daher unzulässig**.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personalausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÖD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog **abgelehnt/zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbP

Ehrenschutz

Der Ehrenschutz wird zwar bereits durch das **allgemeine** Persönlichkeitsrecht und damit durch das Grundrecht des **Art. 2 I GG** gewährleistet, dennoch erfordert **Art. 5 II GG** bei derartigen Beeinträchtigungen ein einschränkendes Gesetz und stellt den **Persönlichkeitsrechtsschutz** damit unter einen besonderen Gesetzesvorbehalt. Derartige Bestimmungen befinden sich sowohl in den §§ 185 ff. StGB, als auch in den §§ 823, 1004 BGB.

Besonders wichtige Umstände

Umstände, die für die **Willensbildung** des andern Teils offensichtlich von ausschlaggebender Bedeutung sind, müssen **ungefragt** offenbart werden (BGH NJW 71, 1799, LM § 276 (Fb) Nr1).

Die **garantenpflichtverletzende Unterlassung** (Begehen durch Unterlassung BRD-STGB § 13) ist **offensichtlich**.

Dieses treuwidrige Verhalten stellt einen groben Verstoß gegen § 242 BGB dar.

Gemäß S 242 BGB Rn. 17, Palandt Beck'sche Kurzkommentare 65. Auflage 2006 gilt der Grundsatz von **Treu und Glauben** auch für das **gesamte öffentliche Recht**.

Im Rahmen der Dienstobliegenheiten besteht jedoch die Verpflichtung zumutbarer Nachforschung.

In summa liegt **Rechtsüberschreitung** wegen **Verstoßes** gegen den Grundsatz von **Treu und Glauben** gemäß § 242 staatlichem BGB erfüllt vor.

Das **Schutzrecht** besteht für **Unverfälschtheit** und für **Vertrauen auf die inhaltliche Wahrheit**.

Von Bösgläubigkeit wird nun ausgegangen.

Rechtausübung ist die Verwirklichung eines Rechtsatzes

Rechtausübung ist die Verwirklichung eines Rechtsatzes, insbesondere eines in einem Rechtsatz gewährleisteten **subjektiven Rechtes**. Diese hat allgemein nach **Treu und Glauben** zu erfolgen. Setzt sich der Handelnde hierzu in **Widerspruch**, begeht er **unzulässige Rechtausübung**.

Sie ist rechtswidrig.

Mensch **axel**, Mann aus der Familie **thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum Schutz des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personalausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von **1934** wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPr

Damit verstoßen die **bewusst falschen „Vorwürfe“** die dem **Strafbefehl** vom **14.11.2017** und der **Anklageschrift** vom **27.11.2017** zu entnehmen sind, **mangels** hinreichender Bestimmtheit auch gegen die **Rechtsicherheit** und ist zudem **rechtswidrig**.

Der **Unterzeichner** dieses Schreibens hat nach **BRD-Rechtsvorstellungen**, dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, **MRK** und dem Lissabonner Vertrag / **Europarecht**, Anspruch auf **rechtliches Gehör** und ein **faies Verfahren** vor einem **staatlichen Gericht**.

Unter Hinweis auf das **Klarheits- und Wahrheitsgebot**, i. V. mit dem Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 GG) und der **Rechtsweggarantie** (Art 19 GG), erhebt der Unterzeichner dieses Schreibens den Anspruch auf Gleichbehandlung von den befassten „Organen der bundesrepublikanischen Rechtspflege“ und ganz besonders des **befassten** Justizpersonals der **Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld** und der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen**.

Das heißt, dass die **befassten** Tathandelnden, sowie deren **Erfüllungsgehilfen** wegen der **o. g.** einschlägig **strafrelevanten** Tathandlungen zu verfolgen sind, **wobei** die **strafrechtlichen** Ermittlungen **sofort** aufzunehmen sind, wenn **nicht** der Rechtbankrott innerhalb der Bundesrepublik Deutschland seine Streifen gezogen hat und die tatsächliche **Strafverfolgung** nach Herstellung der **öffentlichen Ordnung** in einem **zukünftigen** Deutschen Rechtsstaat verfolgt werden kann/muß/wird. **Ein Officialdelikt ist von Amtswegen zu bearbeiten.**

Somit ergeht durch den Unterzeichner dieses Schreibens als zu Unrecht Angeklagten und auch politisch Verfolgten, **Strafantrag/Strafverfolgung, Dienstaufsichtsbeschwerde** und Anordnung auf **disziplinarische Maßnahmen** (vgl. Entfernung aus dem öffentlichen Dienst) gegen den Geschäftsführer der Staatsanwaltschaft Bielefeld Herrn **RALPH KLOM**, gegen die Staatsanwältin Frau **LEA GROCHOWSKI**, gegen den Direktor des Amtsgericht Bad Oeynhausen Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** und den Richter am Amtsgericht Herrn **Dr. CORNELIUS** sowie gegen deren **Erfüllungsgehilfen**, u. a. gegen Frau **WEINER** (vgl. Zeuge 1) und Herrn **Goerz** (vgl. Zeuge 2), wegen dem **begründeten Verdacht** der Amtsanmaßung, Bedrohung, Betrug, Erpressung, Folter, Körperverletzung, Nötigung, Landes- & Hochverrat, Offener Verfassungsbruch, Betrug und Täuschung im Rechtsverkehr, Verbrechen der Rechtsbeugung, vorsätzlichem Verstoß gegen nationale/internationale Abkommen/Chartas, Anwendung von wichtigen staatlichen Normen **ohne** gültigen Geltungsbereiche, Verstoß gegen Abstammungs-, **Grund-**, Menschen- und Völkerrechten, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung und der vorsätzlichen Geiselnahme **ohne** Rechtsgrundlage, sowie **alle** weiteren Straftaten die sich aus den **o. g.** Angelegenheiten im späteren Verlauf **noch** ergeben sollten.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen axel thiesmeier. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Klarstellung:

Bei dem Unterzeichner dieses Schreibens handelt es sich um einen lebenden und beseelten **Menschen** und deutschen Staatsangehörigen durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913 = **Preußen**) und Angehörigen der indigenen **Volksgruppe Germanitien** mit der verbindlichen Staatsangehörigkeit **Preußen/Germanitien** und somit um **keine** Handelsware, **keine** Sache, **kein** Tier, **kein** Objekt.

Bei dem Unterzeichner dieses Schreibens handelt es sich auch um **keine** juristische Person mit der **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**deutsch**“ (vgl. DEUTSCH) von 1934 und auch um **keinen** Staatsangehörigen des Besatzungsstruktes „Bundesrepublik Deutschland“ oder Staatsangehörigen von Germany oder Deutschland.

Der Unterzeichner dieses Schreibens ist **kein** „Reichsbürger“, **kein** NAZI, **kein** Terrorist, **kein** Faschist, **kein** Rechter, **kein** Linker, **kein** Verschwörungstheoretiker, **kein** „Rechtspopulist“, **kein** Krimineller, **kein** Schuldner, sondern einfach nur ein **gerichtsbestätigter Menschenrechtsverteidiger** und **politisch Verfolgter** in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Unterzeichner dieses Schreibens ist von **Natur** aus ein lebender und beseelter **Mensch** und politisch Staatsangehöriger eines Rechtsstaates. Der Unterzeichner ist **Preuße**, unmittelbar und mittelbar **Staatsangehöriger des Deutschen Reiches**.

Für die Tatgaranten, hier das **befasste** Justizpersonal als **juristische Personen** mit der **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ von 1934 (vgl. Gleichschaltungsgesetz von 1934) und als Bedienstete/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der **Firma** Staatsanwaltschaft Bielefeld und der **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen **bedeutet** das, den Unterzeichner dieses Schreibens als **Menschen** (vgl. Subjekt, Souverän des Deutschen Volkes) mit allem **Respekt** und **würdevoll** anzusprechen, **umzugehen** und jede Art der **Unterdrückung** und **vorbefassten** Diskriminierung/**Kriminalisierung**/Verunglimpfung zu unterlassen.

Auch eine **Entrechtung** durch eine **systematische** Liquidation von **irrationalen Elementen** mit **krimineller Energie** wird entschieden **entgegengetreten** und vom Unterzeichner als **Souverän** vorab gerügt/**untersagt**.

Gerügt wird auch die **Respektlosigkeit** des **befassten** Justizpersonals als Bedienstete/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der **Firma** Staatsanwaltschaft Bielefeld und der **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen gegenüber dem Unterzeichner dieses Schreibens, insofern seine Schreiben vom **22.11.2017**, **29.11.2017**, **15.12.2017** und **02.01.2018** völlig **ignoriert** und **nicht** beantwortet worden sind (vgl. Verstoß gg. Art. 103 GG/analoge).

Mensch **axel**, Mann aus der Familie **thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD-(OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog **abgelehnt/zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Aufgrund der vorsätzlichen **Missachtung** der Schreiben vom **22.11.2017, 29.11.2017, 15.12.2017** und **02.01.2018** an die **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** und der damit offenkundigen **Verletzung des rechtlichen Gehörs** (vgl. Art. 103 GG) zum Nachteil des Unterzeichners dieses Schreibens und dem **offenen Verfassungsbruch** durch das befasste **Justizpersonals** als Bedienstete/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** ergeht hiermit eine **Ablehnung** des Richter am Amtsgericht (vgl. Wortmarke) Herrn **Dr. CORNELIUS** wegen der begründeten **Besorgnis der Befangenheit** (vgl. § 42 ZPO, § 24 StPO/analoge), so wie **Ablehnung aller Richter und Rechtspfleger** wegen **Besorgnis der Befangenheit**, die namentlich auf den aktuellen Geschäftsverteilungsplänen für die Richter und Rechtspfleger der **Firma** (vgl. § 2b UStG) **Amtsgericht Bad Oeynhausen**, aufgeführt/genannt werden.

Begründung:

Auf Grund der **wiederholten Verletzung des rechtlichen Gehörs**, des **vorsätzlichen** Verstoßes gegen das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der **Anwendung** von staatlichen Normen **ohne den Nachweis** der gültigen Geltungsbereiche für diese staatlichen Normen i. V. mit der **gültigen Verfassung** erbracht zu haben, sowie der offenkundigen **Nichtigkeit** (vgl. Formmangel, u. a.) des **Strafbefehls** vom **14.11.2017** und der **Anklageschrift** vom **27.11.2017** mit dem Gz.: **601 Js 676/17** und dem damit ggf. vorsätzlich geplanten **Prozessbetrug** durch das befasste **Justizpersonal** (vgl. Volljuristen) als Bedienstete/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** und ihrer **Erfüllungsgehilfen** zum Nachteil des Unterzeichners dieses Schreibens, werden **alle** Richter und Rechtspfleger die **namentlich** auf den **aktuellen** Geschäftsverteilungsplänen für die Richter und Rechtspfleger der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** genannt werden, wegen dem **begründeten Verdacht** der Anwendung **nichtiger Gesetze** (vgl. NAZI-Gesetzen), der **Befangenheit/Vorbefasstheit**, der **Abhängigkeit** zum Arbeitgeber/**Dienstherren** (vgl. Personalakte), wegen der **illegalen/kriminellen Anwendung** des Personalausweises, Reisepasses der Bundesrepublik Deutschland mit der **NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“** von 1934 (vgl. Verstoß gg. Art. 139 GG/analoge) und der **Anwendung** von Geschäftsverteilungsplänen (vgl. Urkunden) die **nicht** der gesetzlichen Vorschrift entsprechen können (vgl. § 21e GVG/analog i. V. mit großer Kommentar zum GG, von Mangoldt, Klein, Starck, Art. 101 (1), Rn. 52-56), durch den Unterzeichner dieses Schreibens, **unwiderruflich abgelehnt** (vgl. Nachweis über die Gültigkeit, Mängellosigkeit von Geschäftsverteilungsplänen: **VwVfG §§ 33, 34, 43, 44, 48, Palandt BGB §§ 125, 126, BeurkG § 49, GVG § 21e/analoge**).

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“** im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Erklärung:

Befangenheit bezeichnet den inneren Zustand des Richters. Dieser Zustand kann in der Regel nicht eindeutig, zweifelsfrei bewiesen werden. Daher ist die Ablehnung des Richters schon begründet, wenn ein Grund vorliegt, der geeignet ist, Misstrauen gegen die Unparteilichkeit eines Richters zu rechtfertigen (Arzt 28; Bohnert 68). Es ist also nicht erforderlich, dass der Richter in der Tat parteilich oder befangen ist.

Auch kommt es weder darauf an, ob er sich selbst für unbefangen hält (Schairer 104), noch darauf, ob er für Zweifel an seiner Unbefangenheit Verständnis aufbringt (BverfGE 32 290; BayObLGZ 1974 135; DRiZ 1977 244). Vielmehr ist die Ablehnung begründet, wenn der Ablehnende einen vernünftigen Grund zu der Annahme hat, dass der Richter befangen sei (RGSt 55 57; 6044; 6169; RGJW 1912 943; RGGa 71 (1927) 132; BGHSt 24 338; OLG Koblenz VRS 44 292; OLG Celle Nds.Rpfl. 1982 101).

Dafür spielt es keine Rolle, wie ein der Sache fernstehender Mensch die Sachlage beurteilt; ausschlaggebend ist vielmehr, ob die Umstände dem Ablehnenden von seinem Standpunkt aus begründeten Anlass geben, an der Unparteilichkeit des Richters zu zweifeln (RGSt.61 69; BGHSt 136; 23 285; BayObLGSt 1972 220 = VRS 44 208; OLG Frankfurt VRS 57 206).

Diese Würdigung ist die, die ein vernünftiger denkender Mensch (BayObLG Recht 1915 581); ein unbefangener Dritter (BGH JR 1957 68), ein verständiger (RGSt 65 43), ein vernünftiger (BGHSt 21 341) Angeklagter anstellen würde, wenn er der Angeklagte in der konkreten Situation wäre (abl. Arzt 2.3 mit Modifikation 29).

Von diesem Standpunkt aus - und nur von diesem, nicht von einem richterlichen, der dem Angeklagten als der seine unterstellt wird - müssen die Ablehnungsgründe auch dem Gericht gerechtfertigt erscheinen (RGGa 71 (1927) 132). Eine auf lediglich kollegialer standesrechtlicher basierender Betrachtungsweise führende Verwerfung des Ablehnungsgesuches, wäre als absoluter Revisionsgrund anzuerkennen.

Die Entscheidung BverfGE 14, 156 hat dazu Leitsätze aufgestellt, dass Personen, denen die Garantien der persönlichen Unabhängigkeit fehlen, keine gesetzlichen Richter sind.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen axel thiesmeier. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als Preuße. Hoheitlich für den deutschen Staat handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum Schutz des deutschen Volkes nach *ius cogens*, *ius indigenatus* und *ius naturalis* um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personalausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die sofortige Umsetzung des Art. 20 a Grundgesetz zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal und im Auftrag des Staates DEUTSCHLAND (GERMANY) tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). Extraterritorialität nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe WÜD, WÜK). Hinweis: Die NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/zurückgewiesen.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPr

Das Grundgesetz **garantiert** vorgeblich die unverletzlichen **Grundrechte**, an welche nicht nur die Gesetzgebung und die vollziehende Gewalt, **sondern auch** die Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht **gebunden** sind, denn die erste Aufgabe der Rechtsprechung ist es, im Falle von **Verletzungen der Grundrechte** den Gesetzgeber und die **vollziehende Gewalt** zur Ordnung zu rufen und diese zu **verurteilen**, solche Verletzungen sowohl zu **unterlassen** als auch im Wege der **Folgebeseitigung rückgängig zu machen**.

Eines dieser unverletzlichen Grundrechte ist das Recht auf den gesetzlichen Richter gemäß Art. 101 Abs. 1 GG.

»**Ausnahmegerichte sind unzulässig**. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.« Der **gesetzliche Richter** wird so genannt, weil das Gesetz bestimmt, dass nur ein **persönlich und sachlich unabhängiger Richter** gerichtliche Entscheidungen treffen darf.

Bei dem befassten Richter am Amtsgericht (vgl. Wortmarke) Herrn **Dr. CORNELIUS** als juristische Person mit der **NAZI-Staatsangehörigkeit „Deutsch“** von 1934 (vgl. Personalausweis/Reisepass) und Bediensteter/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen und **vermeintlicher Rechtsbrecher** kann es sich somit um **keinen unabhängigen gesetzlichen Richter** handeln.

Das **Ablehnungsgesuch** entsprechend der gesetzlichen Vorschrift (vgl. § 42 ZPO, § 24 StPO/analog) wg. **Besorgnis der Befangenheit** gegenüber dem befassten Richter am Amtsgericht (vgl. Wortmarke) der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen, Herrn **Dr. CORNELIUS** wird auch **mit Verweis** auf die Schreiben des lebenden und beseelten Menschen **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels** vom **16.02.2018**, vom **20.02.2018** und **05.03.2018**, begründet.

Es wird außerdem noch einmal die nichtige Zustellung des o. g. Angebots/Anklageschrift vom 27.11.2017 durch die Firma P.O.S.T. AG, gerügt.

Schon aus diesem Grund ist das **Angebot**, der **Anklageschrift** vom **27.11.2017**, auch wegen der **fehlenden Unterschrift** entsprechend der gesetzlichen Vorschrift (vgl. § 126 BGB/analog i. V. mit 123, 125, 138, 142, 143 BGB, i. V. mit VwVfG § 44 / analoge) zu **rügen** und als **illegaler/nichtiger Verwaltungsakt** zu erklären.

Das/die **Angebot/Anklageschrift** vom **27.11.2017** hat somit nach Offenkundigkeit (vgl. § 291 ZPO/analog) den Adressaten **nicht** erreichen können.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen axel thiesmeier. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenus**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“** im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/zurückgewiesen.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

In diesem Zusammenhang wird ebenfalls auf die **generelle Vorlagepflicht** gegenüber den **Prozessparteien** hingewiesen (vgl. Artikel 6 Abs. 3 c EMRK, Artikel 19 Abs. 4 i. V. mit Artikel 25, Artikel 2 Abs. 1 GG und Artikel 20 Abs. 3 GG i. V. mit Artikel 101, 103 GG, §§ 99, 117 VwGO, §§ 138, 139, 291 ZPO, §§ 16, 21 GVG/analoge).

Es wird somit auch **weiterhin** auf **Einsichtnahme** in die aktuellen Geschäftsverteilungspläne für die Rechtspfleger und Richter (auch für die Jahre 2015, 2016) am Amtsgericht Bad Oeynhausen, um **Einsicht** in die Verfahrensakte, **Vorlage** der **Anklageschrift** vom 27.11.2017 als **Kopie der Urschrift** mit der persönlichen Unterschrift des Willenserklärenden, entsprechend der **gesetzlichen** Vorschrift (vgl. § 126 BGB/analog) sowie die **Einsichtnahme** in die **Richterliche Ermittlungsakte**, binnen 7. Tage nach Faxeingang dieses Schreibens, bestanden.

Das Amtsgericht Bad Oeynhausen wird somit **erneut** aufgefordert, umgehend einen **zeitnahen Termin** zur Einsichtnahme in die o. g. Urkunden zu benennen (vgl. § 99, 117 VwGO, §§ 138, 139, 291 ZPO, §§ 16, 21 GVG, Art. 101, 103 GG/analoge).

Für den Fall der **weiteren Nichtbeachtung** dieser Anordnungen auf **ungehinderte Einsichtnahme** in die o. g. Urkunden durch das Amtsgericht Bad Oeynhausen binnen 7. Tage, muß der Unterzeichner dieses Schreibens von einem **weiteren vorsätzlichen Verstoß** gegen das **rechtliche Gehör**, dem **vorsätzlichen Entzug des gesetzlichen Richters** und einem weiteren **vorsätzlichen Verfassungsbruch** (vgl. Art. 1 (1), 19, 20, 25, 97, 100, 101, 103, 139, 140 GG), des **Landes und Hochverrates**, der **Volksverhetzung**, der **Amtsanmaßung**, des **Verbrechens der Rechtsbeugung**, **Betrug**, **Erpressung**, **Folter**, **Nötigung**, u. a. **weiterer Straftaten** durch den Direktor der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen ausgehen.

Der Unterzeichner dieses Schreibens **fordert** den Direktor der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** weiterhin auf, **pflichtgemäß** seiner **Dienstobliegenheit** und hiernach entsprechend der **gesetzlichen Vorschrift** zu reagieren und dem Unterzeichner dieses Schreibens sein **rechtliches Gehör zu gewähren** und entsprechend der **Vorlagepflicht** und des **Justizgewährleistungsanspruches** die o. g. Ansprüche nach **Treu und Glauben** dezidiert/konkretisiert, binnen 7. Tage nach Faxeingang zu beantworten. Andernfalls ist der Verfügung auf **Folgenbeseitigung durch Rückabwicklung** wegen offenkundiger **Grundrechteverletzung**, umgehend/sofort zu folgen.

In diesem Zusammenhang **verweist** der Unterzeichner dieses Schreibens **vorsorglich noch einmal** auch auf den **§ 31 BVerfGG**.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/zurückgewiesen.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPr

**Es ist eine offenkundige Tatsache, dass die Anwendung der BRD-StPO rechtswidrig ist, weil
erstens**

Am 16.09.2009 entschied der zweite Senat beim Bundesverfassungsgericht unter dem Vorsitz des jetzigen Präsidenten Prof. Dr. Andreas Voßkuhle in der Sache 2 BvR 902/06, dass die Strafprozessordnung nicht der zwingenden Gültigkeitsvorschrift des Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG unterliegen würde, denn das Zitiergebot würde auf die vor seiner Maßgeblichkeit entstandenen, insbesondere auf vorkonstitutionelle Gesetze und somit auch auf §§ 94 ff. StPO, keine Anwendung finden. Seine Entscheidung begründet der zweite Senat mit der eigenen Rechtsprechung des BverfG aus dem Jahr 1953 (BverfGE 2, 121 <122 ff >), wissen müssend, dass diese damalige Entscheidung falsch und somit nichtig ist, denn die Strafprozessordnung wurde 1950, also nachdem Inkrafttreten des Grundgesetzes am 23.05.1949 und nach dem ersten Zusammentritt des ersten Deutschen Bundestages am 08.09.1949 in einem eigenen neuen Gesetzgebungsverfahren zum Vereinheitlichungsgesetz vom 12.09.1950, BGBl. I, S. 455 vom Deutschen Bundestag und Bundesrat beraten und verabschiedet. Der einfache Gesetzgeber war gemäß der zwingenden Gültigkeitsvorschrift gemäß Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG gezwungen, aufgrund der in der Strafprozessordnung vorgenommenen Einschränkung von Freiheitsgrundrechten diese namentlich unter Angabe des jeweiligen Artikels in der StPO zu nennen, zu zitieren.

Im Fall des nicht Zitierens ist das Gesetz nicht nach den Gültigkeitsvorschriften des Grundgesetzes zustande gekommen und ist mit dem Tage seines Verkündens ungültig.

Interessant ist denn auch, dass das BverfG 1958 in seiner Entscheidung "Vaterschaft" (Az.: 1 BvL 45/56) festgestellt hat, dass die Strafprozessordnung aufgrund des Gesetzgebungsverfahrens zum Vereinheitlichungsgesetz vom 12.09.1950 kein vorkonstitutionelles Recht aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des Grundgesetzes ist.

zweitens

Der Rechtsnormbezug auf Bestimmungen der ehemaligen Strafprozessordnung liegt neben der Sache und verfängt nicht, da diese infolge des ersten Bundesbereinigungsgesetzes vom 19.04.2006 (BGBl. I Seite 866) durch Streichung des territorialen Geltungsbereiches in Anbetracht des Grundsatzes von Treu und Glauben gemäß § 242 staatlichem BGB nicht mehr anwendbar ist.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum Schutz des deutschen Volkes nach *ius cogens*, *ius indigenatus* und *ius naturalis* um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD-(OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG**/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

drittens

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes vom 25.07.2012 (2 BvF 3/1, 2BvR 2670/11, 2 BvE 9/11) nunmehr endgültig fest, daß unter der "Geltung" des Bundeswahlgesetzes – Ausfertigungsdatum von 07.05.1956 – noch nie "ein verfassungsmäßiger Gesetzgeber" am Werk war und somit insbesondere alle erlassenen „Gesetze“ und „Verordnungen“ seit 1956 nichtig sind.

Womit überhaupt gar kein bundesrepublikanisches Gesetz anzuwenden ist.

Das hier angestrebte Verfahren ist ein Präzedenzverfahren für die Verfolgung Unschuldiger und politisch Verfolgten als Angehörige der indigenen Volksgruppe Germaniten und zwar wegen eines tatsächlich eintretenden Schadens, aufgrund einer scheinlegitimierten Gesetzgebung durch Wahlbetrüger, Irreführungen der Wähler und der Fälschung von Wahlunterlagen..

Diese Hinweise auf bundesrepublikanische Rechtsetzungen, welche übrigens sämtlich durch Nutznießer von Wahlbetrug, Wählertäuschung und Fälschung von Wahlunterlagen und damit nicht rechtskräftig zustande gekommen sind, wie es auch die ersten, noch beruflich in der Bundesrepublik zugelassenen Rechtsanwälte bestätigen, sind nicht schlüssig.

Zitat RA Lutz Schaefer Anfang:

25. Juli 2012 - Liebe Leser, liebe Wutbürger!

Karlsruhe hat in Sachen Wahlrecht gesprochen, und auf die hiesige Juristenwelt müsste dies wie Erdrutsch wirken, oder: hat Karlsruhe endlich 'das Tor' geschossen? Warum?

Ganz einfach: Damit steht fest, dass unter der Geltung des Bundeswahlgesetzes noch nie "der verfassungsmäßige Gesetzgeber" am Werk war.

Was folgt daraus?

Wir als Anwälte und auch selbst Betroffene werden jetzt in jedem Verfahren, dem nachkonstitutionelles Recht zugrunde liegt, einwenden, dass eben dieses Gesetz wegen verfassungswidrigen Zustandekommens selbst verfassungswidrig und damit nichtig ist!

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen axel thiesmeier. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbsternächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG**/analog **abgelehnt/zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Was soll sonst aus dem Karlsruher Spruch folgen? Was folgt daraus für die gegenwärtige Regierung, für den gegenwärtigen Bundestag? Dieser verfassungswidrig gewählte Bundestag kann sich doch jetzt nicht hinsetzen und als verfassungswidriges BRD-Organ einfach ein neues Wahlgesetz (oder irgendein anderes Gesetz) beschließen? Dazu hat er keine Legitimation, wie gerade zu hören war. Der gesamte Bundestag nebst seiner Merkel-Regierung ist sofort aufzulösen!

Wer dann Neuwahlen ausschreibt unter Geltung welchen Wahlgesetzes, bleibt der Kunst der Staatsrechtler überlassen.

Auf jeden Fall wird eine gehörige Portion unmittelbare Demokratie, sprich: Volksentscheid eine eminente Rolle spielen. Was für eine Situation in dieser Zeit des Untergangs! Ich hoffe, daß wir einiges zu hören bekommen von unseren Rechts-Koryphäen, in welcher rechtlichen Situation wir gelandet sind, welche Konsequenzen zwingend zu ziehen sind, und wie es hier weitergeht.

Man sieht: diese Merkel-Regierung hätte uns ohne verfassungsmäßige Grundlage glatt an den **ESM** verkauft und endgültig ausradiert, ohne daß sich auch nur ein Staatsanwalt dafür interessiert, was für Salven von Verfassungshochverrat von diesen Figuren abgeschossen werden. Jedenfalls waren sämtliche Strafanzeigen bisher zwecklos. Der Phantasie sind jetzt keine Grenzen mehr gesetzt:

Alle Prozesse nach dem neuen Waffenrecht, **KWKG** (Kriegswaffenkontrollgesetz) dem neuen **BGB**, Sozialgesetzbuch und vor allem Steuersachen nach der **AO 77** sind darauf zu überprüfen, ob die angewandten Gesetze vom verfassungsmäßigen "Gesetzgeber" erlassen wurden, oder immer nur von den paar Leuten, die sich weitgehend selbst gewählt haben, um Diäten zu kassieren und Gesetzgeber zu spielen, auch wenn es inzwischen nur noch fast 3% sind?

Es wird zu prüfen sein, ob abgeschlossene Verfahren wieder aufzunehmen sind, und ob Schadensersatz- oder Rückforderungsansprüche gegen den BRD-Staat entstanden sind, die den Beträgen in den Rettungsschirmen gleichkommen. Welche Besoldungs-, Pensions- oder gar Diätengesetze hatten überhaupt Gültigkeit?

Ich fürchte, hier ist jetzt so ziemlich alles weggebrochen. Man denke auch an die gesinnungsstrafrechtlichen Verschärfungen und die daraus resultierenden gefüllten Gefängnisse!

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach **BGB § 677** wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. **RuStAG** vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD-(OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. **§§ 18-20 GVG/analog**). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/zurückgewiesen.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbP

Ich werde jedenfalls jedem raten, und dies auch selbst tun, in den anhängigen Verfahren die gesetzlichen Grundlagen in Zweifel zu ziehen aus dem Gesichtspunkt der Nichtigkeit wegen Verfassungswidrigkeit. Wenn aus der Karlsruher Entscheidung auch nur ein Hauch von Konsequenz folgt, dann muss jedes seriöse Gericht (den gesetzlichen Richter denken wir uns einfach mal dazu) das Verfahren unterbrechen und pflichtgemäß eine Vorlage nach Art. 100 GG an das Bundesverfassungsgericht durchführen. Und dies gilt für nahezu 99% der anhängigen Verfahren bzw. für alle Verfahren, die unter der Geltung des Bundeswahlgesetzes stattfanden.

Für die künftige ESM-Entscheidung haben wir damit bereits das erste tragende Argument für die Nichtigkeit.

Interessant dürften auch die Wahnsinnsbeschlüsse zu Fragen der EU von Maastricht bis Schengen sein, inkl. Lissabon, ESM usw.

Ich denke, es wird einiges in Bewegung geraten und werde gern Präzedenzfälle schaffen!

Verantwortlich für den Inhalt dieser Website:

RA Lutz Schaefer

Hauptstr.31

55469 Riegenroth

Telefon: 06766 - 960056

Telefax: 06766 - 960057

E-Mail: info@lutzschaefer.com

Zitat RA Lutz Schaefer Ende!

Der Rechtsanwalt Schaefer, ein Volljurist, muß es ja wissen!

Wer vor den Folgen seines Tun's oder Unterlassens die Augen verschließt, muß es sich gefallen lassen, wie ein Rechtsverstoßender behandelt zu werden. Der Handelnde braucht sich der Sittenwidrigkeit seines Tuns nicht notwendig bewußt zu sein; es genügt, wenn er die Tat kennt, aus der sich die Sittenwidrigkeit ergibt. (RG 161, 233, BGH LM (Ca) Nr. 1 , WPM 82, 830). Dem steht es gleich, wenn er sich der Kenntnis einer erheblichen Tatsache bewußt oder grob fahrlässig verschließt (BGH 10, 233, 20, 52, NJW 51, 397).

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen axel thiesmeier.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als Preuße. Hoheitlich für den deutschen Staat handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum Schutz des deutschen Volkes nach ius congenis, ius indigenatus und ius naturalis um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personalausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die sofortige Umsetzung des Art. 20 a Grundgesetz zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal und im Auftrag des Staates DEUTSCHLAND (GERMANY) tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). Extraterritorialität nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe WÜD, WÜK). Hinweis: Die NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/zurückgewiesen.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbR

Illegal organisierte Unverantwortlichkeit der Bundesrepublik

Nach § 37 PartG liegt eine illegal organisierte Unverantwortlichkeit der Bundesrepublik in Deutschland vor.

Die Legislative wird von den Parteien bestimmt. Die Parteien in der Bundesrepublik sind nicht rechtsfähige Vereine, denn die Bundesrepublik ist eine Personengesellschaft ohne eine eigene Rechtspersönlichkeit und ist nur teil-rechtsfähig (Zonenvertrag). Ausdrücklich gilt nach § 37 PartG die Nichtanwendbarkeit der Vorschrift aus § 54 Satz 2 BGB. Aus einem Rechtsgeschäft Dritten gegenüber haftet niemand. Damit liegt offenkundige Nichtigkeit durch Unverantwortungslosigkeit vor, und zwar auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene.

Nach § 37 PartG in Verbindung mit der Nichtanwendbarkeit des § 54 BGB sind Parteien in der Bundesrepublik nicht rechts-, geschäfts-, prozeß- und parteifähig, also unmündig und unverantwortlich wie die Bundesrepublik selbst.

Von diesen unverantwortlichen Parteien wird die Bundesrepublik mit unverantwortlichen Gesetzen gesteuert.

Beweis: Zitate,

Siegmar Gabriel auf dem SPD-Parteitag 2010: „Wir haben gar keine Regierung. Frau Merkel ist Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland.“

Lyndon LaRouche in seiner Rede am 16.06.2011: "Europa zerbricht und Deutschland hat nicht mal eine eigene Regierung".

Trittin in 2009: "Frau Merkel muss uns erklären, wie sie die Firma weiter führen will".

Präsident Barack Obama am 5. Juni 2009

"Deutschland ist ein besetztes Land und wird es auch bleiben", diesen Satz sagte der US amerikanische Präsident Barack Obama am 5. Juni 2009 während eines Besuchs auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein. Eine Bestätigung für die Aussage des Barack Obama aus 2009 sind dann auch den nachfolgenden Zitaten zu entnehmen.

Lafontaine in einer Montags-Kolumne in der Bildzeitung vom Montag, den 06.01.2003,

Zitat: Deutschland ist kein Souveräner Staat!

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen axel thiesmeier. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD-(OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (RuStAG 1913 = Preußen)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbP

Wolfgang Schäuble (CDU) auf dem European Banking Congress am 18.11.2011 in Frankfurt a. M., Zitat: „Und wir in Deutschland sind seit dem 08. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr souverän gewesen“.

Gregor Gysi (LINKE) im Interview am 08.08.2013, 17:32 Uhr, in Phoenix Live zum Abhörskandal, Zitat: Aber das Verhältnis müssen wir doch mal klären. Ich meine, ich muss ihnen mal sagen, dass das Besatzungsstatut immer noch gilt, wir haben nicht das Jahr 1945, wir haben das Jahr 2013. Könnte man das nicht mal aufheben und die Besatzung Deutschlands beenden? Also ich finde, es wird höchste Zeit. Also ein paar mutige Schritte müssen gegangen werden...

Besatzungsrecht!?

Insbesondere die chaotische, menschen- und völkerrechtswidrige Vertragsgestaltung zur Einverleibung der Mitteldeutschen in den Herrschaftsbereich der Westalliierten, zur umfassenden Täuschung der Deutschen, als vorgebliche Wiedervereinigung in einem souveränen, demokratischen Deutschland umgetauft, hat das Ergebnis, dass das Grundgesetz, nach Vortrag der Partei, wegen der nichtigen Selbstkontrahierung der Siegermächte, unter Benutzung von ihr gesteuerter deutscher Kollaborateure, ohne Beteiligung nur des tatsächlichen deutschen Volkes nach GG Art. 116 (1), untergegangen ist.

Auf Grund des zuvor **Vorgetragenen** bleiben die **o. g.** Geschäftszeichen von dem Unterzeichner dieses Schreibens für **illegal, korrupt, kriminell** und **nichtig** erklärt und auch weiterhin **abgelehnt** und unwiderruflich **zurückgewiesen**.

Nur für den Fall, dass sich das **befasste** Behörden-/Gerichtspersonal oder **beruflich** in der Bundesrepublik zugelassene **Juristen** oder **Volljuristen** (vgl. Kammerzwang) weiterhin an eine **nachweislich** und bewiesenen **rechtsgrundlagenlose Rechts- und Gesetzauffassung** festgehalten wollen, wird **präventiv bereits jetzt** darauf hingewiesen, dass gemäß den Bestimmungen der Artikel 1, 2, 5, 12,17 und 30 **AllgErklMenschenR**, den Bestimmungen der Artikel 1, 5, 7, 8, 14, 17 und 18 **IPbürgR** (BGBl. 1973 II S. 1534), den Bestimmungen der Artikel 1, 5, 11 und 12 **IPwirtR** (BGBl. 1973 II S. 1570) und den Bestimmungen der Artikel 1 und 2 **UN-Folterkonv.** (BGBl. 1990 II S. 246) in Verbindung mit **Artikel 25 GG** jeder **persönlich** für seine Handlungen und **insgesamt gesamtschuldnerisch haftend** verantwortlich ist und dafür auch **persönlich zivil- und strafrechtlich** belangt werden kann (vgl. **VStGB**).

Mensch **axel**, Mann aus der Familie **thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hohetlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum Schutz des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von **1934** wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG**/analog abgelehnt/zurückgewiesen.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Diese Tatsache sollte bei allen weiteren Handlungen mit Verweis auf die gültigen Handelsbedingungen des Unterzeichners dieses Schreibens, in die Überlegungen des privat Haftenden einbezogen werden.

Vom **Beschwerdeführer/Unterzeichner** dieses Schreibens als lebender und beseelter **Mensch** mit **Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten**, als **Staatsangehöriger** durch Abstammung und Geburt (vgl. **RuStAG 1913 = Preußen**) und Angehörigen der indigenen **Volksgruppe** Germanitien, wird mit Verweis auf die **gerichtlichen Feststellungen** des Bundesverfassungsgerichtes, Urteil **2 BvE 9/11** vom 25.07.2012 gemäß **§ 177 I BGB** erklärt, dass er seine nachträgliche Zustimmung zur Geschäftsführung ohne Auftrag durch die **sogenannte** Regierung der Bundesrepublik Deutschland als **Rechtsnachfolger** des Dritten Reiches und anderer ihr nahe stehenden Organisationen (vgl. **UStG § 2b**), **ablehnt/versagt** und auch mit Verweis auf **§ 31 GVerfGG** **vorsorglich** festgestellt, dass er **nicht** gewillt ist, die **Verletzung** seiner **Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechte** durch **stillschweigende** Duldung zu heilen. Verfahrensbevollmächtigt/Prozessbevollmächtigt sind ausschließlich die **titulierten Ansprüche** des Unterzeichners dieses Schreibens.

Mit entsprechendem Respekt

axel thiesmeier



lebender und beseelter Mensch **axel, Mann aus der Familie thiesmeier**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen axel thiesmeier. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personalausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD-(OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog **abgelehnt/zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund**-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (RuStAG vor 1913 = Preußen)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch Jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

jörg gottfried siegfried pagels – Koblenzer Str. 28 - [32584] Löhne

Firma

Amtsgericht Bad Oeynhausen

z. Hd. Geschäftsführung

Bismarckstraße 12

32545 Bad Oeynhausen

per Fax: 05731 / 158 250

Verteller gem. Art. 20 (4) GG

I. V. mit §§ 32, 113(3), 138 StGB/analoge

**Löhne, am Montag, dem
sechszwanzigsten Tage
des dritten Monats im
Jahre
zweitausendachtzehn**

Betr.: 85 Ds-601 Js 676/17-218/17 = Abgelehnt/zurückgewiesen von Anfang an !

Az.: 2588/BGB823/839/2017 - EMRK/HLKO/IPbPR-MENSCH-jgsp

Sehr geehrter Herr **WERNER FERDINAND MEIER**,

sehr geehrter Herr **Dr. CORNELIUS**,

mit **Verweis** auf die **Schreiben** des Unterzeichners vom **16.02.2018** an die Firma (vgl. UStG § 2b) Staatsanwaltschaft Bielefeld und vom **20.02.2018**, sowie vom **05.03.2018** an die Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen, ergeht auch mit **Hinweis** auf die **Schreiben** des lebenden und beseelten Menschen **axel**, Mann aus der Familie **thiesmeier** in der o. g. Angelegenheit, eine erneute/weitere **Besognisrüge / Rüge** wegen der andauernden **vorsätzlichen** Missachtung des **rechtlichen Gehörs** (vgl. Art. 103 GG /analoge) und der **kompl. Verweigerung** jedweder **Grundrechte** zum **Nachteil** der **zu Unrecht Beklagten** und **politisch** Verfolgten, durch die **Bediensteten/Personal** (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** als **Direktor** und Herrn **Dr. CORNELIUS** als **Richter am Amtsgericht** (vgl. Wortmarke) der Firma (vgl. UStG § 2b) Amtsgericht Bad Oeynhausen, sowie deren **Erfüllungsgehilfen**.

In diesem Zusammenhang wird hier auch noch einmal auf die Angelegenheit Gz.: **003K 086-12** und **003 L 011-13**, u. a. vom **30.09.2015** verwiesen, deren **Rechtmäßigkeit** derzeit durch den **Internationalen Menschenrechtstrafgerichtshof** mit Sitz in **SWEDEN** geprüft wird.

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog **abgelehnt/zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund-**, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch **jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels** - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Die **indigene** Volksgruppe Germaniten als **Nießbraucher/Mieter** hat in dieser Angelegenheit **Klage auf Schadenersatz** in Höhe von **250. 000. 000,00 Euro** pauschal, gegen das damals **befasste Justizpersonal**, und den verantwortlichen **Direktor der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen, Herrn WERNER FERDINAND MEIER**, erhoben.

Vorsorglich wird somit **erneut die Verletzung der Grundrechte** (vgl. Art. 1 (1), Art. 2 (1) GG), i. V. mit dem **Rechtsstaatsprinzip** (vgl. Art. 20 (3) GG) der in der o. g. Angelegenheit zu **Unrecht Beklagten** und dem nun auch **andauernden vorsätzlichen Verfassungsbruch** durch das o. g. befasste **Justizpersonal** als **Volljuristen** der Staatsanwaltschaft Bielefeld und des Amtsgericht Bad Oeynhausen die sich nun nach **Offenkundigkeit** (vgl. § 291 ZPO/analog) **erneut selbst und unter Vorsatz** (vgl. kriminelle Vereinigung) zu **Straftätern** gemacht haben, **gerügt**.

Somit ergeht eine weitere **Besorgnisrüge** gegen den **Geschäftsführer** der Staatsanwaltschaft Bielefeld Herrn **RALPH KLOM**, gegen die **Staatsanwältin** Frau **LEA GROCHOWSKI**, gegen den **Direktor** des Amtsgericht Bad Oeynhausen Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** und den **Richter am Amtsgericht, Herrn Dr. CORNELIUS**, wegen der wiederholten **vorsätzlichen Verletzung des rechtlichen Gehörs** (vgl. Art. 103 GG) zum **Nachteil der zu Unrecht Beschuldigten**, sowie dem offenen **Verfassungsbruch** begründet durch die vorsätzliche **Missachtung** des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (vgl. gesamten o. g. vorprozessualen Schriftverkehr).

Aufgrund der **weiter andauernden vorsätzlichen Missachtung** des o. g. vorprozessualen Schriftverkehrs an die **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** durch das **befasste Justizpersonal**, und der damit offenkundigen **Verletzung des rechtlichen Gehörs** (vgl. Art. 103 GG) zum **Nachteil der zu Unrecht Beklagten** und dem **offenen Verfassungsbruch** durch das befasste **Justizpersonal** als Bedienstete/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der **Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld** und der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen**, **bleibt** der Richter am Amtsgericht (vgl. Wortmarke) Herr **Dr. CORNELIUS** wegen der begründeten **Besorgnis der Befangenheit** (vgl. § 42 ZPO, § 24 StPO/analog) und als **vermeintlicher Rechtsbrecher** (vgl. Straftäter) entsprechend der **Ablehnungen** die dem vorprozessualen Schriftverkehr der **zu Unrecht Beklagten** zu entnehmen sind, auch **weiterhin und auf Lebenszeit** abgelehnt.

Darüber hinaus bleiben auch **aller Richter und Rechtspfleger** wegen **Besorgnis der Befangenheit** abgelehnt, die namentlich auf den **aktuellen Geschäftsverteilungsplänen** für die **Richter und Rechtspfleger der Firma** (vgl. § 2b UStG) Amtsgericht Bad Oeynhausen, **aufgeführt/genannt** werden.

Mensch **jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz des deutschen Volkes nach ius cogens, ius indigenatus und ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WOK**). **Hinweis:** Die **NAZI-Staatsangehörigkeit** „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (RuStAG vor 1913 = Preußen)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch Jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Ohne Anerkennung jeder Rechtspflicht oder Zuständigkeit der Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld und der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen, sowie deren Bedienstete/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) als juristische Personen mit der NAZI-Staatsangehörigkeit „deutsch“ von 1934 (vgl. Gleichschaltungsgesetz von 1934), wird durch den zu Unrecht Beklagten und politisch Verfolgten und Unterzeichner dieses Schreibens die nachstehende Erklärung abgegeben, weil nun davon auszugehen ist, dass das nun vermutlich „kriminelle“ befasste Justizpersonal der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen, trotz der ausgesprochenen begründeten Richterablehnungen, auch weiterhin Recht- und Verfassungsbruch zum Nachteil der zu Unrecht Beklagten begehen wird und somit auch ohne gültige Rechtsgrundlage und Zuständigkeit gegenüber lebenden und beseelten Menschen und Angehörigen der indigenen Volksgruppe Germaniten, entsprechend der administrativen Vorgaben übergeordneter Stellen, einfach weiterhin „Straftaten“ begehen werden und somit dann auch korrupte Urteile zum Nachteil der zu Unrecht Beklagten, beschließen/verkünden werden.

Dabei bleibt zu beachten, dass schon am **13.01.2017** auf der Internetseite (vgl. https://wiki.sonnenstaatland.com/wiki/Axel_Thiesmeier) in **aller Öffentlichkeit** zu lesen war, dass gegen **Axel Thiesmeier** ein **Strafverfahren** läuft. Die genauen **Hintergründe** wären unbekannt, neben dem zu erwartenden **Strafrahmen** würde jedoch nach Auskünften der **zuständigen Staatsanwaltschaft** eine **Verurteilung** wegen **Volksverhetzung** nicht mehr ins Gewicht fallen.

Hier ist somit für **jedermann** sofort erkennbar, dass die **zuständigen Staatsanwaltschaften** schon **Verurteilungen** gegen **Axel Thiesmeier** geplant hatten, **obwohl** überhaupt **keine Straftat** durch **Axel Thiesmeier** begangen worden ist, oder **vorgelegen** hat (vgl. **Verbotene Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen** (vgl. § 353d StGB) u. a. **Straftaten** durch die befasste Staatsanwaltschaft).

Wann und wo hat **Axel Thiesmeier** die **Straftat der Volksverhetzung** oder **andere Straftaten** begangen, die auf der o. g. Internetseite veröffentlicht **behauptet** werden. Hier ist ganz klar zu erkennen, wer sich der tatsächlichen **Volksverhetzung** und **anderer Straftaten** unter **Vorsatz schuldig** gemacht hat.

Der **zu Unrecht Beklagte** und **Unterzeichner dieses Schreibens** verweist auf sein **verbrieftes Grundrecht** bzgl. Art. 20 (4) GG, i. V. mit § 32 StGB/analog, i. V. mit § 138 StGB/analog und kündigt hiermit an, dass der **gesamte vorprozessuale Schriftverkehr** in dieser Angelegenheit mit den **Faxbestätigungen als Nachweis** der korrekten Zustellung, in **Kürze** durch den

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“** im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/zurückgewiesen.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch Jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 I PbpR

zuständigen **Vorstand** (vgl. Internet/Veröffentlichungen) auf der Internetseite www.joh-nrw.net veröffentlicht werden wird. Darüber hinaus werden auch **alle Verträge** über **Schadenersatz**, die entsprechenden **Kostennoten** und **Rechnungen** die den gültigen **Handelsbedingungen** der lebenden und beseelten **Menschen** als **Angehörige** der indigenen **Volksgruppe** Germaniten zu entnehmen sind und auch **vorsorglich** zum **Gegenstand** dieser o. g. **Geschäftsverhandlung** gemacht worden sind, auf der o. g. **Internetseite** www.joh-nrw.net veröffentlicht.

Um weiteren **Schaden** von der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** und dem **befassten Justizpersonal** als Bedienstete/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) **abzuwenden**, möchte der **Unterzeichner dieses Schreibens** vorsorglich **ohne** Anerkenntnis jedweder **Rechtspflicht** oder **Zuständigkeit** gegenüber der **Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld** und der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** als lebender und beseelter **Mensch** und **Angehöriger** der indigenen **Volksgruppe** Germaniten und als Teil des **deutschen Volkes** und höchsten Souverän auf dem **deutschen Staatsgebiet** (vgl. SHAEF-Gesetz Nr. 52, Art. VII, Abs. 9, Buchstabe (e)), dass Nachstehende als **Niederschrift** und **schriftl. zu Protokoll** zur Kenntnis geben, um einer **gesetzlosen/kriminellen Verurteilung** durch **kriminelle Rechtbrecher** vorzubeugen.

Zum Strafbefehl vom 14.11.2017 zum Nachteil des Menschen axel thiesmeier.

- 1.) Am 27.04.2017 wurde u. a. auch das Kirchenamt Löhne, Koblenzer Straße 28, 32584 Löhne erneut von dem Staatsschutz und der Polizei durchsucht und ausgeplündert. **Mieter dieser Räumlichkeiten ist der Unterzeichner dieses Schreibens.** Es bestehen seit einiger Zeit auch **Untermietverträge** mit der Freikirche WAG-Aktive Christen in Deutschland und dem Internationalen Menschenrechtstrafergerichtshof in SWEDEN. Mietverträge mit der Menschenrechtsorganisation WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW / Deutschland bestehen hingegen aber **nicht**.
- 2.) Bis zum 27.04.2017 standen in den angemieteten Räumlichkeiten des Unterzeichners in der Koblenzer Str. 28, 32584 Löhne etliches elektronisches **Equipment** mit dem Status „**DEFEKT**“ und zur Abholung durch den Eigentümer bereit. Eigentümer dieser defekten Hardware ist/war die **Firma ESSERNETZ** (vgl. Wolfgang Esser).

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und In Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des Art. 20 a **Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/zurückgewiesen.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund-**, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch Jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

- 3.) Am **27.04.2017** wurden bei der Beschlagnahme/Durchsuchung der Mieträume des Unterzeichners dieses Schreibens, durch den/die befassen Staatsschutz/Polizei auch u. a. drei (3) kleine ebenfalls **defekte PCs** beschlagnahmt / mitgenommen die im direkten **Eigentum** der Firma ESSERNETZ und wie ja schon zuvor mitgeteilt, dort zur Abholung durch den Eigentümer Herrn **Wolfgang Esser**, gestanden haben. Zu beachten bleibt dabei, dass sowohl am 12.12.2016 und auch am 27.04.2017 mehrere Gegenstände von den befassen „Vertretern von Recht und Gesetz“ mitgenommen worden waren, die eben **nicht** im Beschlagnahmeprotokoll aufgeführt worden sind. So wurde laut dem lebenden und beseelten Menschen jürgen gustav, Mann aus der Familie niemeyer am **12.12.2016** z. B. auch ein **größerer Geldbetrag** beschlagnahmt, der ebenfalls **nicht** im Protokoll vermerkt worden war. Der Mensch jürgen gustav, Mann aus der Familie niemeyer war damals am 12.12.2016 als einziger Angehöriger unserer Gemeinschaft vor Ort und somit **Zeuge** dieser Durchsuchung. Auf Grund des bisher Erlebten mit den „Vertretern von Recht und Gesetz“ und deren Vorgehensweise, war es für den Unterzeichner also **nichts Neues**, dass wertvolle Gegenstände aus den durchsuchten Räumlichkeiten „ohne entsprechende Quittung“ durch die befassen Gesetzeshüter auf **nimmer Wiedersehen** verschwanden. So geschehen am 27.04.2017 dann eben auch mit den o. g. drei (3) PCs der Firma ESSERNETZ.
- 4.) Mit **Blick/Verweis** auf die spätere **Vorladung** des Herrn **Eugen Heinrichs** aus Vlotho als neuer **Lieferant** von Hardware für das Kirchenamt Löhne, durch die befaste Polizei ergibt sich nun aber ein **ganz anderer Blickwinkel** bzgl. des „Diebstahls“ der o. g. drei (3) PCs am 27.04.2017. Für den Unterzeichner dieses Schreibens und als **Mieter** der am 27.04.2017 **durchsuchten Räumlichkeiten** in der Koblenzer Str. 28, 32584 Löhne und auch für **andere Menschen** der indigenen Volksgruppe Germaniten als **Zeugen** des „Diebstahls“ stellt sich nun die berechtigte Frage, **warum** der Herr Eugen Heinrichs aus Vlotho von der befassen Polizei eine **Vorladung** zur Vernehmung als **Zeuge** erhielt, in dem der **Verdacht geäußert wurde**, der Besteller der neuen Hardware (vgl. Axel Thiesmeier) für das Kirchenamt Löhne hätte ihm, also dem „Zeugen“ Herrn Eugen Heinrichs aus Vlotho, **drei PCs** in Zahlung gegeben, wobei es sich laut der polizeilichen Anschuldigung **genau** um die drei (3) PCs gehandelt haben soll, die am 27.04. 2017 aus

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **wÜD, wÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/zurückgewiesen.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter Mensch (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (RuStAG vor 1913 = Preußen)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch Jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

den **angemieteten Räumlichkeiten** des Unterzeichners dieses Schreibens, von den befassten „Vertretern von Recht und Gesetz“ **mitgenommen** worden waren, **ohne** diese Beschlagnahme im Beschlagnahmeprotokoll **aufgeführt** zu haben. Mit **Verweis** auf die **Ankündigung** der befassten Staatsanwaltschaft gegenüber dem Betreiber der Internetseite https://wiki.sonnenstaatland.com/wiki/Axel_Thiesmeier **kommt** nun der **begründete Verdacht auf**, dass hier erneut eine **vorsätzliche Kriminalisierung** zum Nachteil des zu Unrecht Beklagten und politisch Verfolgten lebenden und beseelten Menschen **axel**, Mann aus der Familie **thiesmeier**, durch ggf. den Verfassungsschutz Düsseldorf als vermeintlicher Betreiber der o. g. Internetseite und dem Staatsschutz Bielefeld, i. V. mit der Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld und der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen (vgl. kriminelle Vereinigung), **geplant** war.

- 5.) Diese Annahme wird **gefestigt** durch den **Strafbefehl vom 14.11.2017** in dem nun die **unglaubliche** und kriminelle **Behauptung** aufgestellt wurde, der Besteller (vgl. **axel thiesmeier**) hätte dem Zeugen Herrn Eugen Heinrichs aus Vlotho einen **Drucker** zum Kauf angeboten, der noch im **direkten Eigentum** der Firma **ESSERNETZ** gestanden hätte. Als **Zeuge der Anklage** (vgl. Staatsanwaltschaft Bielefeld) wird der Herr **Eugen Heinrichs** aus Vlotho benannt. Diese Behauptung entbehrt jeder **Grundlage** und Logik, denn der Zeuge Eugen Heinrichs **bestreitet** ganz klar, **jemals** eine solche Aussage getätigt zu haben und zum Anderen **funktionierte** im Kirchenamt Löhne zum Zeitpunkt der **Neubestellung** von Hardware bei Herrn Eugen Heinrichs überhaupt **nur noch ein Drucker** und dieser **Drucker** steht im direkten Eigentum des zu Unrecht Verurteilten Menschen **axel**, Mann aus der Familie **thiesmeier** und war schon in der Botschaft Germanitien, Lübbecker Str. 35-38, 32584 Löhne im Gebrauch. Festzustellen bleibt an dieser Stelle **noch einmal**, dass die **gesamte** Hardware der Firma **ESSERNETZ** zum Zeitpunkt der Neubestellung **defekt** in den Räumlichkeiten des Unterzeichners dieses Schreibens zur **Abholung durch Herrn Wolfgang Esser**, bereit stand. Nur aus diesem Grund **mußte ja überhaupt** neue Hardware **für das Kirchenamt Löhne** und nun bei der Firma **WarenTrend** aus Vlotho bestellt werden. Herr Wolfgang Esser hatte die damaligen **Besteller** (vgl. niemeyer, pagels, thiesmeier) von Hardware **betrogen** und statt der bestellten **Neuware, gebrauchte Hardware** geliefert. Auch in ungezählten Versuchen der Nachbesserung konnte **weder** Wolfgang Esser selbst, noch sein

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÖK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG**/analog abgelehnt/zurückgewiesen.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (RuStAG vor 1913 = Preußen)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch Jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPr

Monteur diesen Hardware-Schrott funktionstüchtig reparieren. Herr Wolfgang Esser war es dann selbst, der weitere Nachbesserung nicht mehr durchführen wollte. Wobei er aber weiterhin auf die Begleichung seiner kriminellen Forderung bestand (vgl. Betrug). Insgesamt hat Wolfgang Esser fünf (5) Raten zu je 450 € von Jürgen Niemeyer erhalten und dafür NICHTS geliefert. Nur aus diesem Grund wurde dann eine Neubestellung bei der Firma WarenTrend in Vlotho notwendig. Der Strafbefehl vom 14.11.2017 durch den Tatgaranten Herrn WERNER FERDINAND MEIER als Direktor der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen ist somit umgehend aufzuheben, denn auch der Unterzeichner dieses Schreibens und als Mieter der Räumlichkeiten Koblenzer Str. 28, 32584 Löhne kann als Zeuge bestätigen, dass der mittels korrupten Strafbefehl zu Unrecht Verurteilte zu keinem Zeitpunkt dem „Zeugen“ der Anklage, Herrn Eugen Heinrichs, Hardware angeboten hat, die sich im Eigentum des Herrn Wolfgang Esser befunden haben. Wie sollte das den auch gehen? Gerügt wird abschließend noch die vorsätzliche Nichtbeachtung der Entlastungszeugen die von dem mittels korrupten Strafbefehl vom 14.11.2017 zu Unrecht Verurteilten, der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen schon in einem seiner Schreiben aus November 2017, nachweislich mitgeteilt worden waren.

Strafverfahren wegen „Verbotene Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen“.

- 1.) Mit Verweis auf den o. g. Strafbefehl vom 14.11.2017 wegen dem Vorwurf der „Versuchten Unterschlagung“ und der wegen dem erhobenen Einspruch des zu Unrecht Verurteilten gegen diesen korrupten Strafbefehl kurz darauf angesetzten Gerichtsverhandlung zu einem Termin im Januar 2018 am AG Bad Oeynhausen und hier nun plötzlich sogar wegen „Unterschlagung“ in derselben Angelegenheit und der dann erneut hastigen korrupten Abladung zu dieser Gerichtsverhandlung und der darauffolgenden eiligen Überführung des Strafbefehls mit dem Gz.: 5 Cs-901 Js 438/17-442/17 in ein neues Verfahren mit Datum der Anklageschrift vom 27.11.2017 Gz.: 85 Ds 601 Js 676/17-218/17 und nun plötzlich sogar vor dem Strafrichter Herrn Dr. CORNELIUS kommt mit Verweis auf die o. g. Ankündigung im Internet vom Januar 2017 https://wiki.sonnenstaatland.com/wiki/Axel_Thiesmeier nun erneut die

Mensch Jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen Jörg gottfried siegfried pagels. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbsternächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als Preuße. Hoheitlich für den deutschen Staat handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum Schutz des deutschen Volkes nach *ius cogens*, *ius indigenatus* und *ius naturalis* um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die sofortige Umsetzung des Art. 20 a Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal und im Auftrag des Staates DEUTSCHLAND (GERMANY) tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). Exterritorialität nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe WÜD, WÜK). Hinweis: Die NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/zurückgewiesen.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund-**, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (RuStAG vor 1913 = **Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch Jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Vermutung auf, dass der mittels nicht haltbaren und geplanten Strafbefehl vom 14.11.2017 zu Unrecht Verurteilte, nun mit der neuen Anschuldigung eine Straftat (vgl. „Verbotene Mitteilung über Gerichtsverhandlungen“) begangen zu haben, nun doch noch einer geplanten/verabredeten Verurteilung durch Kriminelle der BRD-Justiz, zugeführt werden kann.

- 2.) Zu beachten bleibt dabei die Tatsache, dass **alle Vorwürfe** die der Anklageschrift vom 27.11.2017 zu entnehmen sind, **nicht** der Wahrheit entsprechen und auch sofort durch die zu Unrecht Beklagten **gerügt** worden sind. Es wird dabei auch auf den Verstoß gegen den Art. 139 GG i. V. mit dem Verstoß gegen §§ 86, 86a StGB/analog i. V. mit dem Verstoß gegen §§ 130, 138 StGB/analog durch die Anklagevertretung Frau **LEA GROCHOWSKI** als Bedienstete/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld verwiesen. Die zu Unrecht Beklagten lehnen die **NAZI-Staatsangehörigkeit „deutsch“** von 1934 ab und bestehen auch weiterhin auf ihre verbriefte **Staatsangehörigkeit** durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913 = **Preußen**) und als Angehörige der indigenen Volksgruppe Germaniten auf die Staatsangehörigkeit **Germanitien**.
- 3.) Es ist mit Verweis auf das **Impressum** der Internetseite **www.joh-nrw.com** und auch mit Verweis auf die **Nutzungsbedingungen** für diese Internetseite, die ebenfalls im Impressum der www.joh-nrw.com **abgerufen** werden können, **ganz klar** zu erkennen, wer der **Eigentümer** und **juristisch Verantwortliche** für diese Internetseite ist. Darüber hinaus wird der Gerichtsstand **Hong Kong** angegeben/benannt. Es ist somit eine vorsätzliche **Unwahrheit**, wenn in der Anklageschrift vom 27.11.2017 die Behauptung aufgestellt wird, dass die zu Unrecht Beklagten **Ausweislich des Impressum** die **Betreiber** dieser Internetseite seien. Dabei bleibt ebenfalls zu beachten, dass der Beklagte **axel thiesmeier** nach Offenkundigkeit und seiner **Bestallung** (vgl. www.mensch-axel.com) seit dem **01. September 2016** überhaupt **nichts mehr** mit der WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland zu tun hat und seit diesem Zeitpunkt **ausschließlich** als Missionar/Pastor der indigenen Volksgruppe Germaniten das Kirchenamt Löhne, Koblenzer Str. 28, 32584 Löhne **leitet**. Der Unterzeichner dieses Schreibens verweist darauf, dass er als Botschafter/Diplomat der Botschaft

Mensch Jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbsternächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **his congenis, his indigenatus** und **his naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des Art. 20 a **Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND** (GERMANY) tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“** im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/zurückgewiesen.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund**-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (RuStAG vor 1913 = **Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Germaniten in Rinteln und als **bestallter Staatsrichter** am Internationalen Menschenrechtstraferichtshof in Löhne, Koblenzer Str. 28, 32584 Löhne **tätig** ist.

- 4.) Der Unterzeichner dieses Schreibens verweist ebenfalls darauf, dass die Behauptungen bzgl. der **veröffentlichten Beschlüsse** im Internet durch die Anklagenvertretung die der Anklageschrift zu entnehmen ist, ebenfalls **nicht** der Wahrheit entspricht. Es wird darauf hingewiesen, dass dem Unterzeichner dieses Schreibens auch am 27.04.2017 persönlich **keinerlei Beschlüsse** bzgl. der Durchsuchungen in Rinteln oder in Löhne durch die befassten „Vertreter des Gesetz und Recht“ **überreicht** worden sind. Gleiches **gilt** für den zu Unrecht Beklagten Menschen **axel**, Mann aus der Familie **thiesmeier**, der während der **Durchsuchung** der Wohnung seiner Bekannten in der **Toilette** gegen seinen Willen **als Geisel** gefangen gehalten wurde. Auch ihm wurden **keinerlei Beschlüsse** bzgl. der Durchsuchung in Vlotho, **ausgehändigt**. Der zu Unrecht Beschuldigte Mensch **axel**, Mann aus der Familie **thiesmeier** hat unmittelbar nach der „Plünderung“ die Wohnung der Bekannten in Vlotho **verlassen** und ist in **seine Wohnung** gefahren, weil er annehmen mußte, dass auch diese Wohnung durchsucht worden sei. **Dem war aber nicht so** und auch die **Büros** der WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland in Detmold, Kassel und Baden Baden waren **nicht** von Durchsuchungen **betroffen**. Somit steht ebenfalls fest, dass in den Medien (vgl. Zeitung, Funk, Fernsehen) **vorsätzlich Lügen** verbreitet worden sind, denn die Justiz-Opfer-Hilfe war ja nachweislich überhaupt **nicht Ziel** der Durchsuchungen. Ausschließlich die Botschaft Germaniten, das Kirchenamt Löhne und eine völlig unbeteiligte **Dritte in Vlotho** waren von diesen Durchsuchungen betroffen. Die Beschlüsse die in Vlotho der **völlig verstörten alten Dame** auf den Tisch hinterlassen worden waren, wurden **einen Tag später** im Briefkasten in Löhne vorgefunden. Dort wurden dann wohl **alle Beschlüsse** durch Angehörige der indigenen Volksgruppe Germaniten **kopiert** und zur Sicherung **an Dritte** weitergegeben. Die Veröffentlichung und die Kommentierung zu den Ereignissen vom 27.04.2017 und der Beschlüsse selbst, **erfolgte** dann durch Angehörige des Vorstand in der Zuständigkeit für Internet und Veröffentlichungen (siehe unter Vorstand auf www.joh-nrw.com) und wurden **ohne** Kenntnis der nun zu Unrecht Beschuldigten, getätigt (**Beweis:** siehe www.joh-nrw.net und dort unter Informationen). Des Weiteren wird durch den Unterzeichner dieses

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als **deutscher Staatsangehöriger** mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/**zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund**-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPr

Schreibens **an Eides statt** erklärt, dass keiner der zu Unrecht Beklagten überhaupt jemals über **Zugangsdaten** der o. g. Internetseiten verfügt hat um dort **überhaupt Veröffentlichungen vornehmen zu können**. Die Strukturen des Vorstandes der WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland und dessen jeweilige Zuständigkeit waren immer **transparent** und seit vielen Jahren auch dem Staatsschutz/Polizei, usw., bekannt. Zu **keinem** Zeitpunkt in all den Jahren wurde gegen den Unterzeichner dieses Schreibens, oder gegen den Menschen **axel**, Mann aus der Familie **thiesmeier**, oder **jürgen niemeyer** als Bürovorsteher der Kanzlei JOH wegen der Internetseite ermittelt und zwar aus dem Grund **nicht**, weil es auch dem befassten Behörden **bekannt** war, dass **niemand** von uns etwas mit der Internetseite zu tun gehabt hat. Auch den korrupten Vorwurf die der Anklageschrift bzgl. eines „**gemeinsamen Tatplans**“ der zu Unrecht Beschuldigten vorgeworfen wird, **rügt** der Unterzeichner dieses Schreibens mit seinen Zeitungsberichten aus 12.2016 zum Nachteil der WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland (vgl. **Jörg Pagels will nicht länger ein "Reichbürger" sein**. Quelle: http://www.lz.de/ueberregional/owl/21517941_Reichsbuerger-steigt-aus-rechtsextremer-Szene-aus.html)(https://www.dewezet.de/region/weserbergland_artikel,-wie-aus-einem-familienvater-ein-reichsbuerger-wurde-_arid,2334525.html)

Mit diesem Beitrag hat sich der Unterzeichner dieses Schreibens **selbst final** aus dem Vorstand der Menschenrechtsorganisation WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland katapultiert und **NIEMAND** aus der indigenen Volksgruppe Germaniten **würde** mit dem Unterzeichner dieses Schreibens, jemals einen **Tatplan** verabreden.

Der Unterzeichner dieses Schreibens bereut heute die Unwahrheiten die diesen Artikeln zum Nachteil der Menschenrechtsorganisation WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/ Deutschland zu entnehmen sind und gibt als entschuldigenden Grund an, dass der Unterzeichner dieses Schreibens damals von mehreren behördlichen Seiten „erpresst“ worden war und letztendlich die Vorgaben der Verleumdungen zum Nachteil der WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland zustimmen mußte.

Soviel dann erst einmal zu den geplanten/korrupten Anschuldigungen in den o. g. Angelegenheiten durch die befassten o. g. Behörden und dem erneuten Versuch der vorsätzlichen Kriminalisierung lebender und beseelten **Menschen** als Angehörige der indigenen Volksgruppe Germaniten durch **kriminelle Bedienstete** der befassten BRD-Justiz.

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hohetlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congens, ius indigenatus und ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD-(OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/**zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund-**, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch **jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels** - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbpr

Gerügt wird ebenfalls erneut die **Respektlosigkeit** des befassten **Justizpersonals** als Bedienstete/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der **Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld** und der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** **gegenüber** den zu Unrecht Beklagten, **insofern** der gesamte vorprozessuale Schriftverkehr weiterhin **völlig ignoriert** und **nicht beantwortet** worden ist.

Vorsorglich wird ebenfalls **erneut** und **wiederholt** die **Verletzung der Grundrechte** (vgl. Art. 1 (1), Art. 2 (1) GG), i. V. mit dem **Rechtsstaatsprinzip** (vgl. Art. 20 (3) GG) des Unterzeichners und dem nun auch offenkundigen **Verfassungsbruch** durch das o. g. befasste **Justizpersonal** als **Volljuristen** der Staatsanwaltschaft Bielefeld und des Amtsgericht Bad Oeynhausen die sich nun nach Offenkundigkeit selbst zu **Straftätern** gemacht haben, **gerügt**.

Somit ergeht eine weitere **Besorgnistrüge** gegen den **Geschäftsführer** der Staatsanwaltschaft Bielefeld Herrn **RALPH KLOM**, gegen die **Staatsanwältin** Frau **LEA GROCHOWSKI**, gegen den **Direktor** des Amtsgericht Bad Oeynhausen Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** und den **Richter am Amtsgericht** Herrn **Dr. CORNELIUS** wegen der wiederholten **vorsätzlichen** Verletzung des **rechtlichen Gehörs** (vgl. Art. 103 GG) zum Nachteil der zu Unrecht Beklagten.

Herr **WERNER FERDINAND MEIER**, Sie werden als **Direktor** des Amtsgericht Bad Oeynhausen durch die zu Unrecht Beklagten **erneut** dazu **aufgefordert**, sich umgehend/sofort an die Gesetzgebung (vgl. Treu und Glauben) und an das **Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland** zu halten, oder **sofort** den **Rechtsbankrott** in der Bundesrepublik Deutschland zu bestätigen/erklären.

Sie, Herr **WERNER FERDINAND MEIER** als **Direktor** des **Amtsgericht Bad Oeynhausen**, sie werden durch die zu Unrecht Beklagten erneut dazu aufgefordert, **umgehend** die o. g. **Schreiben** der zu Unrecht Beschuldigten zu **beachten** und entsprechend der **Vorlagepflicht** gegenüber den **Prozessparteien** zu reagieren, um **nicht weiter unter Vorsatz** das u. a. **rechtliche Gehör** (vgl. Art. 103 GG/analog) der zu Unrecht Beschuldigten zu **verletzen**.

Mensch **jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hohelicht für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nichte-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/zurückgewiesen.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund**-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (RuStAG vor 1913 = Preußen)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Der Unterzeichner dieses Schreibens fordert die **Generalstaatsanwaltschaften**, die **Justizministerien** in der Bundesrepublik Deutschland, das **Bundesverfassungsgericht** Karlsruhe, sowie **alle Organe der Rechtspflege** in der Bundesrepublik Deutschland auf, dass **illegale, kriminelle und verfassungswidrige** Treiben des Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** als **Direktor des Amtsgericht Bad Oeynhausen** und seiner **Erfüllungsgehilfen** zu unterbinden, um **weiteren Schaden** von der **bundesrepublikanischen Rechtspflege** insgesamt, abzuwenden.

Dieses **Begehren** entsprechend **Treu und Glaube** steht nach **Offenkundigkeit** auch unter dem **Schutz** der nachstehenden **Chartas**: Resolution der **UN – Generalversammlung A/RES/45/120**, **Charta von Paris** für ein neues Europa, **Charta der Grundrechte von Nizza**, **Europ. Charta über die Rechtsstellung der Richterinnen und Richter**, **UNO – Resolution der Generalversammlung A/RES/53/144**, **EU – Annex doc 10111/06**, **UNO – Resolution 217 A (III)**, **UN-Behindertenrechtskonvention**, **Londoner Charta für Menschenrechte**, **Kopenhagener KSZE-Abkommen**, **Haager Landkriegsordnung (HLKO)**.

Gemäß dem „**Justizgewährleistungsanspruch**“, steht den zu Unrecht Beschuldigten auch das **rechtliche Gehör** nach dem Artikel **103 Abs. 1 GG** ; Artikel **25 GG** bei dem befassten Gericht und in den **o. g. Angelegenheit** zu.

Auf Grund der nun **mehrfach** gerügten andauernden **vorsätzlichen Verletzung** des rechtlichen Gehörs (vgl. Art. 103 GG) durch Bedienstete/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen (vgl. auch **Dr. CORNELIUS**) wird Herr **WERNER FERDINAND MEIER** als **Direktor** der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen durch den Unterzeichner dieses Schreibens nun dazu aufgefordert, umgehend/sofort die nachstehenden **Anträge** entsprechend Art. 1 (1), 20 (2) S. 1 i. V. mit Art. 17 i. V. mit Art. 20 (3) Grundgesetz für die Bundesrepublik zu **beantworten**. Die nachstehenden **Anträge** werden zum **Gegenstand der o. g. Angelegenheiten erklärt** und die zu Unrecht Beklagten bestehen auf jeweils sofortigen Beschluss der einzelnen **Anträge** in der Vorverhandlung und somit **noch bevor** überhaupt eine **Hauptverhandlung** in der o. g. Angelegenheit durch einen vermeintlichen Vorsitzenden als Richter am Amtsgericht (vgl. Wortmarke) **eröffnet** wird.

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÖK**). **Hinweis**: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG**/analog abgelehnt/zurückgewiesen.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**
Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>
Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch **jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels** - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Es wird durch den Unterzeichner dieses Schreibens somit beantragt, dass

Antrag Nr. 1

Das Amtsgericht Bad Oeynhausen erbringt eine notarielle Beglaubigung der Gründungsurkunde der Bundesrepublik Deutschland.

Der Unterzeichner dieses Schreibens als Beklagter gibt diesen Antrag Nr. 1, als Niederschrift und schriftlich zu Protokoll und macht ihn zum Gegenstand des o. g. Verfahrens und besteht auf einen sofortigen Beschluß.

Antrag Nr. 2

Das Amtsgericht Bad Oeynhausen erbringt eine notarielle Beglaubigung der Gründungsurkunde des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen.

Der Unterzeichner dieses Schreibens als Beklagter gibt diesen Antrag Nr. 2, als Niederschrift und schriftlich zu Protokoll und macht ihn zum Gegenstand des o. g. Verfahrens und besteht auf einen sofortigen Beschluß.

Antrag Nr. 3

Das Amtsgericht Bad Oeynhausen erbringt den notariell beglaubigten Nachweis seiner Zuständigkeit als **staatliches** Gericht in Bezug auf das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, als höchste und **gültige** Rechtsnorm und **souveräne** Verfassung in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Unterzeichner dieses Schreibens als Beklagter gibt diesen Antrag Nr. 3, als Niederschrift und schriftlich zu Protokoll und macht ihn zum Gegenstand des o. g. Verfahrens und besteht auf einen sofortigen Beschluß.

Antrag Nr. 4

Das Amtsgericht Bad Oeynhausen erbringt den notariell beglaubigten Nachweis, dass am Amtsgericht Bad Oeynhausen und in der Bundesrepublik Deutschland **keine** NS-Gesetze Anwendung finden, in Bezug auf das alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 1, Artikel 1,2 und 3, sowie in **Anlehnung** an Artikel 139 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, als **höchste** Rechtsnorm.

Der Unterzeichner dieses Schreibens als Beklagter gibt diesen Antrag Nr. 4, als Niederschrift und schriftlich zu Protokoll und macht ihn zum Gegenstand des o. g. Verfahrens und besteht auf einen sofortigen Beschluß.

Mensch **jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des Art. 20 a Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/zurückgewiesen.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter Mensch (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (RuStAG vor 1913 = Preußen)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch Jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Antrag Nr. 5

Das Amtsgericht Bad Oeynhausen erbringt den notariell beglaubigten Nachweis über die Gültigkeit/Mängellosigkeit der Geschäftsverteilungspläne für die Jahre 2015 bis 2018 für die Richter und Rechtspfleger (vgl. VwVfG §§ 33, 34, 43, 44, 48, Palandt BGB §§ 125, 126, BeurkG § 49, GVG § 21e/Analog (vgl. großer Kommentar zum GG) von Mangoldt, Klein, Starck, Art. 101 (1), Rn. 52-56).

Der Unterzeichner dieses Schreibens als Beklagter gibt diesen Antrag Nr. 5, als Niederschrift und schriftlich zu Protokoll und macht ihn zum Gegenstand des o. g. Verfahrens und besteht auf einen sofortigen Beschluß.

Antrag Nr. 6

Das Amtsgericht Bad Oeynhausen erbringt den notariell beglaubigten Nachweis (Amtsausweis/Bestallungsurkunde), dass es sich bei den Rechtspflegern die namentlich auf den Geschäftsverteilungsplänen von 2015 bis 2018 stehen um **gesetzmäßige Beamten** entsprechend der gesetzlichen Vorschrift handelt und das am befassten Gericht ausschließlich **deutsches Recht** Anwendung findet.

Der Unterzeichner dieses Schreibens als Beklagter gibt diesen Antrag Nr. 6, als Niederschrift und schriftlich zu Protokoll und macht ihn zum Gegenstand des o. g. Verfahrens und besteht auf einen sofortigen Beschluß.

Antrag Nr. 7

Das Amtsgericht Bad Oeynhausen erbringt den notariell beglaubigten Nachweis über die Staatsangehörigkeit des Herrn Dr. CORNELIUS und die des Unterzeichners dieses Schreibens, in Bezug auf den „geheimen Staatsstreich“ vom 08.12.2010 – BGBL I S. 1864, Art. 1 und auf Basis des Europäischen Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit vom 06.11.1997, Kapitel IV Artikel 12 – „Recht auf Überprüfung“.

Der Unterzeichner dieses Schreibens als Beklagter gibt diesen Antrag Nr. 7, als Niederschrift und schriftlich zu Protokoll und macht ihn zum Gegenstand des o. g. Verfahrens und besteht auf einen sofortigen Beschluß.

Antrag Nr. 8

Das Amtsgericht Bad Oeynhausen erbringt den notariell beglaubigten Nachweis, auf welchen Staat der Herr Dr. CORNELIUS vereidigt wurde und wer, wo und durch was Herr Dr. CORNELIUS legitimiert worden ist, **hoheitliche Aufgaben** übernehmen zu dürfen, da es seit dem 08.05.1945 und durch das BVerfG-Urteil 1 BvR 147/52 vom 17.12.1953 bestätigt, **keine Beamten** mehr gibt.

Der Unterzeichner dieses Schreibens als Beklagter gibt diesen Antrag Nr. 8, als Niederschrift und schriftlich zu Protokoll und macht ihn zum Gegenstand des o. g. Verfahrens und besteht auf einen sofortigen Beschluß.

Mensch Jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/**zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch Jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPr

Antrag Nr. 9

Das Amtsgericht Bad Oeynhausen erbringt notariell beglaubigt den Nachweis, dass sich der Herr Dr. CORNELIUS als **gesetzlicher Richter** an das Gebot der **Rechtssicherheit** gemäß Artikel 20 (3) halten wird, so wie er auch gemäß Art. 1 Abs. 1 Satz 2 GG i. V. mit Art. 19 Abs. 2 GG für die Bundesrepublik Deutschland, ein **fares Verfahren** garantiert.

Der Unterzeichner dieses Schreibens als Beklagter gibt diesen Antrag Nr. 9, als Niederschrift und schriftlich zu Protokoll und macht ihn zum Gegenstand des o. g. Verfahrens und besteht auf einen sofortigen Beschluß.

Antrag Nr. 10

Das Amtsgericht Bad Oeynhausen erbringt notariell beglaubigt den Nachweis, dass **alle** Beschlüsse, Urteile, Strafbefehle, Verfügungen **rechtmäßig** entsprechend der **gesetzlichen** Vorschrift durch den zuständigen **gesetzlichen** Richter mit **vollständigen** Namen, also **gemäß** der Formvorschriften nach BGB §§ 125, 126, i. V. mit § 37 VwVfG Abs. 3 **unterschrieben** am Amtsgericht Bad Oeynhausen vorliegen.

Der Unterzeichner dieses Schreibens als Beklagter gibt diesen Antrag Nr. 10, als Niederschrift und schriftlich zu Protokoll und macht ihn zum Gegenstand des o. g. Verfahrens und besteht auf einen sofortigen Beschluß.

Die **Anträge** erfolgen **ausdrücklich** mit dem **Hinweis** auf der **u. a. gesetzlichen Auskunfts- und Vorlagepflicht** gegenüber einer **Prozesspartei** (vgl. (vgl. Artikel 6 Abs. 3 c EMRK; Artikel 19 Abs. 4 GG i. V. mit Artikel 25 ; Artikel 2 Abs. 1 GG und Artikel 20 Abs. 3 + 4 GG i. V. mit Artikel 101, 103 GG, §§ 99, 117 VwGO, §§ 138, 139, 291 ZPO, §§ 16, 21 GVG, (**Justizgewährleistungsanspruch**) und um sich bei weiteren Verstößen gegen gültige Rechtsnormen durch das **Amtsgericht Bad Oeynhausen** nicht selbst der **Täterschaft** schuldig zu machen (vgl. § 138 (3)/analog).

Der Unterzeichner dieses Schreibens fordert somit entsprechend der **gesetzlichen** Vorschrift eine **dezidierte Ausführung** zu allen **10** Anträgen noch **bevor** am **05.04.2018** die o. g. Angelegenheit durch einen Bediensteten/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen **eröffnet** wird.

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/zurückgewiesen.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund-**, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch **jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels** - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Bis zur Erbringung der **Nachweise** liegt auch weiterhin der Verdacht des **treuwidrigen** Verhaltens als grober Verstoß gegen § 242 BGB/Analog nahe. Gemäß § 242 BGB Rn-Nr. 17, Palandt Beck'sche Kurzkommentare 65. Auflage 2006 gilt der Grundsatz von **Treu und Glauben** auch für das gesamte öffentliche Recht.

Gerügt wird der Verstoß gegen Gesetz und Recht !

Entzug des gesetzlichen Richters unter Vorsatz durch Herrn Dr. CORNELIUS

GG Art. 101, GVG § 16 (vgl. WRV Art. 102, 105, 107)

Verstoß gegen Gesetz und Recht (vgl. GG Art. 1 (3), 19, 20 (3), 97 (1), 100 (2), 101, 103, 139/analog) wegen u. a. auch vorsätzlicher **Anwendung** von **Nazi-Gesetzen** durch die **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen, bzw. deren Angestellte und Bedienstete als **Richter** und **Rechtspfleger** (vgl. **Justizbeitreibungsordnung von 1937**).

Der Unterzeichner dieses Schreibens fordert den **Direktor** der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen **Herrn WERNER FERDINAND MEIER** weiterhin auf, **pflichtgemäß** seiner **Dienstobliegenheit** und hiernach entsprechend der **gesetzlichen Vorschrift** zu reagieren und dem Unterzeichner dieses Schreibens sein **rechtliches Gehör** zu **gewähren** und entsprechend der **Vorlagepflicht** und des **Justizgewährleistungsanspruches** die o. g. **Anträge** nach **Treu und Glauben** dezidiert/**konkretisiert**, umgehend/**sofort** nach Faxeingang zu **beantworten**.

Andernfalls ist der Verfügung auf **Folgenbeseitigung** durch **Rückabwicklung** wegen offenkundiger **Grundrechteverletzung**, umgehend/**sofort** zu folgen.

Wer vor den Folgen seines Tuns oder Unterlassens die Augen verschließt, muß es sich gefallen lassen, wie ein Rechtsverstoßender behandelt zu werden. Der Handelnde braucht sich der Sittenwidrigkeit seines Tuns nicht notwendig bewußt zu sein; es genügt, wenn er die Tat kennt, aus der sich die Sittenwidrigkeit ergibt. (RG 161, 233, BGH LM (Ca) Nr. 1 , WPM 82, 830). Dem steht es gleich, wenn er sich der Kenntnis einer erheblichen Tatsache bewußt oder grob fahrlässig verschließt (BGH 10, 233, 20, 52, NJW 51, 397).

Mensch **jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hohelicht für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/**zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, **Grund**-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**

Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>

Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch **jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels** - Menschenrechtsverteidiger gem. **UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPr**

Nur für den Fall, dass sich das **befasste Behörden-/Gerichtspersonal** oder **beruflich** in der Bundesrepublik zugelassene **Juristen** oder **Volljuristen** (vgl. Kammerzwang) weiterhin an eine nachweislich und bewiesenen **rechtsgrundlagenlose** Rechts- und Gesetzesauffassung **festgehalten** wollen, wird präventiv bereits jetzt darauf hingewiesen, dass gemäß den Bestimmungen der Artikel 1, 2, 5, 12,17 und 30 **AllgErkIMenschenR**, den Bestimmungen der Artikel 1, 5, 7, 8, 14, 17 und 18 **IPbürgR** (BGBl. 1973 II S. 1534), den Bestimmungen der Artikel 1, 5, 11 und 12 **IPwirtR** (BGBl. 1973 II S. 1570) und den Bestimmungen der Artikel 1 und 2 **UN-Folterkonv.** (BGBl. 1990 II S. 246) in Verbindung mit **Artikel 25 GG** jeder persönlich für seine Handlungen und insgesamt gesamtschuldnerisch haftend verantwortlich ist und dafür auch persönlich zivil- und strafrechtlich belangt werden kann (vgl. **§ 5 VStGB**). Diese Tatsache sollte bei allen **weiteren Handlungen** mit Verweis auf die **gültigen Handelsbedingungen** des Unterzeichners dieses Schreibens, in die Überlegungen des **privat Haftenden** einbezogen werden.

Beamter muß beweisen, dass sein Verhalten nicht ursächlich ist/war. Vorschrift: BGH NJW 83, 2241 (vgl. BAT § 14, BGB §§ 839, 840 in Folge mit BGB §§ 823, 830).

Vom Beschwerdeführer/Unterzeichner dieses Schreibens wird in diesem Zusammenhang **vorsorglich** festgestellt, dass er **nicht** gewillt ist, die **Verletzung** seiner Abstammungs-, **Grund**-, Menschen- und **Völkerrechte** durch stillschweigende Duldung zu heilen. Verfahrensbevollmächtigt/Prozessbevollmächtigt sind ausschließlich die **titulierten Ansprüche** des zu Unrecht Angeklagten/Beschuldigten.

Alle Verträge, die **eventuell** versehentlich und unter **Täuschung im Rechtsverkehr** Ihrerseits durch **konkludentes Handeln** meinerseits in der Vergangenheit zustande gekommen sind, **z. B.** Annahme von Akten- und Geschäftszeichen, werden **hiermit ausdrücklich widerrufen** und **gekündigt/zurückgewiesen**. In diesem Zusammenhang wird hier **vorsorglich** auf § 119, 120, 142(1) BGB/analog verwiesen.

Die freiwillige Gerichtsbarkeit und nicht staatliche Privatgerichte mit ihren korrupten Hausordnungen, sowie die Anwendung des Seerechtes wird durch den Unterzeichner dieses Schreibens abgelehnt und unwiderruflich zurückgewiesen.

Mensch **jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum Schutz des deutschen Volkes nach **ius cogens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des Art. 20 a Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. Nicht-BRD(OMF)-Angehöriger/Personal und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÖD, WÖK**). **Hinweis:** Die **NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“** im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/zurückgewiesen**.

jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG vor 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583166-172044-010053
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**
Handelsbedingungen abrufbar: <https://www.magentacloud.de/share/qtg650hsag>
Korrespondenz-/Meldeanschrift: Koblenzer Str. 28, [32584] Löhne

Mensch Jörg gottfried siegfried, Mann aus der Familie pagels - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Nachfolgend erhält der **Direktor** der Firma **Amtsgericht Bad Oeynhausen**, Herr **WERNER FERDINAND MEIER** noch einmal den Nachweis der Auskunftfei **D&B** über den Eintrag der Firma **Amtsgericht Bad Oeynhausen** und des **Landgericht Bielefeld** als **Unternehmen**, sowie die **verbindliche** Bestätigung von **D&B**, dass dort ausschließlich **Firmen** und **Unternehmen** gespeichert werden.

ANLAGEN als NIEDERSCHRIFT und schriftl. zu Protokoll !!!

Mit entsprechendem Respekt

Deutschland



Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**

Mensch **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **jörg gottfried siegfried pagels**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des Art. 20 a **Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). **Hinweis:** Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**
Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>
Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

axel thiesmeier - Alte Dorfstraße 7 - [31737] Rinteln

Firma
Amtsgericht Bad Oeynhausen
z. Hd. Geschäftsführung
Bismarckstr. 12
32545 Bad Oeynhausen

per Fax: 05731 / 158 228
Verteiler (Art. 20 (4) GG, i. V. mit
§§ 32, 113 (3), 138 StGB/analoge)

03. April 2018

Rinteln, am Dienstag, dem
zweiten Tage des vierten
Monats im Jahre
zweitausendachtzehn

Betr.: 5 Cs-901 Js 438/17-442/17 = Abgelehnt/Zurückgewiesen von Anfang an.
Betr.: 85 Ds 601 Js 676/17-218/17 = Abgelehnt/Zurückgewiesen von Anfang an.
Az.: 2588/BGB823/839/2017 - EMRK/HLKO/IPbPR-MENSCH-at

Sehr geehrter Herr **WERNER FERDINAND MEIER**,
sehr geehrter Herr **Dr. CORNELIUS**,

bzgl. der Schreiben vom **22.11.2017, 29.11.2017, 15.12.2017, 02.01.2018 und 09.03.2018** ergeht durch den Unterzeichner dieses Schreibens gegen Ihre Personen als Bedienstete/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis der Firma (vgl. UStG § 2 b/analog) Amtsgericht Bad Oeynhausen eine weitere **Besorgnisrüge** wegen der weiter andauernden vorsätzlichen **Verletzung** des **rechtlichen Gehörs** zum Nachteil des Unterzeichners dieses Schreibens und dem **Verstoß** gegen das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland.

Ohne Anerkennung jeder **Rechtspflicht** oder **Zuständigkeit** gegenüber der Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld und der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen wird durch den Unterzeichner dieses Schreibens **erneut** darauf hingewiesen, dass sich der Unterzeichner dieses Schreibens bisher zwar am **Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland und sich darauf stützende **Gesetze** sowie an **höchstrichterliche** Rechtsprechungen (vgl. **§ 31 GVerfGG**) der Bundesrepublik Deutschland, bei **Wertschätzung** der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung, nach **Treu und Glauben** orientiert und **verinnerlicht** hat, diese Rechtsorientierung durch die Bediensteten/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld und der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen **jedoch** bisher **völlig ignoriert** worden ist und auch **weiterhin ignoriert** wird.

Mensch **axel**, Mann aus der Familie **thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPr

Somit ergeht durch den Unterzeichner dieses Schreibens, im **Kampf** um das **Recht**, als **rechtswidrig** unter Zwang gesetzten **unschuldig politisch Verfolgten** und Ehr verletzten, Übel nachgeredeteten, **verunglimpften/diskriminierten, verleumdeten, arglistig getäuschten** sowie zudem **genötigten** Unterzeichner dieses Schreibens, wegen vorsätzlicher völlig **frei** erfundener **Anschuldigungen** die dem **Strafbefehl** vom **14.11.2017** zu entnehmen sind, sowie die zur **arglistischen Täuschung** im Rechtsverkehr geeignete **Anklageschrift** vom **27.11. 2017** unter dem Geschäftszeichen **601 Js 676/17** der **Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld**, mangels hinreichender bestimmter **förmlicher Zustellung** und mangels **Willenserklärung**, mangels **staatlicher Ämter, Behörden, Dienststellen, Gerichte und Verwaltungen** in der Bundesrepublik Deutschland, mangels **rechtskräftiger Normen**, mangels **Rechtsicherheit** und damit wegen falschen **Rechtsschein** und **Übervorteilung** eine **erneute** und unwiderrufliche **Ablehnung** und **Zurückweisung** des **Strafbefehls** vom **14.11.2017** und der **Anklageschrift** vom **27.11.2017**.

Die **Ablehnung** und **Zurückweisung** des **Strafbefehls** vom **14.11.2017** und der **Anklageschrift** vom **27.11. 2017** erfolgt ebenfalls wegen dem **begründeten Verdacht** von;

1. Formmangel (vgl. §§ 125, 126 BGB/analoge)
2. Rechtswidriger Versuch der Anwendung aufgehobener Grundrechtsnormen, hier Strafprozessordnung (vgl. StPO, StGB)
3. Amtsanmaßung (vgl. §§ 132, 132a StGB/analoge)
4. Täuschung im Rechtsverkehr (vgl. § 270 StGB/analoge)
5. Mittelbare Falschbeurkundung (vgl. § 271 StGB/analoge)
6. Betrug (vgl. § 263 StGB/analoge)
7. Nötigung (vgl. § 240 StGB/analoge)
8. Bedrohung (vgl. § 241 StGB/analoge)
9. Politische Verdächtigung (vgl. § 241a StGB/analoge)
10. Volksverhetzung (vgl. § 130 StGB/analoge)
11. Anleitung zu Straftaten (vgl. § 130a/analoge)
12. Nichtanzeige geplanter Straftaten (vgl. § 138 StGB/analoge)
13. Belohnung und Billigung von Straftaten (vgl. § 140 StGB/analoge)
14. Hochverrat gegen Bund oder ein Land (vgl. §§ 81, 82 StGB/analoge)
15. Anwendung von NAZI-Gesetzen (vgl. Staatsangehörigkeit „Deutsch“ von 1934, Justizbeitreibungsordnung vom 11.03.1937, u.a.)
16. Verstoß (Kriegsverbrechen nach Art. 46 und 47) gegen das „Abkommen betreffend der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges“ vom 18.10.1907 (RGL. 1910 S. 107) Hager Landkriegsordnung (HLKO)
17. Entzug des gesetzlichen Richters unter Vorsatz (vgl. Art. 101 GG i. V. mit § 16 GVG/analoge)

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von **1934** wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

18. Entzug der rechtlichen Gehörs unter Vorsatz (vgl. Art. 103 GG/analoge)

19. Missachtung/Verstoß gegen Art. 1(1), 20 (2) S. 1 i. V. mit Art. 17, 20(3), 25 GG

sowie weiterer möglicher Straftaten, die sich aus den o. g. Angelegenheiten zum **Nachteil** des Unterzeichners dieses Schreibens, noch **ergeben** sollten.

Gerügt wird durch den Unterzeichner dieses Schreibens ebenfalls,

Beschwerde/Rüge 1.)

Amtsgericht Bad Oeynhausen

Geschäfts-Nr.: 5 Cs 901 Js 438/17 – 442/17

(Bitte bei allen Schreiben an das Amtsgericht

- insbesondere bei Einlegung eines Rechtsmittels - angeben!)

Ort und Tag

Bad Oeynhausen, 14.11.17

Anschrift und Fernruf

Bismarckstr. 12, 32545 Bad Oeynhausen

Telefon: 05731/158226

Rechtskräftig seit

Bad Oeynhausen, den

.....
als Urkundsbeamtin/Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

Strafbefehl

gegen

Herrn Axel Thiesmeier, Rentner,

geschieden

geboren

am 23.09.1956 in Bad Oeynhausen, Staatsangehörigkeit: deutsch

wohnhaft

██████████, 32602 Vlotho

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Bielefeld wird gegen Sie

wegen versuchter Unterschlagung

- Vergehen nach §§ 246 Abs. 1, Abs. 3, 22, 23 StGB -

eine Geldstrafe von 40 Tagessätzen zu je 20,00 Euro (= 800,00 Euro) festgesetzt.

Gemäß § 465 StPO werden Ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Der **Strafbefehl** vom 14.11.2017 richtet sich gegen eine **juristische Person** Herrn Axel Thiesmeier, Rentner, **geschieden**, geboren am 23.09.1956 in Bad Oeynhausen mit der **NAZI-Staatsangehörigkeit „deutsch“** von 1934, **wohnhaft** ██████████ 32602 Vlotho wegen **„versuchter Unterschlagung“**.

Gerügt wird durch den Unterzeichner dieses Schreibens die **vorsätzliche** und völlig **rechtmisbräuchliche** Anwendung der **NAZI-Staatsangehörigkeit „deutsch“** durch **Bedienstete / Personal** (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld und der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen (vgl. **Verstoß** gg. 86, 86a, 130 StGB/analoge).

Mensch **axel**, Mann aus der Familie **thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“** im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog **abgelehnt/zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Geschäftsnummer: 5 Cs-901 Js 438/17-442/17	Bezeichnung des Schriftstücks: S. 14.11.17 SB v. 14.11.17	Telefon 05731 1580 Wohlfahrten innerhalb des <input type="checkbox"/> Bezirks des Amtsgerichts <input type="checkbox"/> Bezirks des Landgerichts <input checked="" type="checkbox"/> Inlandes
Herrn Axel Thiesmeier [REDACTED] 32602 Vlotho		Bei der Zustellung zu beachtende Vermerke <input type="checkbox"/> Ersatzzustellung ausgeschlossen. <input type="checkbox"/> Keine Ersatzzustellung an: <input type="checkbox"/> Nicht durch Niederlegung zustellen. <input type="checkbox"/> Mit Angabe der Uhrzeit zustellen.
32602 Vlotho		

**Amtsgericht Bad Oeynhausen
-Geschäftsstelle-**



-5- Amtsgericht Bad Oeynhausen, Bismarckstr. 12, 32545 Bad Oeynhausen

Herrn
Axel Thiesmeier
[REDACTED]
32602 Vlotho

14.11.2017
Seite 1 von 1

Aktenzeichen
5 Cs-901 Js 438/17-442/17
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter
Herr Brose
Durchwahl
05731 158-226

Die **nichtige** Zustellung des **Strafbefehl** vom **14.11.2017** an die juristische Person **Herrn Axel Thiesmeier**, [REDACTED], 32602 Vlotho ging nach Offenkundigkeit (vgl. § 291 ZPO/analog) **ins Leere** und wurde mit Schreiben vom **20.11.2017** durch die **RAin Frau** [REDACTED] aus Vlotho **im Auftrag** an das Amtsgericht Bad Oeynhausen zurückgesandt. **Begründung:** Unter der der genannten Adresse ist **kein Herr Axel Thiesmeier** gemeldet noch in **Wohnhaft**.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>
Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Alle **Angaben/Anschuldigungen** die dem **Strafbefehl** vom **14.11.2017** zu entnehmen sind, wurden mittels Schreiben vom **22.11.2017 abgelehnt** und **unwiderruflich** zurückgewiesen.

Gerügt wird somit auch die **vorsätzliche** Nichtbeachtung der durch den Unterzeichner dieses Schreibens genannten **Zeugen**, die dem Schreiben vom **22.11.2017** zu entnehmen sind (vgl. Seite 3). **Gerügt** wird vorsorglich ebenfalls auch die **Nichtbeachtung** des Schreibens an den **Direktor** der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen, Herrn **WERNER MEIER**, vom **29.11.2017**. Per Fax übersandt am **30.11.2017**.

Beschwerde/Rüge 2.)

Amtsgericht Bad Oeynhausen



-5- Amtsgericht Bad Oeynhausen, Bismarckstr. 12, 32546 Bad Oeynhausen

**Herrn
Axel Thiesmeier
Alte Dorfstr. 7
31737 Rinteln**

11.12.2017

Seite 1 von 1

Aktenzeichen

5 Cs-901 Ja 438/17-442/17

bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter

Herr Brose

Durchwahl

05731 158-226

Mit Datum **13. 12. 2017** wurde im **Briefkasten** der **Botschaft Germanitien**, Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln, eine **Zustellung** des Amtsgericht Bad Oeynhausen an eine juristische Person **Herrn Axel Thiesmeier**, Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln **aufgefunden**, die eine **Ladung** für einen hier völlig **unbekannten** Herrn **Axel Thiesmeier**, **Sandweg 25, 32549 Bad Oeynhausen** zu einer **Hauptverhandlung** am **24.01.2018** wegen **Unterschlagung** beinhaltete.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von **1934** wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG**/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>
Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Amtsgericht Bad Oeynhausen



-5- Amtsgericht Bad Oeynhausen, Bismarckstr. 12, 32545 Bad Oeynhausen

24.11.2017

Herrn
Axel Thiesmeier
Sandweg 25
32549 Bad Oeynhausen

Aktenzeichen
5 Cs-901 Js 438/17-442/17
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter
Herr Brose
Durchwahl
05731 158-226

Ladung

Sehr geehrter Herr Thiesmeier,

in Ihrer Strafsache wegen Unterschlagung werden Sie auf Anordnung
des Gerichts zur Hauptverhandlung geladen.

Der Termin findet statt am

Mittwoch, 24.01.2018, 12:00 Uhr,

**1. Etage, Sitzungssaal 13, Bismarckstr. 12, 32545 Bad
Oeynhausen**

Dieser Ladung für einen hier völlig unbekanntem Herrn Axel Thiesmeier, Sandweg 25, 32549 Bad Oeynhausen zu einer Hauptverhandlung am 24.01.2018 wegen Unterschlagung und mit einem exakt gleichem Geschäftszeichen 5 Cs-901 Js 438/17-442/17 wie er dem Strafbefehl vom 14.11.2017 gegen Herrn Axel Thiesmeier, [REDACTED], 32602 Vlotho, wegen versuchter Unterschlagung, zu entnehmen ist, war dann noch der nachstehende Beschluss mit Datum 24.11.2017 und ohne Unterschrift des Willenserklärenden, beigefügt.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen axel thiesmeier.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als Preuße. Hohetlich für den deutschen Staat handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum Schutz des deutschen Volkes nach ius congenis, ius indigenatus und ius naturalis um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die sofortige Umsetzung des Art. 20 a Grundgesetz zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal und im Auftrag des Staates DEUTSCHLAND (GERMANY) tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). Extraterritorialität nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe WÜD, WÜK). Hinweis: Die NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/zurückgewiesen.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Beglaubigte Abschrift

5 Cs-901 Js 438/17-442/17



Amtsgeschichte Bad Oeynhausen

Beschluss

In der Strafsache

gegen **Axel Thiesmeier,**
geboren am **23. September 1956** in **Bad Oeynhausen, Rentner,**
deutscher Staatsangehöriger, ledig,
wohnhaft **Sandweg 25, 32549 Bad Oeynhausen,**

Das persönliche Erscheinen des Angeklagten wird gemäß § 236 StPO angeordnet.

Bad Oeynhausen, 24.11.2017

Amtsgeschichte

Meier

Direktor des Amtsgeschichts

Beglaubigt

Brose

Justizhauptsekretär



Beschwerde/Besorgnisrüge/Strafantrag erfolgt durch den Unterzeichner dieses Schreibens als **Bevollmächtigten** in den o. g. **Angelegenheiten**, wegen dem **begründeten Verdacht** des ggf. **vorsätzlichen Prozessbetruges** durch den **Direktor** des Amtsgeschichte Bad Oeynhausen als **Willenserklärenden**.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RE/56/83 Art. 9 u. 11** / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>
Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Begründung zur Beschwerde/Besorgnisrüge/Strafantrag:

Der **Strafbefehl** vom **14.11.2017** richtet sich gegen eine **juristische Person** Herrn **Axel Thiesmeier**, Rentner, **geschieden**, geboren am 23.09.1956 in Bad Oeynhausen mit der **NAZI-Staatsangehörigkeit „deutsch“** von 1934, **wohnhaft** [REDACTED] 32602 Vlotho wegen **„versuchter Unterschlagung“**.

Die **Ladung** und der **Beschluss** vom **24.11.2017** richtet sich nun gegen Herrn **Axel Thiesmeier**, geboren am 23. September 1956 in Bad Oeynhausen, Rentner, **deutscher Staatsangehöriger**, **ledig**, wohnhaft **Sandweg 25, 32549 Bad Oeynhausen** wegen **Unterschlagung** und ist somit nach Offenkundigkeit (vgl. § 291 ZPO/analog) **nicht identisch** mit der **juristischen Person** Herrn **Axel Thiesmeier**, Rentner, **geschieden**, geboren am 23.09.1956 in Bad Oeynhausen mit der **NAZI-Staatsangehörigkeit „deutsch“** von 1934, **wohnhaft** [REDACTED] 32602 Vlotho, der mittels **Strafbefehl** vom **14.11.2017** wegen der **versuchten Unterschlagung** verurteilt worden war.

Begründungen/Erinnerung zum Verdacht des vorsätzlichen Prozessbetruges:

- 1.) **Strafbefehl** vom **14.11.2017** erfolgte wegen dem Tatvorwurf der **„versuchter Unterschlagung“**.
- 2.) **Ladung/Beschluss** vom **24.11.2017** zu einer Hauptverhandlung am **24.01.2018, 12:00 Uhr**, erfolgte nun wegen dem Tatvorwurf der **„Unterschlagung“**.
- 3.) **Identisches Geschäftszeichen: 5 Cs-901 Js 438/17-442/17** bei völlig unterschiedlichen Anschuldigungen, durch den Direktor des Amtsgericht Bad Oeynhausen.
- 4.) Die ggf. auch vorsätzlich geplanten Anschuldigungen, erfolgten gegenüber zweier völlig unterschiedlicher Adressaten mit unterschiedlichem Familienstand (vgl. geschieden, ledig), unterschiedlichen Angaben zur Wohnhaft und unterschiedlichen Angaben zur Staatsangehörigkeit, wobei die Angabe **„deutsch“** absolut strafrelevant und die Angabe **„deutscher Staatsangehöriger“** überhaupt keine Staatsangehörigkeit ist/ausmacht.
- 5.) Schon mit Datum **13.01.2017** war auf der Internetseite **„Sonnenstaatland“**, die im Internet generell dem Staatsschutz/Verfassungsschutz zugerechnet wird, zu lesen, dass gegen Axel Thiesmeier ein Strafverfahren läuft.

Wörtlich ist bis heute dort zu lesen:

Mensch **axel**, Mann aus der Familie **thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“** im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>
Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Die genauen Hintergründe sind unbekannt, neben dem zu erwartenden Strafrahen fällt jedoch nach Auskunft der zuständigen Staatsanwaltschaft eine Verurteilung wegen Volksverhetzung nicht ins Gewicht. Hier darf somit vom Unterzeichner dieses Schreibens von ggf. auch vorsätzlich geplanten Verurteilungen und dem Straftatbestand „Verbotene Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen“ (vgl. Verstoß gegen § 353d StGB/analog) durch die zuständige Staatsanwaltschaft ausgegangen werden, zumal zu diesem Zeitpunkt (vgl. 13.01.2017) überhaupt noch keine Gerichtsverhandlung gegen Axel Thiesmeier anhängig gewesen war.

Beweis:

Seite: [Übersicht](#) Grafik

Leben: [Quelle anzeigen](#) [Verlaufs Geschichte](#) 1/1

Axel Thiesmeier

Axel Thiesmeier ist deutscher Rechtsextremist und Reichsbürger aus Jöhne und führendes Mitglied der staatsfeindlichen Justiz-Opfer Hilfe

Rechtsextreme Aktivitäten

Bis zu deren Verbot war Thiesmeier Mitglied der rechtsextremen Vereinigung "Collegium Humanum" in Volkm ¹⁾

Straftaten

Am 13.01.2017 wurde bekannt, dass gegen Axel Thiesmeier ein Strafverfahren läuft ²⁾. Die genauen Hintergründe sind unbekannt, neben dem zu erwartenden Strafrahen fällt jedoch nach Auskunft der zuständigen Staatsanwaltschaft eine Verurteilung wegen Volksverhetzung nicht ins Gewicht ³⁾

Einzelnachweise

- ¹⁾ [otto-magazin.de](#): Die Situation der „Menschen“ und der Justiz-Opfer-Hilfe
- ²⁾ [BRD.de](#): im Anti-Rechtsdeppenforum
- ³⁾ [BRD.de](#): im Anti-Rechtsdeppenforum

Kategorien: [Rechtsextremisten](#) [Reichsbürger](#) [Germaniten](#)

Diese Seite wurde zuletzt am 24. Januar 2017 um 11:14 Uhr geändert.
Der Inhalt der Vorlage stellt die Meinung der Autoren dar und ist nicht als Rechtsberatung zu verstehen. Die Informationen sind nicht anders angegeben.
Datenschutz: [zum Datenschutzbildschirm](#) [Hilfungsanweisungen](#) [Mobile Ansicht](#)



„Verbotene Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen“ (vgl. Verstoß gegen § 353d StGB/analog) durch die zuständige Staatsanwaltschaft.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>
Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Beschwerde/Rüge 3.)

Mit Schreiben vom 15.12.2017 wurde gegenüber dem Direktor des Amtsgericht Bad Oeynhausen, Herrn WERNER FERDINAND MEIER, durch den Unterzeichner dieses Schreibens die völlig unterschiedlichen Anschuldigungen in Bezug auf den Strafbefehl vom 14.11.2017 und der Ladung vom 24.11.2017, sowie auf die völlig unterschiedlichen Postanschriften und Staatsangehörigkeiten, gerügt (vgl. Seite 2).

Amtsgericht Bad Oeynhausen



-5- Amtsgericht Bad Oeynhausen, Bismarckstr. 12, 32545 Bad Oeynhausen

22.12.2017

Herrn
Axel Thiesmeier
Alte Dorfstr. 7
31737 Rinteln

Aktenzeichen
5 Ca-801 Js 438/17-442/17
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter
Herr Brose
Durchwahl
05731 158-225

Abladung

Sehr geehrter Herr Thiesmeier,

in der Strafsache gegen Thiesmeier findet der Termin vom 24.01.2018 nicht statt. Sie brauchen daher an diesem Tag nicht zu erscheinen. **Grund der Aufhebung: beabsichtigte Verbindung mit dem Verfahren 85 Ds 601 Js 676/17-218/17.**

Mit freundlichen Grüßen

Brose

Justizhauptsekretär

- automatisch erstellt, ohne Unterschrift gültig -

Anschrift
Bismarckstr. 12
32545 Bad Oeynhausen

Mit Datum 27.12.2017 erreichte die juristische Person Herrn Axel Thiesmeier, Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln, sowohl eine Abladung zu dem anberaumten Termin zu einer Hauptverhandlung am 24.01.2018, 12:00 Uhr, 1. Etage, Sitzungssaal 13, Bismarckstraße 12, 32545 Bad Oeynhausen, als auch der nachstehende Beschluss mit Datum 22.12.2017, wegen angeblicher Unterschlagung.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen axel thiesmeier.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG**/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Ausfertigung

5 Cs-901 Js 438/17-442/17



Amtsgeschäftsbereich Bad Oeynhausen

Beschluss

In der Strafsache

gegen **Axel Thiesmeier,**
geboren am 23. September 1956 in Bad Oeynhausen, Rentner,
deutscher Staatsangehöriger, ledig,
wohnhaft Alte Dorfstr. 7, 31737 Rinteln,

wegen **Unterschlagung**

wird das Verfahren gemäß § 4 StPO zum Zwecke der Verbindung mit dem Verfahren

85 Ds 601 Js 676/17-218/17

an die hiesige Abteilung 85 Ds abgegeben.

Bad Oeynhausen, 22.12.2017

Amtsgeschäftsbereich

Meier

Direktor des Amtsgeschäftsbereichs

Ausgefertigt

Brose, Justizhauptsekretär

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle



Mit dem Beschluss vom 22.12.2017 wird nun durch den Direktor des Amtsgeschäftsbereichs Bad Oeynhausen, Herrn WERNER FERDINAND MEIER, das Verfahren mit dem schon bekannten Geschäftszeichen: 5 Cs-901 Js 438/17-442/17 gegen eine weitere juristische Person, nun gegen Herrn Axel Thiesmeier, geboren am 23. September 1956 in Bad Oeynhausen, Rentner, deutscher Staatsangehöriger, ledig, wohnhaft Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln wegen dem erneuten Tatvorwurf der „**UNTERSCHLAGUNG**“ und zum Zwecke der Verbindung mit dem Verfahren 85 Ds 601 Js 676/17-218/17 an die hiesige Abteilung 85 Ds abgegeben. Zu beachten dabei bleibt, dass es überhaupt keinen Strafbefehl wegen dem Tatvorwurf der „**UNTERSCHLAGUNG**“ gibt und sich auch überhaupt kein gleichlautender oder ähnlicher Tatvorwurf mittels z. B. Anklageschrift gegen die nun im o. g. Beschluss genannte juristische Person Herrn Axel Thiesmeier, Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln, gerichtet hat.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen axel thiesmeier. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**
Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>
Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Zur Erinnerung:

Der **Strafbefehl** vom **14.11.2017** richtet sich gegen eine **juristische Person** Herrn **Axel Thiesmeier**, Rentner, **geschieden**, geboren am 23.09.1956 in Bad Oeynhausen mit der **NAZI-Staatsangehörigkeit „deutsch“** von 1934, **wohnhaf** [REDACTED] 32602 Vlotho wegen **„versuchter Unterschlagung“**.

Die **Ladung** und der **Beschluss** vom **24.11.2017** richtete sich gegen einen **Herrn Axel Thiesmeier**, geboren am 23. September 1956 in Bad Oeynhausen, Rentner, **deutscher Staatsangehöriger**, **ledig**, **wohnhaf Sandweg 25, 32549 Bad Oeynhausen** wegen **Unterschlagung** und ist somit nach Offenkundigkeit (vgl. § 291 ZPO/analog) **nicht identisch** mit der **juristischen Person** Herrn **Axel Thiesmeier**, Rentner, **geschieden**, geboren am 23.09.1956 in Bad Oeynhausen mit der **NAZI-Staatsangehörigkeit „deutsch“** von 1934, **wohnhaf** [REDACTED] 32602 Vlotho, der mittels **Strafbefehl** vom **14.11.2017** wegen der **versuchten Unterschlagung** verurteilt worden war.

Somit bleibt für jedermann zu beachten, dass es weder einen Strafbefehl noch eine Anklageschrift zum Nachteil des Herrn Axel Thiesmeier, Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln, gibt, mit der sich der o. g. Beschluss vom 22.12.2017 der Herrn WERNER FERDINAND MEIER als Direktor des Amtsgericht Bad Oeynhausen zum Zwecke der Verbindung mit dem Verfahren 85 Ds 601 Js 676/17-218/17, rechtfertigen lässt/ließe.

Begründungen/Erinnerung zum Verdacht des vorsätzlichen Prozessbetruges:

Der erlassene **Beschluss** vom **22.12.2017** durch Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** als **Direktor der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen**, ist somit als **Rechtmissbräuchlich und völlig ohne Lebensgrundlage simulierter Tatvorwurf zu erkennen und mit Verweis auf die Rechtsicherheit (vgl. Treu und Glauben) der Rückabwicklung zu zuführen.**

Mit Hinweis auf den Vertrauensschutz, gleichwohl auch mit Verweis auf den Rechtsgrundsatz von Treu und Glauben, sowie dem Wahrheits- und Klarheitsgebot, dem Transparenzgebot, dem Gebot der Bestimmtheit, der Rechtsicherheit, handelt es sich auch mit Verweis auf das Datum der Anklageschrift (vgl. 27.11.2017) der Staatsanwaltschaft Bielefeld und der bisherigen Verweigerung der Justizgewährleistungs- und Vorlagepflicht in dem Verfahren 85 Ds 601 Js 676/17-218/17, nicht um ein rechtsstaatskonformes Strafverfahren. Vorsorglich wird erneut der Entzug des gesetzlichen Richters, die Aktenführung und die Geschäftsverteilungspläne 2015 – 2018 gerügt.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen axel thiesmeier.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“** im BRD-Personalausweis/Reisepass von **1934** wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>
Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbP/R

Beschwerde/Rüge 4.)

Staatsanwaltschaft
601 Js 676/17

Bielefeld, 27.11.2017 45

An das
Amtsgericht
- Strafrichter -

Bad Oeynhausen

Anklageschrift

- 1) Herr Jörg Gottfried Siegfried Pagels,
geboren am 14.03.1967 in Hildesheim,
Staatsangehörigkeit: deutsch,
wohnhaft Koblenzerstr. 28, 32584 Löhne,
- 2) der Rentner Axel Thiesmeier,
geboren am 23.09.1956 in Bad Oeynhausen,
geschieden,
Staatsangehörigkeit: deutsch,
wohnhaft [REDACTED] 32602 Vlotho,

werden angeklagt.

im April 2017 in Löhne und andernorts

gemeinschaftlich
andere amtliche Schriftstücke eines Strafverfahrens ganz oder in wesentlichen Teilen
öffentlich mitgeteilt zu haben, bevor sie in einer öffentlichen Verhandlung erörtert
worden sind oder das Verfahren abgeschlossen ist.

Den Angeeschuldigten wird Folgendes zur Last gelegt:

Mit Datum 27.11.2017 erging dann durch die Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld eine Anklageschrift u. a. auch gegen den Rentner, Axel Thiesmeier, geboren am 23.09.1956 in Bad Oeynhausen, geschieden, Staatsangehörigkeit „deutsch“, wohnhaft [REDACTED], 32602 Vlotho, wegen dem Tatvorwurf/Verdacht der u. a. auch „Verbotenen Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen“ (vgl. Verstoß gg. § 353 d StGB) gemeinsam geplant und ausgeführt zu haben.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen axel thiesmeier.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum Schutz des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter Mensch (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (RuStAG 1913 = Preußen)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>
Korrespondenzanschrift: Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Amtsgericht Bad Oeynhausen
32543 Bad Oeynhausen

Herrn Axel Thiesmeier
32602 Vlotho

05.01.18

85 Ds-601 Js 676/17-
218/17

S. 02.01.18, AS 27.11.2017

Bezirks des Amtsgerichts
 Bezirks des Landgerichts
 Inlandes

Herrn
Axel Thiesmeier
32602 Vlotho

32602 Vlotho

Bei der Zustellung zu beachtende Vermerke

Ersatzzustellung ausgeschlossen.
 Keine Ersatzzustellung an:
 Nicht durch Niederlegung zustellen.
 Mit Angabe der Uhrzeit zustellen.

Die Zustellung des o. g. Strafbefehls vom 27.11.2017 an die juristische Person Herrn Axel Thiesmeier, [REDACTED] 32602 Vlotho erfolgte durch Zustellung in einen fremden Briefkasten am 05.01.2018.

Durch die RAin Frau [REDACTED] aus Vlotho erfolgte dann mit Schreiben vom 08. Januar 2018 im Auftrag der Briefkasten- und Wohnungseigentümerin [REDACTED] 32602 Vlotho, die umgehende Rücksendung der Zustellung vom 05.01.2018 mit dem Hinweis, dass der Adressat des Anschreibens unter der genannten Anschrift weder gemeldet, noch Wohnhaft ist/sei.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen axel thiesmeier.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als Preuße. Hohetlich für den deutschen Staat handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum Schutz des deutschen Volkes nach *ius congens*, *ius indigenatus* und *ius naturalis* um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die sofortige Umsetzung des Art. 20 a Grundgesetz zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal und im Auftrag des Staates DEUTSCHLAND (GERMANY) tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). Exterritorialität nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe WÜD, WÜK). Hinweis: Die NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/zurückgewiesen.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (RuStAG 1913 = Preußen)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>
Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

85 Ds-601 Js 676/17- 218/17	S. 02.01.18, AS 27.11.17	<input type="checkbox"/> Bezirks des Amtsgerichts <input type="checkbox"/> Bezirks des Landgerichts <input checked="" type="checkbox"/> Inlandes
Herrn Axel Thiesmeier Alte Dorfstraße 7 31737 Rinteln		Bei der Zustellung zu beachtende Vermerk <input type="checkbox"/> Ersatzzustellung ausgeschlossen. <input type="checkbox"/> Keine Ersatzzustellung an: <input type="checkbox"/> Nicht durch Niederlegung zustellen. <input type="checkbox"/> Mit Angabe der Uhrzeit zustellen.
31737 Rinteln		

Förmliche Zustellung

Geschäftsnummer: 85 Ds-601 Js 676/17-
218/17
Bezeichnung des Schriftstücks: S. 02.01.18, AS 27.11.17

Herrn
Axel Thiesmeier
Alte Dorfstraße 7
31737 Rinteln

31737 Rinteln

Amtsgericht Bad Oeynhausen, Bismarckstr. 12, 32545
Bad Oeynhausen
Telefon 05731 1560

<input type="checkbox"/> Bezirks des Amtsgerichts <input type="checkbox"/> Bezirks des Landgerichts <input checked="" type="checkbox"/> Inlandes
--

Bei der Zustellung zu beachtende Vermerke:

- Ersatzzustellung ausgeschlossen.
- Keine Ersatzzustellung an:
- Nicht durch Niederlegung zustellen.
- Mit Angabe der Uhrzeit zustellen.

Mit Datum 25.01.2018 wurde der Strafbefehl an eine juristische Person Herrn Axel Thiesmeier, Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln übersandt, die mit der juristischen Person Herrn Axel Thiesmeier, [REDACTED] 32602 Vlotho überhaupt nicht identisch sein kann.

Dabei bleib zu beachten, dass es sich bei juristischen Personen immer um Fiktionen handelt die in der Bundesrepublik Deutschland als Sachen bezüglich von Geburtsurkunden verwaltet werden und laut Personalausweis/Reisepass auch immer mit der NAZI-Staatsangehörigkeit „deutsch“ (vgl. Gleichschaltungsgesetz von 1934) ausgekleidet werden.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hohetlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius cogens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Person** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI-Staatsangehörigkeit** „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog**
Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>
Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbP

Abschließend bleibt für jedermann zu beachten, dass es weder einen Strafbefehl noch Anklageschriften zum Nachteil des Herrn Axel Thiesmeier, Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln, gibt, mit der sich eine Ladung zu einer Geschäftsverhandlung am 05.04.2018 10.00 Uhr in der Sache 85 Ds 601 Js 676/17-218/17 vor dem Strafrichter Herrn Dr. CORNELIUS rechtfertigen lässt/ließe.

Es mangelt mit Verweis auf die Schreiben des Unterzeichners dieses Schreibens vom **22.11.2017, 29.11.2017, 15.12.2017, 02.01.2018** und **09.03.2018** auch weiterhin an der **Aufklärungs-, Fürsorge- und Hinweispflicht**, sowie Erkenntnisfähigkeit, dienstpflichtgemäßen Sachbehandlung, Bestimmtheit, Gleichbehandlung, Rechtsicherheit, sowie die sich daraus schließende **nicht** rechtstaatskonformen Verfahrenshandlung.

Immerhin ist der **vorsorglich** abgelehnte/zurückgewiesene „**Strafbefehl**“ vom **14.11.2017** und die „**Anklageschrift**“ vom **27.11.2017** nicht **rechtswirksam** an die „Angeklagten/Beschuldigten“ zugestellt worden, womit der o. g. „**Strafbefehl**“ vom **14.11.2017**, sowie die „**Anklageschrift**“ vom **27.11.2017** völlig in der Luft hängen, der Inhalt ohnehin **nicht** wahrheitsgemäß **hinreichend bestimmt** ist und die **gesetzlich** bestimmte **Rechtsmittelbelehrung** durch das **befasste** Justizpersonal **unter Vorsatz** völlig **außer Acht** gelassen wurde (vgl. Verstoß gegen das **rechtliche Gehör**).

Rechtsicherheitsmangel!

Der Rechtsanspruch auf die Sach- und Rechtbehandlung ist garantenpflicht- und rechtswidrig von Anfang an (unter Vorsatz) unterlassen worden. Die vorsätzliche Aushebelung des Grundgesetzes und der Freiheitlichen Demokratischen Grundordnung (FDGO) werden durch den Unterzeichner dieses Schreibens erneut reklamiert! (Art 18 GG)

Die beleidigende **Missachtung** der o. g. Schreiben des Unterzeichners und die Verunglimpfung/**Diskriminierung** mit der daraus folgenden **Entrechtung**, durch Vereitelung der Anwendung von **gültigem Recht**, mit **Garantenpflichtverletzungen** und des **rechtlichen Gehörs**, sprechen **nicht** für einen gesetzlichen Richter.

Solche **willkürlichen Herleitungen** und **Folgerungen**, wie sie dem **Strafbefehl** vom **14.11.2017** und der **Anklageschrift** vom **27.11.2017** (vgl. Pamphlet) zu entnehmen sind, können nur durch eine gewisse **Vorbefasstheit** und einem sachfremden „**Tateifer**“ erklärt werden, der über jedes **erklärbare Maß** hinausgeht.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen axel thiesmeier.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von **1934** wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Die **Nichtzuständigkeit** und die **fehlende** staatliche **Ermächtigung** der Angestellten, **Bediensteten**, Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der **Ämter**, Behörden, **Dienststellen**, Gerichte und **Verwaltungen** der **Bundesrepublik Deutschland** ergibt sich aus **WüD**, **WüK** und aus der **Tatsache**, daß die **o. g.** Angelegenheiten zum **Nachteil** lebender und beseelter **Menschen** als **Staatsangehörige** durch Abstammung und Geburt (vgl. **RuStAG vor 1913**) und **Angehöriger** der indigenen **Volksgruppe** Germaniten **politischer** und **rechtlicher** Natur sind und somit **nicht** der **einfachen Gesetzgebung** untersteht (vgl. **WüD Art. 22, 23, WüK Art. 72, EMRK Art. 1, 6, 13, 15, A/RES/53/144, acta iure imperii, Palandt BGB § 839, Zöller/Lückemann Vor §§ 18 bis 20 GVG, VwVfG § 2, StGB §§ 102, 241a, RiStBV Abschnitt 193 bis 199, ICC-Statut Art. 3/analog**).

Mit **Verweis** auf die **gerichtliche** Feststellung des Bundesverfassungsgerichtes vom 25.07.2012 (vgl. - 2 BvF 3/11 - 2 BvR 2670/11 - 2 BvE 9/11 -) und das **BVerfGG § 31** werden alle Anordnungen/Beschlüsse/Urteile/Verfügungen der **Ämter**, Behörden, **Dienststellen**, Finanzämter, Gerichte und **Verwaltungen** der Bundesrepublik Deutschland die nach **Offenkundigkeit ohne** Rechtsgrundlage und **Zuständigkeit** beschieden worden sind, durch den Unterzeichner dieses Schreibens auch im Namen der **Volksgruppe Germaniten als Teil des deutschen Volkes als höchsten Souverän**, für **illegal**, korrupt, kriminell und **nichtig** erklärt.

Darüber hinaus wird mit **Verweis** auf die gültige **VdDR WRV 1919 i. V.** mit der **HLKO** und dem **VStGB i. V.** mit den **Internationalen Chartas** und den **nicht systemabhängigen** und überall gültigen **Menschen- und Völkerrechten** (vgl. **GG Art. 25/analoge**) die **bundesrepublikanische Rechtspflege** durch den Unterzeichner dieses Schreibens und auch im Namen der indigenen **Volksgruppe** Germaniten als Teil des deutschen Volkes als höchsten **Souverän**, rückwirkend auf das Jahr **1956** (vgl. **2 BvE 9/11**) für **illegal**, korrupt, kriminell und **nichtig** erklärt.

EGBGB § 6: Ordre Public (Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung)

[Basis jeden Staates]

Eine Rechtsnorm eines anderen Staates ist **nicht** anzuwenden, wenn ihre Anwendung zu einem Ergebnis führt, das mit wesentlichen Grundsätzen des **deutschen Rechts** offensichtlich unvereinbar ist. Sie ist insbesondere nicht anzuwenden, wenn die Anwendung mit den Grundrechten unvereinbar ist.

„die deutschen Grundrechte basieren auf der WRV 1919“ - GG = Besatzerrecht und ist dadurch nichtig.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen axel thiesmeier. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. **RuStAG vor 1913**) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WüD, WüK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von **1934** wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Beschlüsse/Urteile/Strafbefehle/Verfügungen gesetzwidriger Ämter, Behörden, Dienststellen, Finanzämter, Gerichte und Verwaltungen die in **Deutschland** außerhalb des **Geltungsbereiches** des Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ergangen sind, sind **absolut und unheilbar nichtig** (vgl. KG. Berlin NJW. 1954, 1901; Einl. S. 60).

In diesem Zusammenhang wird durch den Unterzeichner dieses Schreibens auf die **Aufhebung** des **Art. 23** Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland mit Datum **23.09.1990** hingewiesen (vgl. Räumlicher Geltungsbereich).

Mit Verweis auf den gesamten **vorprozessualen Schriftverkehr** und dem o. g. **vermuteten** Prozessbetrug durch das **befasste** Justizpersonal der Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld und der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen, ergeht durch den Unterzeichner dieses Schreibens erneut **Strafantrag / Strafverfolgung, Dienstaufsichtsbeschwerde** und Antrag auf **disziplinarische Maßnahmen** (Entfernung aus dem öffentlichen Dienst) gegen Frau **LEA GROCHOWSKI** als Bedienstete/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld, gegen den Richter am Amtsgericht Herrn **Dr. CORNELIUS** und dem Direktor der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen, Herrn **WERNER FERDINAND MEIER**, sowie gegen alle **weiteren Erfüllungsgehilfen** in den o. g. Angelegenheiten zum Nachteil lebender und beseelter **Menschen** als Angehörige der indigenen **Volksgruppe** Germanitien wegen dem **begründeten Verdacht** der vorsätzlichen **Rechtsbeugung** (§ 339 StGB/analog), **Entzug des gesetzlichen Richters** (Art. 101 GG/analog) Verletzung des **rechtlichen Gehörs** (Art. 103 GG/analog), **Betrug** im Rechtsverkehr (§ 267 StGB/analog), **Bedrohung und Amtsanmaßung** (§§ 132, 214 StGB/analog), **Nötigung im Amt** (§ 240/analog), **Umdeutung von Unrecht zu Recht** (§ 138 ZPO/analog), **Arglistische Täuschung** (§ 123 BGB/analog), **Betrug** (§ 263 StGB/analog), **Urkundenfälschung, Falschbeurkundung, Verleitung eines Untergebenen zu einer Straftat** (§ 357 StGB/analog), **Falsche Verdächtigung** (§ 164 StGB/analog), **Üble Nachrede** (§§ 186, 188 StGB/analog), **Verleumdung** (§ 187 StGB/analog), **Vorsätzliche Körperverletzung** (§ 223 StGB/analog), **Freiheitsberaubung** (§ 239 StGB/analog), **Untreue** (§ 266 StGB/analog), **Vorteilsnahme bzw. Bestechungen** (§ 331-335 StGB/analog), **Körperverletzung im Amt** (§ 340 StGB/analog), **Vollstreckung gegen Unschuldige** (§ 345 StGB/analog), **Anleitung zu Straftaten** (§ 130 a StGB/analog), **Belohnung und Billigung von Straftaten** (§ 140 StGB/analog), **Räuberische Erpressung** (§ 255 StGB/analog), **Plünderungsaktionen** (§ 9 VStG/analog), **Verstoß gegen Grund-, Völker-, und Menschenrechte** (vgl. Res. 217 A (III), HLKO), **Aussageerpressung unter Androhung von persönlichen Nachteilen** (vgl. § 343 StGB/analog), **Anstiftung zur Begehung eines Ordnungswidrigkeit** nach § 111 OWiG, i. V. mit Artikel 2, 6, 7, 8, 10, 12, 15, 17, 19, 20 und 30 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, **Hochverrat und Volksverhetzung** (§§ 81, 82, 130 StGB/analog), **Fälschung beweis erheblicher Daten**, Mittelbare Falschbeurkundung,

Mensch **axel**, Mann aus der Familie **thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personalausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog **abgelehnt/zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (RuStAG 1913 = Preußen)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Urkundenfälschung, Verschaffen von falschen amtlichen Ausweisen, Bedrohung, Erpressung, Nötigung, Beleidigung, Diskriminierung, Amtsmissbrauch zur Vertuschung eigener schwerster Straftaten, usw., usf., - **sowie wegen allen weiteren Straftaten** die sich aus der o. g. Angelegenheit noch ergeben sollten.

§ 241a Politische Verdächtigung

(1) 1 Wer einen anderen durch eine Anzeige oder eine Verdächtigung der Gefahr aussetzt, aus politischen Gründen verfolgt zu werden und hierbei im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen durch Gewalt- oder Willkürmaßnahmen Schaden an Leib oder Leben zu erleiden, der Freiheit beraubt oder in seiner beruflichen oder wirtschaftlichen Stellung empfindlich beeinträchtigt zu werden, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) 1 Ebenso wird bestraft, wer eine Mitteilung über einen anderen macht oder übermittelt und ihn dadurch der in Absatz 1 bezeichneten Gefahr einer politischen Verfolgung aussetzt.

(3) 1 Der Versuch ist strafbar.

(4) 1 Wird in der Anzeige, Verdächtigung oder Mitteilung gegen den anderen eine unwahre Behauptung aufgestellt oder ist die Tat in der Absicht begangen, eine der in Absatz 1 bezeichneten Folgen herbeizuführen, oder liegt sonst ein besonders schwerer Fall vor, so kann auf Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren erkannt werden.

Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV)

Abschnitt 199 RiStBV – Landesrecht Niedersachsen / analoge

199. Amtshandlungen in den Dienst- und Wohnräumen

(1) In den Diensträumen der diplomatischen Vertretungen, der konsularischen Vertretungen sowie von Organisationen und Stellen, die aufgrund allgemeiner Regeln des Völkerrechts, völkerrechtlicher Vereinbarungen oder sonstiger Rechtsvorschriften Unverletzlichkeit genießen, dürfen Amtshandlungen, durch die inländische Gerichtsbarkeit ausgeübt wird, nur mit Zustimmung des Leiters der Vertretung, der Organisation oder Stelle vorgenommen werden. Entsprechendes gilt für die Wohnräume der Mitglieder der diplomatischen Vertretungen.

(2) In den vorgenannten Dienst- und Wohnräumen dürfen Amtshandlungen nach Abs. 1 einschließlich Zustellungen ohne Zustimmung des Leiters der Vertretung, der Organisation oder der Stelle auch nicht gegenüber Personen vorgenommen werden, die nicht von der inländischen Gerichtsbarkeit befreit sind. Ihnen kann nach Nr. 196, 197 zugestellt werden.

(3) Die Zustimmung des Leiters nach Abs. 1 ist in entsprechender Anwendung der Nr. 196 zu beantragen.

Mensch **axel**, Mann aus der Familie **thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÖD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von **1934** wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

(4) Zur Vornahme der Amtshandlung dürfen die Dienst- und Wohnräume nur betreten werden, wenn die Zustimmung schriftlich vorliegt.

Mit der **WüK Art. 72 – widrigen Behandlung** der indigenen Volksgruppe Germanitien wird **vorsorglich** auch der **Verstoß** gegen §§ 22, 23, 24, 102, 103, 104, 104a StGB/analog, **gerügt**.

Auf die gesetzlichen Pflichten gem. BRD-Gesetzen (BGB, GG, Grundsatzentscheidungen des BVerfG u.s.w., usf.) und gem. den nachfolgenden UN-Resolutionen i. V. mit §§ 823, 839 BGB / Palandt wird vorsorglich hingewiesen:

1. UN-Resolution 217 A (III) - Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948;
2. UN- / EU-Menschenrechtskonvention (u. a. gem. Art. 6, 8, 9, 10,13, 14 und 17; EMRK = Europäische Menschenrechtskommission im Bundesgesetzblatt = BGBl. 1994 II S. 3623);
3. UN-Kinderrechtskonvention vom 20. November 1989;
4. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19.12. 1966 (BGBl. 1973 II S. 1534);
5. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 16.12. 1966 (BGBl. 1973 II S. 1534);
6. Resolution 45/120 (Richtlinien betreffend die Rolle der Staatsanwälte);
7. UN-Resolution A/RES/56/83 (Verantwortlichkeit von Staaten für völkerrechtswidriges Verhalten);
8. UN-Resolution A/RES/61/106 (Schutz von Menschen mit Behinderung);
9. UN-Resolution A/RES/61/177 (Übereinkommen zum Schutz von Personen vor dem Verschwinden lassen);
10. UN-Resolution A/RES/53/144 und EU Annex DOC 10111-06 (Schutz von Menschenrechtsverteidigern - Erklärung über das Recht und die Verpflichtung von Einzelpersonen, Gruppen und Organen der Gesellschaft, die allgemein anerkannten Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen);
11. UN-Antifolterkonvention (Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10. Dezember 1984 (BGBl. 1990 II S. 246));

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen axel thiesmeier.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbsternächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von **1934** wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog **abgelehnt/zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPr

12. das KSZE - Kopenhagener Abkommen (16.1) bis (16.7), ggf. ICC - Statut, Art. 1 + 9, EuGH NJW 96, 1267;

13. die Charta von Paris aus dem Jahre von 1990;

Darüber hinaus **verstoßen** Bedienstete/Personal (vgl. Dienstausweis, Personalausweis) der Ämter, Behörden, Dienststellen, Gerichte, Verwaltungen der Bundesrepublik Deutschland **ohne tatsächliche Rechtsgrundlage und Zuständigkeit** unter Vorsatz auch gegen:

- 1.) die Proklamation Nr. 1 des SHAEF – An das deutsche Volk,
- 2.) das SHAEF-Gesetz Nr. 1 – Aufhebung nationalsozialistischen Rechts,
- 3.) das SHAEF-Gesetz Nr. 2 – Deutsche Gerichte,
- 4.) das SHAEF-Gesetz Nr. 3 – Begriffsbest. des Ausdrucks „Vereinter Nationen“,
- 5.) das SHAEF-Gesetz Nr. 52 – Sperre und Kontrolle von Vermögen,
- 6.) das SHAEF-Gesetz Nr. 76 – Post, Fernsprech-, Funk- und Rundfunkwesen,
- 7.) den 6. Überleitungsvertrag bezüglich Berlin vom 25.09.1990, BGBl. S. 1274 Art.3 (4),
- 8.) das 1. Bundesbereinigungsgesetz vom 16.04.2006, Art. 22,
- 9.) das 2. Bundesbereinigungsgesetz vom 23.11.2007, BGBl. S. 2614 Art. 4,

sowie u. a. auch gegen:

- 1.) BBG § 60 – Grundpflichten
- 2.) BBG § 61 – Wahrnehmungen der Aufgaben, Verhalten
- 3.) BBG § 62 – Folgepflicht
- 4.) BBG § 63 – Verantwortung für die Rechtmäßigkeit
- 5.) BBG § 64 – Eidespflicht, Eidesformel

Des Weiteren sind auch grobe Verletzungen und Überschreitungen von internationalen Gesetzen erkennbar.

Mensch **axel**, Mann aus der Familie **thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von **1934** wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog **abgelehnt/zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPpR

- 1.) Protokoll Nr. 4 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
- 2.) Europäische Menschenrechtskonvention Art. 6 II EMRK
- 3.) Internationaler Pakt für bürgerliche und politische Rechte Art. 11
- 4.) Völkerstrafrecht, Völkerstrafgesetzbuch
- 5.) Haager Landkriegsordnung

Alle Bediensteten/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der Ämter, Behörden, Dienststellen, Gerichte, Verwaltungen (vgl. Angestellte, Justizbeschäftigte, Gerichtsvollzieher, Polizisten, Rechtspfleger, Richter, Staatsanwälte, Urkundsbeamte, usw., usf.) der Bundesrepublik Deutschland haben die **Rechtmäßigkeit** ihrer **dienstlichen Handlungen** gegenüber deutschen Staatsangehörigen (vgl. RuStAG 1913) **zu überprüfen** und sind dabei an Gesetz und Recht gebunden (vgl. GG Art. 1 (3), 20 (3)/analog).

Verstöße gegen Gesetz und Recht sind nach § 138 StGB zur Anzeige zu bringen. Nach § 138 (3) wird mit **Freiheitsstrafe** bis zu einem Jahr oder mit **Geldstrafe** bestraft, wer die Anzeige leichtfertig unterläßt, obwohl er von dem Vorhaben oder der **Ausführung** der rechtswidrigen Tat glaubhaft erfahren hat.

Verfassungs-“hochverrat“bruch liegt bei einem Verstoß gegen GG Art. 1 (3), 19, 20 (3), 25, 97 (1), 100 (2), 101, 103, 139 i. V. mit §§ 81, 82 und 92 StGB vor, wobei der **Verfassungshochverrat** ggf. auch mit **lebenslangen Haftstrafen** zu bestrafen wäre.

Die Justizbeitreibungsordnung vom 11.03.1937, auf welche sich bis heute **alle** Zwangsmaßnahmen der **Justizbehörden** der Bundesrepublik Deutschland und zum Nachteil **aller** deutschen Staatsangehörigen durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG 1913) beziehen, (vgl. Zwangsvollstreckungen, Zwangsverwaltungen, Zwangsversteigerungen, Erzwingungshaft, usw., usf.) ist nach **Offenkundigkeit** (vgl. § 291 ZPO/analog) spätestens am 20.09.1945 **ersatzlos** untergegangen.

Die Anwendung von **NAZI-Gesetzen** in Deutschland ist seit dem 20.09.1945 **verboten** und somit auch unter Strafe gestellt (vgl. GG Art. 139/analog). Wegen der **Beihilfe** macht sich somit auch strafbar, wenn z. B. ein Gerichtsvollzieher, ein Polizist, ein Rechtspfleger oder ein **anderer** BRD-Erfüllungsgehilfe die Umsetzung von **NAZI-Gesetzen** in der Bundesrepublik Deutschland durch z. B. direkte Erpressung, Drohungen, Nötigungen, Haftandrohung, Verhaftungen, Körperverletzungen, usw., usf., **forciert** und dann tatsächlich auch noch gegen Gesetz und Recht durchsetzt.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen axel thiesmeier.

In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPr

In diesem Zusammenhang wird hier vorsorglich auch auf GG Art. 1 (3), 20 (3) i. V. mit § 138 StGB/analog hingewiesen. Es besteht somit **Anzeigepflicht** bei einem begründeten Verdacht des **u. a.** Verfassungsbruches durch Bedienstete, Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der Ämter, Behörden, Dienststellen, Gerichten und Verwaltungen der Bundesrepublik Deutschland.

Gründe: - Beweismittel/Beweislage/Rechtsmittel

GG Art. 1 (3), 4, 19, 20 (3), 25, 97 (1), 100 (2), 101, 103, 133, 139, 140, 146, A/RES/53/144 Vereinte Nationen, Palandt BGB §§ 823, 826, 830, 839, vgl. BVerfGE 9,95;31,391 EuGH WM 99,1420. BVerwGE17,192=DVBl, 1964,147; vgl. BGBl. II S. 288, 1274, HLKO, Weimarer Verfassung Art. 102 bis 135, VStGB, §§ 4, 6, 9, VwVG § 3 Abs. 1, Salvatorische Klausel, Remonstrationspflicht, BGH 130, 333. Vgl. EuGH NJW 96,1267. Siehe SGB 1 § 60 und 66. GVG §§ 18-20, Kontrollratsgesetz Nr. 35, SHAEF – Gesetz Nr. 52 Art. VII d, EIDHR-Vorgaben, Urheberrechte, Willkürverbot, VwVG § 3, Verdacht der Parteilichkeit wg. BRD-Abhängigkeit, A/RES/34/169; 45/120; 56/83; UNO-Resolution 217 A (III), IRG §§ 6, 9, StGB § 241 /analoge ...

Die Ämter/Behörden/Dienststellen/Gerichte/Verwaltungen der Bundesrepublik Deutschland verstoßen nach Offenkundigkeit (vgl. § 291 ZPO/Analog) gegen das gültige Besatzungsrecht (vgl. SHAEF-Gesetze, SMAD-Befehle, AHK-Gesetze, BKO, usw.), gegen die Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechte, gegen die HLKO als völkerrechtliche Grundlage für das Grundgesetz für die Bundesrepublik, sowie auch direkt gegen das GG Art. 139/analog, weil in der Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolger des Dritten Reiches bis heute NAZI-Gesetze Anwendung finden.

Als Beispiel soll hier noch einmal auf die **Erzwingungshaft**, das **Einkommensteuergesetz**, das **Gewerbesteuergesetz**, auf den **Anwaltszwang**, auf das **Heilpraktikergesetz**, auf das **Schornsteinfegergesetz**, auf die **Justizbeitreibungsordnung** und die **NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“** von 1934 verwiesen werden (vgl. Personalausweis/Reisepass der Bundesrepublik Deutschland).

Der, im **Verstoß** gegen den **Rechtgrundsatz von Treu und Glauben**, arglistig getäuschte **Unterzeichner dieses Schreibens** verlangt von Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** als Direktor der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** und Herrn **Dr. CORNELIUS** als Richter am Amtsgericht (vgl. Garanten), zum Verdacht unter **Vorspiegelung falscher Tatsachen**, unter Hinweis auf ihre **Dienstplichten**, im Rahmen des **rechtlichen Gehörs**, der **Aufklärungs-, Hinweis- und Fürsorgepflicht**, jeweils eine **sofortige dienstliche Erklärung** mit Verweis auf Art. 1 (1), 20 (2) S. 1 i. V. mit Art. 17 i. V. mit Art. 20 (3), 25, 103 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland insbesondere **Aufklärung zur Wahrheit und Klarheit** noch bevor am **05.04.2018** die Hauptverhandlung in der o. g. Angelegenheit eröffnet wird **darüber zu leisten**, ob es sich;

Mensch **axel**, Mann aus der Familie **thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hohetlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum Schutz des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“** im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

- 1.) bei dem **Amtsgericht Bad Oeynhausen** um ein **staatliches Gericht** handelt (vgl. § 15 GVG)
- 2.) bei dem **Richter am Amtsgericht Bad Oeynhausen Herr Dr. CORNELIUS** um einen **gesetzlichen Richter** handelt (vgl. Art. 101 GG i. V. mit § 16 GVG/analoge)
- 3.) bei dem **aktuellen** Geschäftsverteilungsplänen für die **Richter und Rechtspfleger** am Amtsgericht Bad Oeynhausen um **Urkunden** handelt und diese **aktuellen** Geschäftsverteilungspläne als **Urkunde** auch entsprechend der gesetzlichen Vorschrift (vgl. z. B. § 21 GVG/analog) für **jedermann zur freien Einsichtnahme** am Amtsgericht Bad Oeynhausen, **ausliegen/vorliegen**

Bei einer erneuter Nichtbeachtung des rechtlichen Gehörs der Aufklärungs-, Hinweis- und Fürsorgepflicht des Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** als Direktor der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen und des Herrn **Dr. CORNELIUS** als Richter am Amtsgericht (vgl. Garanten) ist der „**Strafbefehl**“ vom **14.11.2017** und die **Anklageschrift** vom **27.11.2017** wegen des dann tatsächlichen **Rechtsbankrotts**, umgehend **rückabzuwickeln**.

Es liegt offenkundig Stillstand der staatlichen Rechtspflege vor (§ 15 GVG, §§ 245, 291 ZPO, vgl. auch Besatzungsvorbehalte).

Nichtigkeit des Verwaltungsaktes.

Dieser Mangel erzeugt unzulässiger Weise **grundgesetzwidrige Rechtsunsicherheit** (Art. 20 GG), und bewirkt damit die **Nichtigkeit** des Verwaltungsaktes.

Verstöße gegen das **Gebot der Rechtsicherheit** führen zur **Nichtigkeit** und Ungültigkeit (vgl. BVerwGE 17,192 - GVBl 1964, 147).

Damit verstößt ein Verwaltungsakt wie hier die streitbefangenen Verwaltungsakte, gegen eine **Rechtsnorm** und ist gemäß den §§ 125, 138, 242 BGB und 44 VwVfG i.V.m. Art. 11 I + IV EGBGB **nichtig** und bewirkt – nach rechtsstaatlichen Grundsätzen – damit **keine** Rechtskraft oder Rechtswirksamkeit und es darf **nicht** danach verfahren werden!

Der falsche Rechtsschein ist bewirkt. Die Rechtsüberschreitungen und die Übervorteilung werden reklamiert und sollen strafrechtlich verfolgt werden.

Verleumdung von offenkundigen Rechtstatsachen

Die Verleumdung von offenkundigen Rechtstatsachen, begeht der, der trotz **besserem Wissen unwahre Tatsachen behauptet oder verbreitet**, die geeignet sind, den **anderen verächtlich zu machen** oder in der **öffentlichen Meinung herabzuwürdigen** oder dessen Kredit zu gefährden.

Mensch **axel**, Mann aus der Familie **thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von **1934** wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Täuschungshandlung

Die Täuschungshandlung des § 263 Abs. 1 StGB besteht nach dem Wortlaut des Gesetzes in der Vorspiegelung **falscher** oder in der Entstellung oder in der **Unterdrückung** wahrer Tatsachen.

Die Täuschung setzt eine Einwirkung auf die Vorstellungen des Getäuschten voraus, nämlich ein Verhalten des Täters, das objektiv geeignet und subjektiv bestimmt ist, beim Adressaten eine Fehlvorstellung über tatsächliche Umstände hervorzurufen (BGHSt 47, 1 ff., 5).

Verschweigen von Tatsachen

Palandt, BGB 66. Aufl., § 123, Rn5 c

Das Verschweigen von Tatsachen stellt nur dann eine Täuschung dar, wenn hinsichtlich der verschwiegenen Tatsache eine **Aufklärungspflicht** besteht (BGH LM Nr. 53) Die Rechtsgrundlage dieser Pflicht ist § 242 BGB und ergibt sich auch aus der Garantenstellung sowie der **Auskunfts-, Fürsorge-, Sorgfalts- und Hinweispflicht**.

Dadurch sind die **Amtsaufklärungspflicht**, das Recht auf **rechtliches Gehör**, analog Art. 103 GG, das Gebot auf **Rechtssicherheit**, analog Art. 20 III GG sowie das verfahrensrechtliche Gebot der **Waffengleichheit** und die **Rechte des Leistungsempfängers** verletzt.

Daher ist der Missbrauch **prozessualer Verwaltungsrechte** anzunehmen, erfüllt durch den Tatbestand der **Verkürzung der Amtsaufklärungspflicht**. Dies ist **rechtsmissbräuchlich** und daher **unzulässig**.

Ehrenschutz

Der Ehrenschutz wird zwar bereits durch das **allgemeine** Persönlichkeitsrecht und damit durch das Grundrecht des **Art. 2 I GG** gewährleistet, dennoch erfordert **Art. 5 II GG** bei derartigen Beeinträchtigungen ein einschränkendes Gesetz und stellt den **Persönlichkeitsrechtsschutz** damit unter einen besonderen Gesetzesvorbehalt. Derartige Bestimmungen befinden sich sowohl in den §§ 185 ff. StGB, als auch in den §§ 823, 1004 BGB.

Besonders wichtige Umstände

Umstände, die für die **Willensbildung** des andern Teils offensichtlich von ausschlaggebender Bedeutung sind, müssen **ungefragt** offenbart werden (BGH NJW 71, 1799, LM § 276 (Fb) Nr1).

Die **garantenpflichtverletzende Unterlassung** (Begehen durch Unterlassung BRD-STGB § 13) ist **offensichtlich**.

Dieses treuwidrige Verhalten stellt einen groben Verstoß gegen § 242 BGB dar.

Mensch **axel**, Mann aus der Familie **thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG**/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>
Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbR

Gemäß S 242 BGB Rn. 17, Palandt Beck'sche Kurzkommentare 65. Auflage 2006 gilt der Grundsatz von **Treu und Glauben** auch für das **gesamte** öffentliche Recht.

Im Rahmen der Dienstobliegenheiten besteht jedoch die Verpflichtung zumutbarer Nachforschung.

In summa liegt **Rechtsüberschreitung** wegen **Verstoßes** gegen den Grundsatz von **Treu und Glauben** gemäß § 242 staatlichem BGB erfüllt vor.

Das **Schutzrecht** besteht für **Unverfälschtheit** und für **Vertrauen auf die inhaltliche Wahrheit**.

Von Bösgläubigkeit wird nun ausgegangen.

Rechtsausübung ist die Verwirklichung eines Rechtsatzes

Rechtsausübung ist die Verwirklichung eines Rechtsatzes, insbesondere eines in einem Rechtsatz gewährleisteten **subjektiven Rechtes**. Diese hat allgemein nach **Treu und Glauben** zu erfolgen. Setzt sich der Handelnde hierzu in **Widerspruch**, begeht er **unzulässige Rechtsausübung**.

Sie ist rechtswidrig.

Damit verstoßen die **bewusst falschen „Vorwürfe“** die dem **Strafbefehl** vom **14.11.2017** und der **Anklageschrift** vom **27.11.2017** zu entnehmen sind, **mangels** hinreichender Bestimmtheit auch gegen die **Rechtsicherheit** und ist zudem **rechtswidrig**.

Der **Unterzeichner** dieses Schreibens hat nach **BRD-Rechtsvorstellungen**, dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, **MRK** und dem Lissabonner Vertrag / **Europarecht**, Anspruch auf **rechtliches Gehör** und ein **fares Verfahren** vor einem **staatlichen Gericht**.

Unter Hinweis auf das **Klarheits-** und **Wahrheitsgebot**, i. V. mit dem Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 GG) und der **Rechtsweggarantie** (Art 19 GG), erhebt der Unterzeichner dieses Schreibens den Anspruch auf Gleichbehandlung von den befassten „Organen der bundesrepublikanischen Rechtspflege“ und ganz besonders des **befassten** Justizpersonals der **Firma Staatsanwaltschaft Bielefeld** und der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen**.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius Indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von **1934** wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG**/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Das heißt, dass die **befassten Tathandelnden**, sowie deren **Erfüllungsgehilfen** wegen der **o. g.** einschlägig **strafrelevanten** Tathandlungen zu verfolgen sind, **wobei** die **strafrechtlichen** Ermittlungen **sofort** aufzunehmen sind, wenn **nicht** der Rechtbankrott innerhalb der Bundesrepublik Deutschland seine Streifen gezogen hat und die tatsächliche **Strafverfolgung** nach Herstellung der **öffentlichen Ordnung** in einem **zukünftigen** Deutschen Rechtsstaat verfolgt werden kann/muß/wird. **Ein Offizialdelikt ist von Amtswegen zu bearbeiten.**

Somit ergeht durch den Unterzeichner dieses Schreibens als zu Unrecht Angeklagten und auch politisch Verfolgten, **Strafantrag/Strafverfolgung, Dienstaufsichtsbeschwerde** und Anordnung auf **disziplinarische Maßnahmen** (vgl. Entfernung aus dem öffentlichen Dienst) gegen den Geschäftsführer der Staatsanwaltschaft Bielefeld Herrn **RALPH KLOM**, gegen die Staatsanwältin Frau **LEA GROCHOWSKI**, gegen den Direktor des Amtsgericht Bad Oeynhausen Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** und den Richter am Amtsgericht Herrn **Dr. CORNELIUS** sowie gegen deren **Erfüllungsgehilfen**, u. a. gegen Frau **WEINER** (vgl. Zeuge 1) und Herrn **Goerz** (vgl. Zeuge 2), wegen dem **begründeten Verdacht** der Amtsanmaßung, Bedrohung, Betrug, Erpressung, Folter, Körperverletzung, Nötigung, Landes- & Hochverrat, Offener Verfassungsbruch, Betrug und Täuschung im Rechtsverkehr, Verbrechen der Rechtsbeugung, vorsätzlichem Verstoß gegen nationale/internationale Abkommen/Chartas, Anwendung von wichtigen staatlichen Normen **ohne** gültigen Geltungsbereiche, Verstoß gegen Abstammungs-, **Grund-**, Menschen- und Völkerrechten, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung und der vorsätzlichen Geiselnahme **ohne** Rechtsgrundlage, sowie **alle** weiteren Straftaten die sich aus den **o. g.** Angelegenheiten im späteren Verlauf **noch** ergeben sollten.

Klarstellung:

Bei dem Unterzeichner dieses Schreibens handelt es sich um einen lebenden und beseelten **Menschen** und deutschen Staatsangehörigen durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913 = **Preußen**) und Angehörigen der indigenen **Volksgruppe Germaniten** mit der verbindlichen Staatsangehörigkeit **Preußen/Germanitien** und somit um **keine** Handelsware, **keine** Sache, **kein** Tier, **kein** Objekt.

Bei dem Unterzeichner dieses Schreibens handelt es sich auch um **keine** juristische Person mit der **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**deutsch**“ (vgl. **DEUTSCH**) von 1934 und auch um **keinen** Staatsangehörigen des Besatzungskonstruktes „Bundesrepublik Deutschland“ oder Staatsangehörigen von Germany oder Deutschland.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.

In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenens, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG**/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (RuStAG 1913 = Preußen)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Der Unterzeichner dieses Schreibens ist **kein** „Reichsbürger“, **kein** NAZI, **kein** Terrorist, **kein** Faschist, **kein** Rechter, **kein** Linker, **kein** Verschwörungstheoretiker, **kein** „Rechtspopulist“, **kein** Krimineller, **kein** Schuldner, sondern einfach nur ein **gerichtsbestätigter Menschenrechtsverteidiger** und **politisch Verfolgter** in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Unterzeichner dieses Schreibens ist von **Natur** aus ein lebender und beseelter **Mensch** und politisch Staatsangehöriger eines Rechtsstaates. Der Unterzeichner ist **Preuße**, unmittelbar und mittelbar **Staatsangehöriger des Deutschen Reiches**.

Für die Tatgaranten, hier das **befasste** Justizpersonal als **juristische Personen** mit der **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ von 1934 (vgl. Gleichschaltungsgesetz von 1934) und als Bedienstete/Personal (vgl. Dienstaussweis/Personalausweis) der **Firma** Staatsanwaltschaft Bielefeld und der **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen **bedeutet** das, den Unterzeichner dieses Schreibens als **Menschen** (vgl. Subjekt, Souverän des Deutschen Volkes) mit allem **Respekt** und **würdevoll** anzusprechen, **umzugehen** und jede Art der **Unterdrückung** und **vorbefassten** Diskriminierung/**Kriminalisierung**/Verunglimpfung zu unterlassen.

Auch eine **Entrechtung** durch eine **systematische** Liquidation von **irrationalen Elementen** mit **krimineller Energie** wird entschieden **entgegengetreten** und vom Unterzeichner als **Souverän** vorab gerügt/**untersagt**.

Gerügt wird auch die **Respektlosigkeit** des **befassten** Justizpersonals als Bedienstete/Personal (vgl. Dienstaussweis/Personalausweis) der **Firma** Staatsanwaltschaft Bielefeld und der **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen gegenüber dem Unterzeichner dieses Schreibens, insofern seine Schreiben vom **22.11.2017**, **29.11.2017**, **15.12.2017**, **02.01.2018** und **09.03.2018** völlig **ignoriert** und **nicht** beantwortet worden sind (vgl. Verstoß gg. Art. 103 GG/analoge).

Aufgrund der vorsätzlichen **Missachtung** der Schreiben vom **22.11.2017**, **29.11.2017**, **15.12.2017**, **02.01.2018** und **09.03.2018** an die **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen und der damit offenkundigen **Verletzung des rechtlichen Gehörs** (vgl. Art. 103 GG) zum Nachteil des Unterzeichners dieses Schreibens und dem **offenen Verfassungsbruch** durch das befasste **Justizpersonals** als Bedienstete/Personal (vgl. Dienstaussweis/Personalausweis) der **Firma** Amtsgericht Bad Oeynhausen **bleibt** der Richter am Amtsgericht (vgl. Wortmarke) Herrn **Dr. CORNELIUS** wegen der begründeten **Besorgnis der Befangenheit** (vgl. § 42 ZPO, § 24 StPO/analoge), sowie die **Ablehnung aller Richter und Rechtspfleger** wegen **Besorgnis der Befangenheit**, die namentlich auf den aktuellen Geschäftsverteilungsplänen für die Richter und Rechtspfleger der **Firma** (vgl. § 2b UStG) Amtsgericht Bad Oeynhausen, aufgeführt/**genannt** werden, **weiterhin** und auf **Lebenszeit** bestehen.

Mensch **axel**, Mann aus der Familie **thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**. In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenens**, **ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von **1934** wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (RuStAG 1913 = Preußen)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11 / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>
Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Begründung:

Auf Grund der **wiederholten Verletzung des rechtlichen Gehörs**, des **vorsätzlichen Verstoßes** gegen das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der **Anwendung** von staatlichen Normen **ohne den Nachweis** der gültigen Geltungsbereiche für diese staatlichen Normen i. V. mit der **gültigen Verfassung** erbracht zu haben, sowie der offenkundigen **Nichtigkeit** (vgl. Formmangel, u. a.) des **Strafbefehls** vom **14.11.2017** und der **Anklageschrift** vom **27.11.2017** mit dem Gz.: **601 Js 676/17** und dem damit **ggf.** vorsätzlich geplanten **Prozessbetrug** durch das **befasste Justizpersonal** (vgl. Volljuristen) als Bedienstete/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** und ihrer **Erfüllungsgehilfen** zum Nachteil des Unterzeichners dieses Schreibens, bleiben **alle** Richter und Rechtspfleger die **namentlich** auf den **aktuellen** Geschäftsverteilungsplänen für die Richter und Rechtspfleger der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen** genannt werden, wegen dem **begründeten Verdacht** der Anwendung **nichtiger Gesetze** (vgl. NAZI-Gesetzen), der Befangenheit/**Vorbefasstheit**, der **Abhängigkeit** zum Arbeitgeber/**Dienstherren** (vgl. Personalakte), wegen der **illegalen/kriminellen Anwendung** des Personalausweises, Reisepasses der Bundesrepublik Deutschland mit der **NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“** von 1934 (vgl. Verstoß gg. Art. 139 GG/analoge) und der **Anwendung** von Geschäftsverteilungsplänen (vgl. Urkunden) die **nicht** der gesetzlichen Vorschrift entsprechen können (vgl. § 21e GVG/analog i. V. mit großer Kommentar zum GG, von Mangoldt, Klein, Starck, Art. 101 (1), Rn. 52-56), durch den Unterzeichner dieses Schreibens, **unwiderruflich abgelehnt** (vgl. Nachweis über die Gültigkeit, Mängellosigkeit von Geschäftsverteilungsplänen: VwVfG §§ 33, 34, 43, 44, 48, Palandt BGB §§ 125, 126, BeurKG § 49, GVG § 21e/analoge).

Das Grundgesetz **garantiert** vorgeblich die unverletzlichen **Grundrechte**, an welche nicht nur die Gesetzgebung und die vollziehende Gewalt, **sondern auch** die Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht **gebunden** sind, denn die erste Aufgabe der Rechtsprechung ist es, im Falle von **Verletzungen der Grundrechte** den Gesetzgeber und die **vollziehende Gewalt** zur Ordnung zu rufen **und diese zu verurteilen**, solche Verletzungen sowohl **zu unterlassen** als auch im Wege der **Folgebeseitigung rückgängig zu machen**.

Eines dieser unverletzlichen Grundrechte ist das Recht auf den gesetzlichen Richter gemäß Art. 101 Abs. 1 GG.

»**Ausnahmegerichte sind unzulässig.** Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.« Der **gesetzliche Richter** wird so genannt, weil das Gesetz bestimmt, dass nur ein **persönlich und sachlich unabhängiger Richter** gerichtliche Entscheidungen treffen darf.

Mensch **axel, Mann aus der Familie thiesmeier**, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“** im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß** gg. u. a. Art. 139 GG/analog **abgelehnt/zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog BGB § 1 von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Bei dem befassten Richter am Amtsgericht (vgl. Wortmarke) Herrn **Dr. CORNELIUS** als juristische Person mit der **NAZI-Staatsangehörigkeit „Deutsch“** von 1934 (vgl. Personalausweis/Reisepass) und Bediensteter/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen und vermeintlicher Rechtsbrecher** kann es sich somit um **keinen unabhängigen gesetzlichen Richter** handeln.

Das **Ablehnungsgesuch** entsprechend der gesetzlichen Vorschrift (vgl. § 42 ZPO, § 24 StPO/analog) wg. **Besorgnis der Befangenheit** gegenüber dem befassten Richter am Amtsgericht (vgl. Wortmarke) der **Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen, Herrn Dr. CORNELIUS** wird auch mit **Verweis** auf die Schreiben des lebenden und beseelten Menschen **jörg gottfried siegfried**, Mann aus der Familie **pagels**, begründet.

Es wird außerdem noch einmal die nichtige Zustellung des o. g. Angebots/Anklageschrift vom 27.11.2017 durch die Firma P.O.S.T. AG, gerügt.

Schon aus diesem Grund ist das **Angebot**, der **Anklageschrift** vom **27.11.2017**, auch wegen der **fehlenden Unterschrift** entsprechend der gesetzlichen Vorschrift (vgl. § 126 BGB/analog i. V. mit 123, 125, 138, 142, 143 BGB, i. V. mit VwVfG § 44 / analoge) zu **rügen** und als **illegaler/nichtiger Verwaltungsakt** zu erklären.

Das/die **Angebot/Anklageschrift** vom **27.11.2017** hat somit nach **Offenkundigkeit** (vgl. § 291 ZPO/analog) den Adressaten **nicht** erreichen können.

In diesem Zusammenhang wird ebenfalls auf die **generelle Vorlagepflicht** gegenüber den **Prozessparteien** hingewiesen (vgl. Artikel 6 Abs. 3 c EMRK, Artikel 19 Abs. 4 i. V. mit Artikel 25, Artikel 2 Abs. 1 GG und Artikel 20 Abs. 3 GG i. V. mit Artikel 101, 103 GG, §§ 99, 117 VwGO, §§ 138, 139, 291 ZPO, §§ 16, 21 GVG/analoge).

Es wird somit auch **weiterhin** auf **Einsichtnahme** in die aktuellen Geschäftsverteilungspläne für die Rechtspfleger und Richter (auch für die Jahre 2015, 2016) am Amtsgericht Bad Oeynhausen, um **Einsicht** in die Verfahrensakte, **Vorlage** der **Anklageschrift** vom 27.11.2017 als **Kopie der Urschrift** mit der persönlichen Unterschrift des Willenserklärenden, entsprechend der **gesetzlichen** Vorschrift (vgl. § 126 BGB/analog) sowie die **Einsichtnahme** in die **Richterliche Ermittlungsakte**, noch **bevor** am **05.04.2018** die Hauptverhandlung **eröffnet** wird, bestanden.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter **Mensch** und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜIK**). Hinweis: Die **NAZI-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“** im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier

lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)

mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.

In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.

deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)

Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003

in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11** / analog

Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>

Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Der Unterzeichner dieses Schreibens **fordert** den Direktor der Firma Amtsgericht Bad Oeynhausen Herrn **WERNER FERDINAND MEIER** weiterhin auf, **pflichtgemäß** seiner **Dienstobliegenheit** und hiernach entsprechend der **gesetzlichen Vorschrift** zu reagieren und dem Unterzeichner dieses Schreibens sein **rechtliches Gehör zu gewähren** und entsprechend der **Vorlagepflicht** und des **Justizgewährleistungsanspruches** die o. g. Ansprüche nach **Treu und Glauben** dezidiert/konkretisiert umgehend zu beantworten. Andernfalls ist der Verfügung auf **Folgenbeseitigung durch Rückabwicklung** wegen offenkundiger **Grundrechteverletzung**, umgehend/sofort zu folgen.

Wer vor den Folgen seines Tun's oder Unterlassens die Augen verschließt, muß es sich gefallen lassen, wie ein Rechtsverstoßender behandelt zu werden. Der Handelnde braucht sich der Sittenwidrigkeit seines Tuns nicht notwendig bewußt zu sein; es genügt, wenn er die Tat kennt, aus der sich die Sittenwidrigkeit ergibt.(RG 161, 233, BGH LM (Ca) Nr. 1 , WPM 82, 830). Dem steht es gleich, wenn er sich der Kenntnis einer erheblichen Tatsache bewußt oder grob fahrlässig verschließt (BGH 10, 233, 20, 52, NJW 51, 397).

Auf Grund des zuvor **Vorgetragenen** bleiben die o. g. Geschäftszeichen von dem Unterzeichner dieses Schreibens für **illegal, korrupt, kriminell** und **nichtig** erklärt und auch weiterhin **abgelehnt** und unwiderruflich **zurückgewiesen**.

Nur für den Fall, dass sich das **befasste** Behörden-/Gerichtspersonal oder **beruflich** in der Bundesrepublik zugelassene **Juristen** oder **Volljuristen** (vgl. Kammerzwang) weiterhin an eine **nachweislich** und bewiesenen **rechtsgrundlagenlose Rechts- und Gesetzesauffassung** festgehalten wollen, wird **präventiv bereits jetzt** darauf hingewiesen, dass gemäß den Bestimmungen der Artikel 1, 2, 5, 12,17 und 30 **AllgErklMenschenR**, den Bestimmungen der Artikel 1, 5, 7, 8, 14, 17 und 18 **IPbürgR** (BGBl. 1973 II S. 1534), den Bestimmungen der Artikel 1, 5, 11 und 12 **IPwirtR** (BGBl. 1973 II S. 1570) und den Bestimmungen der Artikel 1 und 2 **UN-Folterkonv.** (BGBl. 1990 II S. 246) in Verbindung mit **Artikel 25 GG** jeder **persönlich** für seine Handlungen und **insgesamt gesamtschuldnerisch haftend** verantwortlich ist und dafür auch persönlich **zivil-** und **strafrechtlich** belangt werden kann (vgl. **VStGB**).

Diese Tatsache sollte bei allen weiteren Handlungen mit Verweis auf die gültigen Handelsbedingungen des Unterzeichners dieses Schreibens, in die Überlegungen des privat Haftenden einbezogen werden.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG vor 1913) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜIK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/**zurückgewiesen**.

axel, Mann aus der Familie thiesmeier
lebender beseelter **Mensch** (vgl. Art. 1 (1) GG)
mit Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten / analog **BGB § 1** von 1900.
In der Verfassung von 1849 wurde der bürgerliche Tod ausdrücklich untersagt.
deutscher Staatsangehöriger durch Abstammung und Geburt (**RuStAG 1913 = Preußen**)
Live Borne Record Trust Number: 583155-564202-230003
in staatlicher Selbstverwaltung gem. **UN-Res A/RE5/56/83 Art. 9 u. 11** / analog
Handelsbedingungen abrufbar: <http://www.mensch-axel.com>
Korrespondenzanschrift: **Botschaft Germanitien, Alte Dorfstraße 7, [31737] Rinteln**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier - Menschenrechtsverteidiger gem. UN Res. 53/144, EU Annex DOC 10111-06, pol. Anschauung gem. Art. 26 IPbPR

Vom **Beschwerdeführer/Unterzeichner** dieses Schreibens als lebender und beseelter **Mensch** mit **Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechten**, als **Staatsangehöriger** durch Abstammung und Geburt (vgl. **RuStAG 1913 = Preußen**) und Angehörigen der indigenen **Volksgruppe Germaniten**, wird mit Verweis auf die **gerichtlichen Feststellungen** des Bundesverfassungsgerichtes, Urteil **2 BvE 9/11** vom 25.07.2012 gemäß **§ 177 I BGB** erklärt, dass er seine nachträgliche Zustimmung zur Geschäftsführung ohne Auftrag durch die **sogenannte** Regierung der Bundesrepublik Deutschland als **Rechtsnachfolger** des Dritten Reiches und anderer ihr nahe stehenden Organisationen (vgl. **USTG § 2b**), **ablehnt/versagt** und auch mit Verweis auf **§ 31 GVerfGG vorsorglich** festgestellt, dass er **nicht** gewillt ist, die **Verletzung** seiner **Abstammungs-, Grund-, Menschen- und Völkerrechte** durch **stillschweigende** Duldung zu heilen. Verfahrensbevollmächtigt/Prozessbevollmächtigt sind ausschließlich die **titulierten Ansprüche** des Unterzeichners dieses Schreibens.

Mit entsprechendem Respekt

axel thiesmeier



lebender und beseelter Mensch **axel, Mann aus der Familie thiesmeier**

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, lebender und beseelter Mensch und alleiniger Repräsentant des Menschen **axel thiesmeier**.
In Geschäftsführung ohne Auftrag nach BGB § 677 wegen Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Selbstermächtigung und in Gebrauch seiner latenten Rechtsfähigkeit als deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehörigkeit durch Abstammung und Geburt (vgl. **RuStAG vor 1913**) als **Preuße**. Hoheitlich für den **deutschen Staat** handelnd wegen offenkundiger Teilidentität und Ausfall der staatlichen Stellen zum **Schutz** des deutschen Volkes nach **ius congenis, ius indigenatus** und **ius naturalis** um einen Friedensvertrag, eine legitime Verfassung, völkerrechtlich und juristisch korrekte Personenausweise und Reisepässe für das deutsche Volk und die **sofortige** Umsetzung des **Art. 20 a Grundgesetz** zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen umsetzen zu können. **Nicht-BRD(-OMF)-Angehöriger/Personal** und im Auftrag des Staates **DEUTSCHLAND (GERMANY)** tätig (vgl. §§ 18-20 GVG/analog). **Exterritorialität** nach Maßgabe des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24.04.1963 (Bundesgesetzblatt 1969 II S. 1585 ff) (siehe **WÜD, WÜK**). Hinweis: Die **NAZI**-Staatsangehörigkeit „**DEUTSCH**“ im BRD-Personalausweis/Reisepass von 1934 wird wegen **Verstoß gg. u. a. Art. 139 GG/analog** abgelehnt/**zurückgewiesen**.

Mensch axel, Mann aus der Familie thiesmeier, Alte Dorfstr. 7, 31737 Rinteln

Senator für Recht - des Vorstandes - **Bevollmächtigter** nach § 7 (1) RDG / analog

Als juristische Person in der Bundesrepublik Deutschland geführt und mit der **NAZI**-Staatsangehörigkeit „deutsch“ von 1934 (vgl. Gleichschaltungsgesetz von 1934) behaftet, **erteile ich**, der Unterzeichnende **Herr AXEL THIESMEIER, Rentner, geschieden, geb. 23.09.1956 um 22:35 Uhr in Bad Oeynhausen, Staatsangehörigkeit: deutsch, Alte Dorfstraße 7, 31737 Rinteln**

unter Bezug auf **§§ 79 + 90 ZPO, § 7 (1) RDG** und gemäß **Art. 6 Abs. 3 c MRK + Art. 14 Abs. 3 d IPbPR** auf der Grundlage von **Art. 25 GG, i. V. mit Art. 20 (3) GG, i. V. mit § 138 ZPO, i. V. mit § 291 ZPO, i. V. mit § 138 StGB /analoge**

den Menschen axel, Mann aus der Familie thiesmeier (vgl. 583155-564202-230003)
Senator des Rechtsnormen-Schutzverband Deutschland,

VOLLMACHT

mich in dem beim **Amtsgericht Bad Oeynhausen, Bismarckstr. 12, 32545 Bad Oeynhausen**

Az: 5 Cs-901 Js 438/17-442/17 - 85 Ds 601 Js 676/17-218/17 u. a.

anhängigen und evtl. daraus folgenden Verfahren mit allen sich aus § 81 ZPO/analog ergebenden Befugnissen zu vertreten; Rechtsmittel einzulegen und zurückzunehmen;

Strafanträge zu stellen und zurückzunehmen sowie die Zustimmung gemäß §§ 153 und 153 a StPO/analog zu erteilen;

Nebenklage zu erheben;

zur Vertretung in Kostenfestsetzungsverfahren und zur Stellung der dazu erforderlichen Anträge;

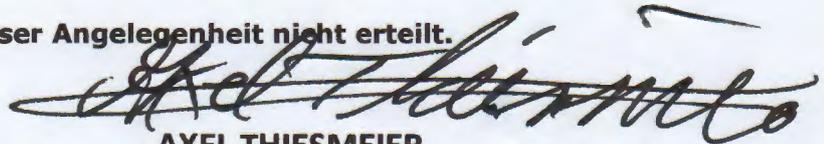
zur Erhebung und Zurücknahme von Widerklagen;

Akteneinsichten gemäß § 299 ZPO Rn 1 und StPO § 147/analoge vorzunehmen;

zur Vertretung in sonstigen Verfahren auch bei außergerichtlichen Verhandlungen aller Art.

Andere Vollmachten sind von mir in dieser Angelegenheit nicht erteilt.

Rinteln, den **26. Februar 2018**


AXEL THIESMEIER
.....
(Vollmachtgeber)

Anschrift:
Rechtsnormen-Schutzverband Deutschland
Alte Dorfstraße 7
31737 Rinteln

Vorstand:
axel thiesmeier
jörg gottfried siegfried pagels
jürgen hansmeyer

Kommunikation:
www.joh-nrw.net
jörg.pagels@gmx.de
Tel.: 05731 / 49 89 180
Fax: 05731 / 49 89 175